



76. Sitzung

am Dienstag, dem 14. Juni 2016, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 6497

Nachruf auf die ehemaligen Abgeordneten **Dieter Heckel, Josef Niedermayer** und **Dr. Richard Keßler** 6497

Landtagsmandat für Herrn **Andreas Schalk** 6497

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten **Michael Hofmann** 6498

Mitteilung betreffend Verschiebung der Eingabe EB.1343.17..... 6544

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Bayerns erfolgreicher Kampf gegen die Einbruchskriminalität - vorbildliche Arbeit unserer Polizei!"

Manfred Ländner (CSU)..... 6498
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD)..... 6499
Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER)..... 6501
Katharina Schulze (GRÜNE)..... 6502
Petra Guttenberger (CSU)..... 6503
Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 6504 6505
Staatsminister Joachim Herrmann..... 6506

Abstimmung
über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Beschluss..... 6508

Wahl
des Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Thomas Gehring (GRÜNE)..... 6509

Geheime Wahl..... 6509

Bekanntgabe des Wahlergebnisses..... 6510

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Herbert Woerlein u. a. (SPD)
Zusammenführung der EU-Förderprogramme Schulfrucht und Schulmilch sinnvoll ausgestalten (Drs. 17/10431)

Beschlussempfehlung des
Landwirtschaftsausschusses (Drs. 17/11636)

Ruth Müller (SPD)..... 6510

Walter Taubeneder (CSU)..... 6511 6513

Dr. Linus Förster (SPD)..... 6512

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER)..... 6513

Gisela Sengl (GRÜNE)..... 6514

Namentliche Abstimmung..... 6515

Ergebnis der namentlichen Abstimmung
(s. a. Anlage 2)..... 6526

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Verschlechterung stoppen - Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen (Drs. 17/10566)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
 (Drs. 17/11646)

Harry Scheuenstuhl (SPD).....	6515 6518 6520
Dr. Otto Hünnerkopf (CSU).....	6516 6518
Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER).....	6518 6520
Dr. Christian Magerl (GRÜNE).....	6520
Beschluss.....	6521

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verwaltungskräfte entlasten - Schulen mit Ganztagsangebot stärken (Drs. 17/10445)

Beschlussempfehlung des
 Dienstrechtsausschusses (Drs. 17/11806)

Thomas Gehring (GRÜNE).....	6522
Thomas Huber (CSU).....	6523
Dr. Simone Strohmayr (SPD).....	6524
Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER).....	6525
Staatssekretär Georg Eisenreich.....	6525

Namentliche Abstimmung..... 6532

Ergebnis der namentlichen Abstimmung
 (s. a. Anlage 3)..... 6538

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Menschenleben retten, Drogenkonsumräume für Suchtkranke erlauben! (Drs. 17/11000)

Beschlussempfehlung des
 Gesundheitsausschusses (Drs. 17/11852)

Ulrich Leiner (GRÜNE).....	6526
Bernhard Seidenath (CSU).....	6527 6529
Verena Osgyan (GRÜNE).....	6528
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD).....	6529
Kathrin Sonnenholzner (SPD).....	6530
Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER).....	6531

Beschluss..... 6532

Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u. a. (SPD)
Crystal-Präventionsprogramm für junge Frauen (Drs. 17/11080)

Beschlussempfehlung des
 Gesundheitsausschusses (Drs. 17/11855)

Kathrin Sonnenholzner (SPD).....	6532 6534 6536
Klaus Holetschek (CSU).....	6533 6534 6535
Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER).....	6535 6536
Ulrich Leiner (GRÜNE).....	6536
Staatsministerin Melanie Huml.....	6537

Namentliche Abstimmung..... 6538

Ergebnis der namentlichen Abstimmung
 (s. a. Anlage 4)..... 6544

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP! (Drs. 17/11041)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
 (Drs. 17/11862)

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Michael Brückner u. a. (CSU)

Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen (Drs. 17/11171)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
 (Drs. 17/11861)

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER).....	6538
Mechthilde Wittmann (CSU).....	6539
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD).....	6541 6542
Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER).....	6542
Thomas Mütze (GRÜNE).....	6542
Staatsministerin Dr. Beate Merk.....	6543

Namentliche Abstimmung zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/11041..... 6544

Namentliche Abstimmung zum CSU-Antrag 17/11171..... 6544

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/11041
 (s. a. Anlage 5)..... 6544

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/11171
 (s. a. Anlage 6)..... 6544

Schluss der Sitzung..... 6545

(Beginn: 14.03 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich eröffne die 76. Voll-sitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmege-nehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben und ehemaliger Kolle- gen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 9. Juni verstarb im Alter von 78 Jahren Herr Die- ter Heckel. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1986 bis 2003 an und vertrat für die CSU den Stimm- kreis Kulmbach. Während seiner Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag war er Mitglied im Ausschuss für innerdeutsche Entwicklung und Grenzlandfragen, im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfra- gen, im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes sowie im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Sein politisches Wirken sah Dieter He- ckel als Dienst an den Menschen in seiner oberfränk- schen Heimat. So engagierte er sich über viele Jahre hinweg auch kommunalpolitisch im Stadtrat und Kreistag von Kulmbach sowie im Amt des stellvertre- tenden Landrats. Er pflegte einen bürgernahen und konstruktiven Politikstil und wurde aufgrund seines fairen und respektvollen Umgangs mit den Kollegin- nen und Kollegen des Hauses über die Fraktionsgren- zen hinweg geschätzt und geachtet. Für sein Wirken zum Wohle der Menschen im Freistaat wurde er mit der Verfassungsmedaille in Silber und mit dem Baye- rischen Verdienstorden ausgezeichnet.

Am 12. Juni verstarb im Alter von 90 Jahren der ehe- malige Kollege Josef Niedermayer. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1970 bis 1994 an und ver- trat für die CSU den Stimmkreis Regen. Während sei- ner Abgeordnetentätigkeit war er Mitglied im Aus- schuss für Sozial- und Gesundheitspolitik, im Ausschuss für Geschäftsordnung und Wahlprüfung und zudem von 1974 an über 20 Jahre hinweg Vorsit- zender des Ausschusses für Grenzlandfragen. Josef Niedermayer hat seine Anliegen mit Nachdruck, aber immer mit Positionen vorgetragen, die fraktionsüber- greifende Zustimmung finden konnten. Im Grenzland- ausschuss war er eine Integrationsfigur und ein über- zeugender und erfolgreicher Anwalt seiner Region. Viele Jahre lang setzte sich Josef Niedermayer auch als Kommunalpolitiker für die Belange der Bürgerin- nen und Bürger ein. So übernahm er lange Zeit Ver- antwortung als Kreis- und Stadtrat und bekleidete von 1966 bis 1990 das Amt des Ersten Bürgermeisters seiner Heimatstadt Viechtach. Sein herausragendes

Engagement wurde mit zahlreichen hohen Auszeich- nungen gewürdigt, und anderem mit der Verfassungs- medaille in Gold, dem Bayerischen Verdienstorden und dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Darüber hi- naus wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Viechtach ernannt. Herr Staatsminister Brunner konnte ihn noch vor wenigen Tagen anlässlich seines 90. Geburtstags besuchen. Mithilfe seiner beiden Söhne und seiner Tochter habe ich mit ihm am Krankenbett noch einen Kontakt gehabt.

Ebenfalls am 12. Juni verstarb im Alter von 76 Jahren der ehemalige Kollege Dr. Richard Keßler. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1970 bis 1984 an und vertrat für die CSU zunächst den Stimmkreisverband Neuburg an der Donau/Wertingen in Schwaben und ab 1974 den Stimmkreis Neuburg an der Donau. Während seiner Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag brachte er seine große Sachkompetenz als Historiker in den Ausschuss für Kulturpolitische Fra- gen ein, dem er während der gesamten Dauer seiner Abgeordnetentätigkeit angehörte. Darüber hinaus leis- tete er als Mitglied im Ausschuss für Geschäftsord- nung und Wahlprüfung sowie im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen verdienstvolle Ar- beit. Früh engagierte sich Dr. Richard Keßler in der Kommunalpolitik seiner Heimatregion. So war er Stadtrat und Kreisrat sowie Zweiter Bürgermeister der Großen Kreisstadt Neuburg an der Donau. 1984 wurde er schließlich zum Landrat des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen gewählt, den er 24 Jahre entscheidend geprägt und als wirtschaftliche Wachs- tumsregion in eindrucksvoller Weise vorangebracht hat. Für seine Leistungen wurde er mit zahlreichen hohen Auszeichnungen geehrt, unter anderem mit dem Bayerischen Verdienstorden und dem Bundes- verdienstkreuz 1. Klasse. Zudem wurden ihm der Titel "Altlandrat" sowie die Ehrenbürgerwürde seiner Hei- matstadt verliehen.

Der Bayerische Landtag wird den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren und trauert mit ihren Familien und den Angehörigen. –

Sie haben sich zum Gedenken an die Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf unter uns einen neuen Kollegen begrüßen. Die Landeswahllei- terin hat gemäß Artikel 58 des Landeswahlgesetzes Herrn Andreas Schalk aus Ansbach als Listennachfol- ger für den ausgeschiedenen Kollegen Michael Brück- ner festgestellt. Herr Schalk hat die Wahl angenom- men und ist nun Mitglied des Bayerischen Landtags. Verehrter lieber Herr Kollege Schalk, ich darf Sie ganz herzlich in unserer Mitte begrüßen und wünsche

Ihnen für Ihre parlamentarische Arbeit viel Erfolg, alles Gute, frohes Schaffen und Gottes Segen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf noch einen weiteren Glückwunsch aussprechen. Am heutigen Tag feiert Kollege Michael Hofmann Geburtstag. Verehrter lieber Herr Kollege, herzlichen Glückwunsch von uns allen, weiterhin ein gutes parlamentarisches Wirken und Gottes Segen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Bayerns erfolgreicher Kampf gegen die Einbruchskriminalität - vorbildliche Arbeit unserer Polizei!"

Ich darf als Erstem Herrn Kollegen Ländner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Innere Sicherheit – ein Kernanliegen der CSU und der Bayerischen Staatsregierung. Das ist in diesem Hohen Haus sicherlich keine Neuigkeit. Es ist richtig und wichtig, dass sich der Bayerische Landtag immer wieder mit den Herausforderungen beschäftigt, die der Erhalt der inneren Sicherheit mit sich bringt. Dabei gilt es, die Ist-Situation zu analysieren, aber durchaus auch die Erfolge, die wir in diesem Bereich erzielt haben, hervorzuheben.

In den vergangenen Jahren haben sich die Einbruchsdiebstähle zunehmend zu einem Problem in unserem Land entwickelt. Der daraus resultierende Schaden ist immens; er geht in den zweistelligen Millionenbereich. Es geht aber auch um die emotionalen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger, die Opfer einer solchen Straftat werden. Nicht zuletzt wird die Sicherheit unserer gewerblichen Wirtschaft berührt; denn auch in unseren Gewerbegebieten haben Einbruchsdiebstähle immense Schäden zur Folge.

Sehr geehrte Damen und Herren, was heißt das für uns? – Wir müssen uns diesem Thema in seiner Gesamtheit widmen. Wenn wir heute in diesem Hohen Haus die Situation im Zusammenhang mit den Einbruchsdiebstählen in Bayern thematisieren, dann wollen wir damit nicht nur eine Bestandsaufnahme verbinden, sondern wir wollen auch den Bürgerinnen und Bürgern das Signal geben, dass wir das Problem sehr ernst nehmen. Wir jedenfalls werden alles, was in unserem Vermögen steht, tun und in unserem Bemühen

nicht nachlassen, auch diese Form der Kriminalität zu bekämpfen.

Noch vor einigen Jahren, bis zur Vorstellung der Kriminalstatistik 2014, mussten wir mit großer Sorge beobachten, dass es auch bei uns in Bayern immer mehr Einbruchsdiebstähle gab. Es war richtig und wichtig, dass seitens der Polizei bzw. des Innenministeriums – mit Begleitung und Zustimmung des Innenausschusses des Bayerischen Landtags – verschiedene Weichenstellungen vorgenommen worden sind. Es gab Schwerpunktaktionen, mobile und stationäre Kontrollen sowie eine verstärkte Überwachung von Wohngebieten, aber auch von Gewerbegebieten. Seit Oktober 2014 wird in München und Mittelfranken in einer Testphase die Prognosesoftware PRECOBS eingesetzt. Bereits in den ersten Monaten nach Beginn des Einsatzes ging die Zahl der Einbruchsdiebstähle in der Landeshauptstadt München um 42 % und in Nürnberg um 17,5 % zurück. Ich betone, es gab einen Rückgang der Einbruchsdiebstähle!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben die internationale Zusammenarbeit verbessern können. Wir sind in konkreten Gesprächen mit Österreich, Bulgarien, Rumänien und Serbien, um gemeinsame Lagebilder zu erstellen, Reisewege von Tätern zu ermitteln und Absatzwege von Diebesgut festzustellen. Wir können bereits effektive Ermittlungsinstrumente einsetzen, fordern aber – dazu wird anschließend von weiteren Rednern Näheres ausgeführt – eine Verbesserung der Telekommunikationsüberwachung. Dies ist notwendig. Einen entsprechenden Antrag haben wir in den Bundesrat eingebracht.

Prävention und Aufklärung sind wesentliche Elemente unseres Katalogs zur Bekämpfung der erwähnten Straftaten. Ich darf die Zahl 44 nennen: Derzeit bleiben 44 % aller Einbrüche in Bayern bereits im Versuchsstadium stecken. Auch das ist ein Erfolg unserer Bemühungen um Prävention und Aufklärung. Damit tragen wir zu einer besseren Sicherung des Eigentums der Bürgerinnen und Bürger bei. Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind dank der geschilderten Maßnahmen erfolgreich. Herr Innenminister, ich darf auch Ihnen persönlich recht herzlich dafür danken, dass Sie sich an vorderster Front eingebracht haben, als es darum ging, diese Maßnahmen umzusetzen. Im Gegensatz zum bundesweiten Trend konnten wir bei der Vorstellung der Kriminalstatistik 2015 zum ersten Mal seit einigen Jahren eine rückläufige Entwicklung der Fallzahlen in Bayern feststellen. Im vergangenen Jahr gab es 8,9 % weniger Wohnungseinbrüche als im Jahr 2014. 44 % der Fälle blieben unvollendet. Die Aufklärungsquote bei Einbruchsdiebstählen konnte in Bayern auf 15,9 % ver-

bessert, die Schadenssumme durch Einbrecher minimiert werden; sie ging von 33,3 Millionen Euro auf 23,8 Millionen Euro zurück. Gleichwohl – ich wiederhole es – verdienen auch die emotionalen Belastungen durch Wohnungseinbrüche unser Augenmerk. Dank des enormen Fahndungsdrucks der bayerischen Polizei konnten weitere Festnahmen getätigt werden. Insgesamt darf ich feststellen, dass die angeordneten Maßnahmen, insbesondere aber die Motivation unserer hoch engagierten und professionell arbeitenden Beamtinnen und Beamten der bayerischen Polizei die Stagnation bzw. den Rückgang der Fallzahlen bewirkt haben.

Sie gestatten mir sicherlich, dass ich am Ende meiner Ausführungen den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Freistaates Bayern ein herzliches Wort des Dankes sage. Wir haben deutschlandweit ein einmalig hohes Niveau an innerer Sicherheit erreicht. Diese Feststellung gilt auch in Bezug auf die Bekämpfung der Einbruchskriminalität. Unser hohes Sicherheitsniveau gilt es zu halten. Wenn das Hohe Haus durch Gewährung der entsprechenden Mittel unterstützend wirkt, werden wir auch in Zukunft Erfolge feiern können.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Professor Dr. Gantzer für die SPD-Fraktion. Zehn Minuten sind für Sie beantragt worden, Herr Kollege. Bitte schön.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Natürlich weiß auch die SPD-Fraktion, welche hervorragende Arbeit unsere bayerische Polizei leistet. Ich sage in diesem Zusammenhang, dass es mich sehr getroffen hat, als ich heute von dem feigen, hinterhältigen Attentat auf einen französischen Polizeibeamten und dessen Lebensgefährtin gelesen habe. Das ist mir sehr nahegegangen. Wir wissen, unter welchen Umständen unsere Polizei arbeiten muss.

Zum Thema selbst. – Es ist richtig, dass die Einbruchszahlen in Bayern im vergangenen Jahr gesunken sind. Richtig ist aber auch, dass wir von 2010 bis 2014 allein in Bayern eine Steigerung um 28,6 % verzeichnen mussten. Auch wenn Sie von der CSU jetzt so tun, als ob in Bezug auf den Rückgang der Einbruchskriminalität eine Schwalbe schon den Sommer herbeigeführt habe, bleibe ich misstrauisch. Ich weiß zwar, dass wir in Bayern einen guten Sicherheitsstandard haben. Die Belastung im Bund ist dreimal so hoch wie in Bayern. Wir müssen aber auch sehen, dass Wohnungseinbrüche eine ganz besondere Deliktsform sind. Deswegen gefällt mir das Thema so,

wie Sie es gefasst haben, nicht ganz so gut. Wichtig ist, dass wir uns dieses Themas annehmen; denn – das hat Herr Ländner schon gesagt, und ich betone es noch einmal – bei den Einbrüchen geht es nicht nur um den materiellen Schaden, den Schaden an den Fenstern und Türen oder den Schaden durch den Diebstahl selber, sondern Einbrüche führen sehr häufig zur Traumatisierung der Opfer. Die Opfer fühlen sich in ihren eigenen vier Wänden nicht mehr sicher. Viele Opfer ziehen nach einem Einbruch um. Sie sagen: Ich kann in dieser Wohnung nicht mehr leben, in dieser waren fremde Leute, Einbrecher.

Deswegen sind die polizeilichen Maßnahmen, die Herr Ländner angesprochen hat, richtig. Erstens müssen wir den Ermittlungs- und Fahndungsdruck verstärken. Dazu gehört auch PRECOBS. Diese Software ist durch die Near-Repeat-Theorie begründet. Danach ist in einem Gebiet, in dem Einbrüche stattgefunden haben, damit zu rechnen, dass in nächster Zeit wieder Einbrüche stattfinden werden. Das haben wir schon im Innenausschuss zum Thema gemacht.

Zweitens müssen wir selbstverständlich die nationale und internationale Zusammenarbeit vertiefen. Wir begrüßen die Kooperation mit Baden-Württemberg. Wir begrüßen das erwähnte EU-Projekt DPCP, das Danube Property Crime Project, wobei ich aber sagen muss: Bei diesem Projekt mit den Donau-Anrainerstaaten wird so getan, als würden die Einbrecher aufs Schiff gehen und das Hehlergut die Donau hinunter verschiffen. So ist es nicht. Bei diesem Projekt – das habe ich schon thematisiert – fehlen Albanien und Georgien. Nach der Straftäterhäufigkeit sind die Georgier, die bei uns durchs Land reisen, eigentlich die Allerschlimmsten. Ich begrüße es aber, dass unser Innenminister mit dem Innenminister von Georgien ein Gespräch geführt und dieses Problem thematisiert hat.

Wir stellen fest, dass bei der Einbruchskriminalität die Hälfte der Täter eine ausländische Staatsangehörigkeit hat und dass sie reisende Täter aus den ehemaligen Ostblockstaaten sind. Die Tatausführung entspricht auch diesem Täterbild. Die Schwerpunkte der Einbrüche liegen häufig in der Nähe von Bundesautobahnauffahrten. Die Täter wollen schnell einbrechen, schnell einsammeln und abhauen. Deswegen frage ich: Ist denn das Thema der Aktuellen Stunde in Anbetracht dessen, dass wir es hier mit einer ganz speziellen Kriminalitätsform zu tun haben, richtig gefasst?

Wohnungseinbruch ist nicht vergleichbar mit anderen Kriminalitätsformen wie zum Beispiel Betrug, Urkundenfälschung oder mit Verkehrsdelikten. Das Spezielle der Einbruchstätigkeit besteht darin, dass der Täter jede Gewalt gegen Personen ablehnt. In der Regel

sucht er sich Objekte aus, von denen er annimmt, dass sie zwar bewohnt, im Augenblick aber leer sind, weil die Eigentümer oder Mieter gerade bei der Arbeit oder beim Einkaufen sind. Dort bricht er ein, und dabei ist die Schnelligkeit das Entscheidende für ihn. Er bricht ein, macht einen Rundgang durch die Wohnung, nimmt alles, was er für wertvoll hält, mit und ist dann auch schon auf der Flucht.

Deswegen sage ich: Unsere Polizei leistet eine vorbildliche Arbeit; das ist aber bei der Einbruchskriminalität nicht das Entscheidende. Ich habe eben geschildert, wie Einbrüche passieren. Das verdeutlicht, dass wir uns nicht darüber wundern müssen, dass die Aufklärungsquote so schlecht ist. Wir haben in Bayern insgesamt eine hervorragende Aufklärungsquote. Zwei Drittel aller Delikte in Bayern werden aufgeklärt. Bei der Einbruchskriminalität liegt die Aufklärungsquote aber unter 20 %. Das ist die Folge dieser speziellen Deliktart. Daher sage ich: Das Thema ist deswegen gut, weil wir damit die Leute motivieren können, etwas für sich selbst zu tun. Die Bekämpfung der Einbruchskriminalität kann die Polizei nicht alleine leisten. Das müssen wir einfach und klar sagen. Wir können nicht vor jedes Haus einen Polizeibeamten stellen. Das heißt, dass gerade bei dieser Deliktsform die Eigensicherung des Bürgers besonders gefragt ist. Ohne Selbsthilfe des Bürgers läuft gar nichts.

Vorhin ist gesagt worden, dass in Bayern 44 % der Taten im Versuchsstadium stecken bleiben. Bundesweit sind es 40 %. Das liegt daran, dass diejenigen, die von Einbrüchen verschont geblieben sind, es dem Einbrecher durch eigene Sicherheitseinrichtungen unmöglich gemacht haben, in die Wohnung zu kommen. Deswegen haben wir im Innenausschuss auch beantragt, dass man Investitionen für Sicherheitsmaßnahmen stärker fördern soll. Bis jetzt bekamen Sie einen Zuschuss von mindestens 2.000 Euro, wenn Sie zu Hause eine Alarmanlage für 20.000 Euro oder mehr eingebaut haben. Das waren Sicherheitsmaßnahmen für die Betuchten. Wir wollen, dass sich jeder Bürger durch einen einfachen Riegel schützen kann. Deswegen hatten wir beantragt, die Summe für die Bemessung der Förderung herabzusetzen. Diesen Antrag haben Sie abgelehnt. Was las ich vor vier Wochen in der Zeitung? – Die Große Koalition hat jetzt beschlossen, auch kleine Sicherungsmaßnahmen zu bezuschussen.

(Beifall bei der SPD)

Das halte ich für besonders wichtig. Wir wissen, dass 80 % aller Wohnungseinbrüche durch die Wohnungstür gehen. Wenn man sich einen Riegel anschafft, verhindert man Einbrüche, weil der Profi sofort sieht,

dass er mit seinem Stemmeisen nicht durch die Tür kommt, wenn dort ein Riegel angebracht ist.

Deswegen hatten wir auch beantragt, eine Aktion mit dem Titel "Riegel Dich Sicher!" durchzuführen. Wir wollen an die Bürgerinnen und Bürger herantreten und ihnen sagen, wie wichtig eigene Maßnahmen sind. Diesen Antrag zur Aktion "Riegel Dich Sicher!" haben Sie abgelehnt. Wenn ich sehe, wie Einbrüche stattfinden und wie es in anderen Ländern aussieht, würde ich sagen: Bayerns erfolgreicher Kampf gegen die Einbruchskriminalität sollte in erster Linie zum Ziel haben, dass wir die Bürger besser aufklären. Wenn ich sehe, welche Aufklärung Baden-Württemberg leistet, stelle ich im Vergleich dazu in Bayern noch weiße Flecken fest.

Wir haben auch nicht genügend Beratungsstellen bei der Polizei. Für die Beratung muss viel mehr getan werden, damit der Bürger weiß, dass er sich jederzeit an die Polizei wenden kann. Wir haben bei den Präsidien zwar gute Beratungsstellen. Rufen Sie aber einmal an, Herr Minister, und lassen Sie sich einen Termin geben. Sagen Sie aber nicht, dass Sie der Innenminister sind, sondern sagen Sie einfach, dass Sie einen Beratungstermin haben möchten. Dann bekommen Sie in vier bis acht Wochen einen Termin.

Hinzu kommt – darüber sollten wir den Bürger auch aufklären: Der Bürger muss aufmerksam sein. Neudeutsch heißt das Neighbourhood Watch. Ich würde es Nachbarschutz nennen. Die Nachbarn müssen sich gegenseitig schützen. Wenn ihnen etwas merkwürdig vorkommt, müssen sie im Zweifel – auch das weiß der Bürger noch nicht – die Nummer 110 anrufen. Immer wenn ich bei meinen Vorträgen über dieses Thema spreche, fragen mich die Bürger: Was, ich soll die 110 anrufen? Das ist doch ein Notruf. – Darauf sage ich: Einbruch ist auch eine Not, und da dürfen Sie die Polizei anrufen. – Die meisten Bürger wissen das aber nicht.

Ich fasse zusammen: Wenn wir die Einbruchskriminalität besser bekämpfen wollen, können wir das nicht ausschließlich der Polizei überlassen. Wenn wir die Einbruchskriminalität besser bekämpfen wollen, ist der Bürger genauso gefragt wie die Polizei. Deswegen müssen wir den Bürger besser aufklären. Es scheint mir ein wesentlich besserer Beitrag zu sein, die Einbruchskriminalität zu vermeiden, als die Polizei mit zusätzlichen Streifen zu belasten. Deswegen, Herr Innenminister: Riegeln Sie uns sicher!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat jetzt Herr Kollege Hanisch das Wort. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Ihrer Aktuellen Stunde ist eigentlich Schnee von gestern. Das haben wir schon vor sechs oder acht Wochen im Innenausschuss mitgeteilt bekommen. Die Aktualität erschließt sich mir deshalb nur sehr mäßig.

(Widerspruch des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

– Doch, so ist es, Herr Ländner. Vielleicht haben Sie in der Sitzung nicht aufgepasst. Die Zahlen sind uns vor acht Wochen im Innenausschuss genannt worden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir hier im Hohen Hause sind uns doch alle einig, dass Bayern in Bezug auf die Sicherheit die Nummer eins unter allen Bundesländern ist. Das bestreitet niemand. Die bayerische Polizei leistet hervorragende Arbeit. Anders wäre es auch nicht möglich, den Platz Nummer eins einzunehmen; daher verstehe ich eigentlich die Wahl des Themas dieser Aktuellen Stunde nicht. Dennoch will ich versuchen, das Ganze etwas näher zu beleuchten. Zuerst geht ein ganz herzliches Dankeschön unserer Fraktion an die Polizei für ihre hervorragende Arbeit, ohne die wir die gute Sicherheit in Bayern nicht hätten!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, betrachten wir einmal die Einbruchzahlen. Sie sind in den letzten vier, fünf Jahren kontinuierlich gestiegen. Auch das ergibt sich aus der Statistik. Im Jahr 2015 ist eine Kehrtwende gelungen. Die Zahlen, die uns für dieses Jahr vorliegen, weisen eine Besserung auf. Das ist also tatsächlich ein Erfolg. Das haben alle Fraktionen in den Beratungen des Innenausschusses auch so gesehen. Wenn heute so getan wird, als wäre das etwas ganz Neues und als hätte man das nicht gewusst, erstaunt mich das. Aus meiner Sicht ist deshalb das Thema für diese Aktuelle Stunde nicht so aktuell. – Für mich ist jeder Einbruch ein Einbruch zu viel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben immerhin noch 7.480 Delikte im Jahr. Bei der Aufklärungsquote stehen wir gut da, wie Herr Ländner bereits dargelegt hat. Das können und müssen wir als Erfolg verkaufen. Aber es gibt immer noch unendlich viele Einbrüche.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich einmal nur die Zeitungen vom heutigen Tag an. Darin werden Zahlen des Innenministeriums zur Situation des Links- und Rechtsradikalismus veröffentlicht. Das sind erschreckende Zahlen. Ich meine, diese Zahlen geben uns keinen großen Anlass zum Feiern. Da haben wir nach wie vor Riesenprobleme, die wir in den Griff bekommen müssen. Da müssen wir etwas tun.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie daran erinnern, dass in den letzten 20 Jahren noch nie so viele Sicherheitsdienste in Anspruch genommen wurden wie zurzeit. In der heutigen Presse wird vermeldet, dass noch nie so viele Schreckschusswaffen und Tränengaswaffen verkauft wurden wie zurzeit. Das bedeutet doch, dass das Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung nach wie vor sehr groß ist. Die positiven Zahlen, die wir jetzt beim Einbruchdiebstahl haben, müssen wir einfach besser verkaufen. Herr Professor Dr. Gantzer hat die Telefonnummer "110" erwähnt. Auch das müssen wir bei der Bevölkerung stärker bekannt machen. Die Polizeidirektion Oberbayern Süd hat dazu eine Aktion gestartet. Ich glaube, es wäre der richtige Weg, diese Nummer einfach bekannter zu machen; wir müssen der Bevölkerung klarmachen, dass man nicht Angst davor haben muss, diese Nummer anzurufen; lieber sollte man diese Nummer 110 fünfmal umsonst anrufen, als einmal zu wenig. Das müssen wir ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir haben diese PRE-COBS-Untersuchung durchgeführt. Sie hat allein in München zu einer Reduzierung der Einbrüche um 42 % geführt und in Nürnberg um 17,5 %. Das ist also der richtige Weg. Wir fordern seit Jahren einen schnelleren und besseren Informationsaustausch unter den Ländern, auch im europäischen Bereich. Wir fordern eine gemeinsame Täterfahndung der Länder; wir fordern, Reisewege und Bandenstrukturen zu rekonstruieren, und wir sind für eine länderübergreifende Fahndung an den Grenzen.

Unbestritten ist, dass – seit wir hier im Landtag vertreten sind, fordern wir mehr Polizei – viele nur durch eine verstärkte Polizeipräsenz in der Fläche und durch vermehrte Autostreifen von Einbrüchen abgeschreckt werden. Wir brauchen also mehr Prävention durch die Polizeipräsenz in der Fläche, und wir brauchen mehr Streifenfahrten und eine intensivere Schleierfahndung, also insgesamt mehr Polizei. Das fordern wir immer wieder. Bei allen Erfolgen, die wir zu verzeichnen haben, reicht das Personal allerdings immer noch nicht, nachdem in naher Zeit starke Jahrgänge bei der Polizei in Pension gehen. Aus diesem

Grunde müssen wir vorbeugend mehr Polizei rekrutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir fordern Aufklärung durch modernste Sicherheitstechnik. Wir fordern mehr Öffentlichkeitsarbeit sowie eine verhaltensorientierte Prävention.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Kollegin Schulze das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist seit 2010 stark gestiegen, hat im Jahre 2014 einen traurigen Rekord erreicht und ist dann 2015 zum Glück wieder ein bisschen gesunken. Dennoch kann man nicht von einer Entlastung sprechen; denn 7.480 Fälle im Jahre 2015 sind immer noch zu viel.

Schon von meinen Vorrednern wurde angesprochen, dass vor allem die niedrige Aufklärungsquote das große Problem ist. Wir haben bei unserem GRÜNEN-Polizeikongress vor zwei Wochen mit 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch über dieses Thema gesprochen. Uns allen ist klar, dass Wohnungseinbrüche besonders belastend sind; denn dabei geht es nicht nur um den materiellen Schaden. Ebenso – manchmal noch schlimmer – ist das Gefühl zu wissen: Da war jemand in meinen vier Wänden, in meiner Wohnung, in meinem Haus, da hat jemand meine Sachen durchwühlt, hat sich möglicherweise private Erinnerungsstücke angesehen, wenn nicht sogar mitgenommen. Jeder von Ihnen, der schon einmal einen Wohnungseinbruch selbst miterlebt hat oder aus dem näheren Bekannten- bzw. Freundeskreis erfahren hat, weiß, welche Spuren so etwas bei den Menschen hinterlässt. Darum ist uns GRÜNEN klar: Wir müssen verstärkt gegen Wohnungseinbrüche vorgehen. Dazu gehört, dass wir genug personelle Ressourcen bei der Polizei für dieses Deliktfeld haben. – Ja, auch wir GRÜNEN sagen herzlichen Dank für die gute Arbeit der bayerischen Polizei. Aber das allein reicht den bayerischen Polizistinnen und Polizisten nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben den Neueinstellungen müssen wir auch sehen, wie wir die Polizistinnen und Polizisten von anderen Aufgaben entlasten, damit sie genug Ressourcen für die drängenden Probleme haben, die wir hier in Bayern verzeichnen. Außerdem brauchen wir kriminalis-

tisch gut ausgebildetes Personal für eine qualifizierte Tatort-, Ermittlungs- und Analysearbeit. All diese Forderungen haben wir auf unserem GRÜNEN-Polizeikongress erhoben.

Neben der Men- and Womenpower bei der Polizei muss man natürlich auch noch andere Bereiche bei der Polizei angehen. Einige wurden von meinen Vorrednern bereits genannt. Wenn ich aber an das Thema Strafverschärfung, das nach dem Vorschlag der CSU jetzt durch die Presse geistert, denke, muss ich schon den Kopf schütteln; denn wer glaubt, durch Strafverschärfung eine abschreckende Wirkung zu erzielen, versteht, ehrlich gesagt, von Kriminalwissenschaft nicht viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Herrmann, Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, dass sich kein Einbrecher von einem geplanten Einbruch abhalten lassen wird, nur weil der minder schwere Fall aus dem Gesetz gestrichen wird. Dafür gibt es keine empirischen Belege. Symbolpolitik ist es, wenn der Justizminister den Wohnungseinbruch künftig in den Katalog von § 100a StPO aufnehmen möchte; denn Bandendiebstahl steht bereits im Katalog, und die Überwachung der telefonischen Kommunikation von Banden, die Einbrüche begehen, ist bereits gegeben. Das wissen Sie selbst doch auch, Herr Herrmann. Also, langer Rede kurzer Sinn: Strafverschärfungen auf diesem Feld sind nicht der richtige Weg.

(Unruhe – Zurufe von der CSU)

Wir GRÜNEN fordern ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen Einbruchskriminalität. Da beginnen wir mit der Intensivierung von Präventionsmaßnahmen. Wir wissen alle: Je einfacher es den Tätern gemacht wird, desto eher kommt es auch zum Einbruch. Darum muss der technische Einbruchsschutz verbessert werden, und natürlich muss auch die Bevölkerung darüber aufgeklärt und informiert werden. Außerdem benötigen wir genug personelle Ressourcen bei der Polizei für dieses Deliktfeld. Sich auf einer Prognosesoftware auszuruhen, reicht in unseren Augen nicht. Ganz abgesehen davon – das hatten wir im Innenausschuss schon behandelt – haben wir bei dem PRECOBS-Testlauf auch noch einige Zweifel. Die Zahlen müssen wir uns noch genauer ansehen. Bisher zeigen die Ergebnisse, dass es, wenn überhaupt, in Städten funktionieren könnte.

Aber man muss sich immer auch noch ansehen, ob es auch noch andere Maßnahmen gibt, aufgrund derer die Zahl der Einbrüche so weit zurückgegangen sind. Wahrscheinlich lag es auch daran, dass gewisse Wohngebiete verstärkt bestreift wurden und dort mehr

Polizeipräsenz auf der Straße ist. Dann kommt es natürlich zu weniger Einbrüchen. Das ist wiederum ein Argument für mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Thema internationale Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg wurde schon angesprochen. Auch das unterstützen wir GRÜNE. Wir glauben, dass der Informationsfluss da noch viel besser werden muss.

Zum Abschluss möchte ich noch einen Ansatz in die Debatte einbringen, den noch niemand genannt hat. Das ist der Multi-Agency-Ansatz. Wir müssen uns auch ein bisschen genauer mit dem sozialen Gefüge beschäftigen – Drogenabhängigkeit, Spanne zwischen Arm und Reich –; denn kriminologische und auch sozialwissenschaftliche Forschungen zeigen deutlich, dass die Bereiche Soziales, Gesundheit, Schule, Bildung, Polizei und Justiz gemeinsam an Lösungsansätzen arbeiten müssen und dass dieser gemeinschaftliche Ansatz als besonders effektiv und effizient bei der Analyse und Prävention gilt. So würden wir auch endlich mehr Daten über dieses Deliktfeld bekommen; denn das habe ich auch schon im Innenausschuss bemängelt: Wir haben einfach noch ein zu großes Dunkelfeld beim Täterprofil und insgesamt bei diesem Phänomen. Wir GRÜNE schlagen vor, dass dort auch die Forschung und Analyse intensiviert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

All diese Punkte müssen angegangen werden, damit die Wohnungseinbrüche in Bayern weiter zurückgehen. Wir GRÜNE werden uns im Bayerischen Landtag dafür weiter einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Bevor ich in der Rednerliste weiterfahre, darf ich einen Besuch begrüßen. Im März 2016 waren die frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen Frau Kollegin Dr. Strohmayr, Frau Kollegin Schorer-Dremel, Frau Kollegin Claudia Stamm und Frau Kollegin Gottstein bei der Weltfrauenkonferenz. Wir haben heute auf Einladung unserer Kolleginnen den Gegenbesuch hier, und ich darf Frau Indira Ranamagar ganz herzlich bei uns begrüßen. Herzlich willkommen bei uns! Schön, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt darf ich fortfahren. Für die CSU-Fraktion spricht Frau Kollegin Guttenberger. Bitte schön, Frau Kollegin.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jeder Einbruchsdiebstahl in eine Wohnung ist einer zu viel. Da stimmen wir vollkommen überein. Dass gerade Einbruchsdiebstahl in eine Wohnung ein besonderes Delikt ist, weiß wohl jeder. Jeder, der einmal mit jemandem gesprochen hat, der miterleben musste, dass unten eingebrochen wurde, während oben seine Kinder schliefen, oder der nach Hause kam und bemerkt hat, dass der Einbrecher gerade erst über die Terrassentür gegangen ist, wird verstehen, welches tiefes Gefühl der Verunsicherung sich dadurch ergibt, dass gerade die geschützte Privatsphäre tangiert wurde, dass man plötzlich Erinnerungsstücke nicht mehr hat, dass man Geld nicht mehr zur Verfügung hat, das entwendet wurde, und dass vieles in der Wohnung zerstört wurde. Da geht es nicht nur um den materiellen, sondern auch um den immateriellen Schaden, der bei manchen Menschen zu jahrelangen Panikattacken und Ähnlichem führt. Das ist also wirklich ein sehr schweres Delikt, ein Delikt mit einem sehr hohen Unrechtsgehalt. Vor diesem Hintergrund ist die derzeitige Einstufung der Deliktsqualität für uns nicht mehr akzeptabel.

Zur Erinnerung: Bereits 1998 wurde, einem früheren Gesetzesantrag aus Bayern folgend, der Wohnungseinbruchsdiebstahl mit einem doppelt so hohen Strafmaß belegt wie der einfache Diebstahl. Gegen den Willen Bayerns wurde dann allerdings 2011 ein minder schwerer Fall in diesem Bereich eingeführt. Nachdem sich 2015 eine deutliche Zunahme gerade im Bereich des Wohnungseinbruchs abgezeichnet hat, gab es im Bundesrat einen erneuten bayerischen Entwurf für eine Änderung des Strafgesetzbuchs, der allerdings – das verhehle ich auch nicht – im März 2015 abgelehnt wurde. Schade; denn ich bin der Ansicht, dass man hier ganz offensichtlich die Schwere des Problems deutlich unterschätzt hat. Deshalb sind wir der Ansicht: Um effektiv vorgehen zu können, brauchen wir auch eine Änderung im Strafrecht und im Strafprozessrecht. Herr Professor Gantzer hat vorhin gesagt, die Polizei leiste eine hervorragende Arbeit. Dem stimme ich vollumfänglich zu und sage herzlichen Dank. Aber die Polizei braucht auch die richtigen Instrumente, um noch konsequenter und effektiver vorgehen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Deshalb wollen wir zum einen, dass Wohnungseinbruchsdiebstähle nicht mehr als sogenannte minder schwere Fälle geahndet werden können. Wir wollen also die Rechtslage vor 2011 wiederhergestellt haben.

Konsequenterweise soll zum anderen der minder schwere Fall des bandenmäßig begangenen Woh-

nungseinbruchsdiebstahls nach § 244a abgeschafft werden. Um die Strafverfolgung verbessern zu können, soll der Wohnungseinbruchsdiebstahl in den Kreis der schweren Straftaten nach § 100a StPO aufgenommen werden; denn nur dann kann man auch eine Telekommunikationsüberwachung durchführen. Die Behauptung, es sei doch alles geregelt, bei bandenmäßig durchgeführtem Wohnungseinbruchsdiebstahl gehe das schon, ist richtig. Allerdings ist es dem betroffenen Bürger, bei dem eingebrochen wird, relativ egal, ob das durch eine Einzelperson, zwei Personen oder durch mindestens drei Personen geschieht; denn dann kann man den Begriff der Bande anwenden. Das ist also ein Argument, das überhaupt nicht verfängt.

Es zeigt sich, dass die Ermittlung und die Strafverfolgung gerade bei den Wohnungseinbruchsdiebstählen besonders schwierig sind. Deshalb halten wir es für unerlässlich, dass eine Aufnahme in den Katalog des § 100a StPO erfolgt; denn nur dann hat die Polizei auch das Instrument, um nachzuforschen: Wer hat denn von diesem Tatort mit wem kommuniziert, wann hat er kommuniziert und Ähnliches. Deshalb ist das für uns die Grundvoraussetzung, um hier effektiv gegen die bestehenden Probleme vorgehen zu können. Zu behaupten, es sei alles geregelt, weil es bei Banden geregelt ist, ist eben gerade nicht richtig; denn dann müsste das zu Beginn der Anordnung feststehen. Wie gesagt, unseren Bürgerinnen und Bürgern muss umfassender Schutz gewährleistet werden. Deshalb fordern wir auch, dass uns die Opposition intensiv bei diesen Änderungen im Strafprozessrecht und im Strafrecht unterstützt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Dr. Herrmann das Wort erteilen. Herr Kollege, zehn Minuten haben Sie noch. Bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erfolge bei der Bekämpfung der Einbruchsdiebstähle sind wieder ein gutes Beispiel und ein Beleg dafür: In Bayern leben heißt sicherer leben.

Es ist schon bemerkenswert: Deutschlandweit steigen die Zahlen bei den Einbruchsdiebstählen nach wie vor an. Nur in Bayern gelingt es, das Phänomen in den Griff zu bekommen. Wir hatten schon vor vielen Jahren und viele Jahre lang sehr niedrige Zahlen bei den Einbruchsdiebstählen. Wir hatten dann zwar einen gewissen Anstieg zu verzeichnen, aber es spricht viel dafür, dass wir die Trendwende erreicht haben. An dieser positiven Zwischenbilanz kann man sehr gut

ablesen: Nur mit einer über Jahre hinweg konsequenten Politik der inneren Sicherheit kann man nachhaltig für innere Sicherheit sorgen. Das geht nicht mit hektischen Schnellschüssen, und das geht auch nicht, indem man Forschungsinstitute gründet, sondern nur dann, wenn man über Jahrzehnte hinweg mit Nachdruck eine konsequente Politik der inneren Sicherheit verfolgt.

Was ist das bayerische Erfolgsrezept? Was meinen wir mit "konsequenter Politik der inneren Sicherheit"? – Ich meine damit die robuste bayerische Sicherheitsarchitektur insgesamt. Diese hat vier starke Säulen: erstens einen klaren und konsequenten sicherheitspolitischen und rechtspolitischen Kurs der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion seit vielen Jahrzehnten; zweitens eine hohe Zahl von exzellent ausgebildeten und fortgebildeten Polizistinnen und Polizisten, drittens eine exzellente Sachausstattung und viertens einen starken Rückhalt in der Bevölkerung. – Das Rückgrat der Sicherheitsarchitektur ist dabei der klare Kurs. Er beginnt mit der Prämisse "Freiheit braucht Sicherheit". Für uns ist das Grundrecht auf Sicherheit die Grundvoraussetzung für Freiheit.

(Beifall bei der CSU)

Die Politik der CSU hat Freiheit und Sicherheit nie als zerstrittenes Geschwisterpaar oder gar als ferne Verwandte gesehen, sondern als zwei zentrale Säulen unserer Gesellschaft, die man als Symbiose verstehen muss. Daher gilt: Freiheit braucht Sicherheit. Dieser Grundgedanke findet sich als Leitmotiv in allen rechts- und sicherheitspolitischen Entscheidungen wieder.

Ein wichtiges Element ist dabei die Null-Toleranz-Strategie. Rechtsverstöße werden in Bayern konsequent verfolgt und geahndet – also eine konsequente Normdurchsetzung. "Wehret den Anfängen", könnte man auch sagen. Diese Antwort geben wir auch der SPD, wenn sie immer wieder die Bagatellisierung von bestimmten Delikten wie zum Beispiel Ladendiebstählen fordert. Auch wenn dort der Schaden vielleicht gering ist und es nicht so emotional wie beim Wohnungseinbruch zugeht, so geht es doch um eine Eigentumsverletzung und nicht um eine Parkzeitüberschreitung. Daher ist die richtige Antwort des Staates: Strafe und nicht Einstufung als Ordnungswidrigkeit.

Vertrauen statt Misstrauen ist unsere Devise. Das heißt, dass die Politik wie eine Eins hinter den Beamtinnen und Beamten steht. Einen Minister, der sich nach der Silvesternacht in Köln erbärmlich in die Büsche schlägt, würde es in Bayern nicht geben.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt aber auch, dass man der Polizei ausreichend Personal, Sachausstattung und vor allem das rechtliche Instrumentarium an die Hand gibt. Genau beim Thema "rechtliche Befugnisse" kommt es zum Schwur. Hier unterscheiden sich die Sonntagsreden von echter und nachhaltiger Innenpolitik. Auch noch so viele und noch so gut ausgestattete Beamte werden nichts ausrichten, wenn man sie ihre Arbeit nicht machen lässt, indem man ihnen entweder die rechtlichen Befugnisse vorenthält oder man sie laufend unter Generalverdacht stellt.

(Beifall bei der CSU)

Die GRÜNEN stellen sich gegen die Verschärfung verschiedener Dinge; Kollegin Guttenberger hat es eben schon ausgeführt. Sie stellen sich gegen die Verschärfung des Vermummungsverbots, gegen digitale Spurensicherung, gegen Videoüberwachung, gegen die Strafverfolgung von Cannabiskonsumenten, gegen Fluggastdatenspeicherung und viele andere wichtige Maßnahmen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Misstrauen statt Vertrauen – das ist die zweifelhafte Einstellung der GRÜNEN gegenüber den Polizeibehörden. Dies wird seit Jahren immer wieder deutlich. Ständig und überall wittern sie Fehlverhalten. Die GRÜNEN fordern unablässig eine unabhängige Stelle zur Aufklärung von polizeilichem Fehlverhalten, obwohl die Herausforderung nicht Polizeigewalt, sondern Gewalt gegen Polizeibeamte lautet. Die Antwort der GRÜNEN hierauf ist Schweigen. Insbesondere die Bundestagsvizepräsidentin schweigt, die an einer Demonstration teilnimmt, an der auch die gewaltbereiten Chaoten des Schwarzen Blocks mitmarschieren. Das kann ja einmal passieren, wird man vielleicht sagen. Dass man sich aber anschließend nicht einmal von den übelsten Parolen distanziert, ist der eigentliche Skandal.

Im letzten Landtagswahlprogramm forderten die GRÜNEN die Auflösung des Landesamts für Verfassungsschutz und das Verbot von V-Leuten. Eine Stärkung des Verfassungsschutzes ist dies eben nicht, sondern sicherheitspolitische Ahnungslosigkeit.

(Beifall bei der CSU)

Ein grüner Dauerbrenner ist die Forderung nach der individuellen Kennzeichnungspflicht für Beamte. Die GRÜNEN in Fürth unterstellten der Polizei 2015 nach einer Demonstration die Unterstützung von Rechtsextremisten, und den erfolgreichen Polizeieinsatz beim G-7-Gipfel in Elmau bezeichneten die GRÜNEN als Sicherheits-Overkill. Wer so über die Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten denkt, wer die Polizis-

tinnen und Polizisten mit Hunderten von scheinheiligen Landtagsanfragen nervt, der braucht nicht Interesse an den Herausforderungen moderner Polizeiarbeit zu heucheln.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Das ist eine Frechheit! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Ein grüner Polizeikongress hilft den bayerischen – –

(Zurufe der Abgeordneten Ulrike Gote und Thomas Mütze (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, warten Sie einen Moment, bis hier wieder Ruhe einkehrt.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Ich verstehe natürlich die Empörung.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Das Alleinstellungsmerkmal haben Sie schon lange verloren, Herr Kollege!)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich denke, Herr Kollege, jetzt reicht es. – Herr Kollege Herrmann, ich regle das schon. Sie brauchen das nicht zu machen, Herr Kollege Herrmann.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Herr Kollege Mütze, ich bitte doch. Sie wissen, wo Sie sich hier aufhalten.

(Beifall bei der CSU – Thomas Mütze (GRÜNE): Wir halten uns hier im Bayerischen Landtag auf!)

Herr Kollege Mütze, ich würde Sie bitten, jetzt Ihre Zwischenrufe zu beenden. Es sind genügend gewesen. – Bitte, Herr Kollege Dr. Herrmann, fahren Sie fort.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich verstehe die Aufregung, weil wir offenbar einen sehr wunden Punkt getroffen haben. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ging es nicht um Wohnungseinbrüche?)

Ein grüner Polizeikongress hilft bayerischen Polizisten auch nicht weiter. Ein grüner Polizeikongress – das

wäre so ähnlich, wie wenn der Verband der Ziegenböcke einen Gärtnereikongress abhalten würde.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Auch ein Wolf im Schafspelz bleibt immer noch ein Wolf.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, unsere Polizei arbeitet exzellent und oft auch über das hinaus, was man erwarten kann.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Die Polizei arbeitet gut; Sie nicht! – Gegenruf von der CSU: Das müssen Sie ja nicht beurteilen!)

– Das ist schön, Frau Gote.

Wir reagieren jedenfalls auf die Herausforderung, sei es Wohnungseinbruch, sei es Extremismus, Terrorismus oder Cybercrime, indem wir die Polizei gerade auch personell stärken. Ich kann nur sagen: Seit 2009 haben wir fast 2.500 neue Stellen, 2.000 neue Ausbildungsstellen, und bis 2025 sind bei der bayerischen Polizei weitere 10.000 Einstellungen vorgesehen. Mit den 41.000 Beamtinnen und Beamten haben wir den höchsten Stand an Polizeibeamten in den letzten 70 Jahren, also in der siebzigjährigen Geschichte der bayerischen Polizei. Das soll uns erst einmal jemand nachmachen, meine Damen und Herren, bevor wir kluge oder in der Regel nicht ganz so kluge Ratschläge bekommen. Dazu kommen Stellenhebungsprogramme und die Tatsache, dass die Beamtenbesoldung in Bayern generell besser ist als in den anderen Ländern und im Bund. Den Menschen in Bayern geht es besser, wenn wir unsere Polizei so stärken, wie wir das tun.

Wir stärken die Polizei auch hinsichtlich ihrer Ausstattung. Die Ausstattung haben wir gerade in den letzten Jahren aufgrund neuer Herausforderungen verstärken müssen. Aber auch diesbezüglich steht die Mehrheit im Haus, steht die CSU-Fraktion, steht die Staatsregierung nicht nur mit Worten, sondern eben auch mit Taten und mit enormem finanziellen Engagement hinter ihrer Polizei.

Schließlich – das halte ich auch für einen ganz wichtigen Punkt – spüren die Menschen die Erfolge der Polizei. Auch die Entlastungen bei den Wohnungseinbrüchen spüren die Menschen. Das ist auch der Grund, warum wir eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema abhalten: Damit man der Unsicherheit, die man bei vielen Gesprächen gerade im Zusammenhang mit Einbrüchen spürt, entgegenwirken und sagen kann, dass etwas getan wird und dass dies auch Erfolge zeitigt

und greift. Man kann sich darauf auch verlassen. Dies gilt für die Arbeit der Polizei insgesamt. Die Polizei hat in der Bevölkerung einen großen Rückhalt. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal der bayerischen Polizei, das wir anderswo nicht haben.

Deshalb kann man nur sagen: Mit ihren hervorragenden Leistungen tragen die Polizistinnen und Polizisten entscheidend dazu bei, dass wir in Bayern seit Jahren einen Spitzenplatz bei der inneren Sicherheit in Deutschland einnehmen. Daher stehen wir für eine konsequente Politik der inneren Sicherheit: Konsequenz in der Klarheit, was Recht und Unrecht betrifft, Konsequenz in der Deeskalation durch Stärke, Konsequenz in der personellen und sachlichen Ausstattung der Beamten und Konsequenz beim Rückhalt in der Politik – jedenfalls in der CSU-Landtagsfraktion – und in der Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU)

Freiheit braucht Sicherheit, meine Damen und Herren, und Sicherheit braucht genau jene engagierten Beamtinnen und Beamten, die wir in Bayern haben, denen wir danken und auf die wir stolz sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Herrmann um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass das Hohe Haus heute diese zweifellos wichtige Frage diskutiert, eine wichtige Frage für das Sicherheitsempfinden der Menschen in unserem Land. Die Bilanz hinsichtlich des vergangenen Jahres ist in der Tat zwiespältig: Zum einen sind wir in der Tat stolz darauf, dass wir weiterhin in Deutschland das Land mit der mit Abstand niedrigsten Kriminalitätsrate sind. Dies gilt eben auch für Wohnungseinbruchsdiebstähle. Wir hatten im Jahr 2014 eine Häufigkeitsziffer – also von Straftaten je 100.000 Einwohner – von rund 65 Einbruchsdiebstählen je 100.000 Einwohner. Diese ist auf 59 je 100.000 Einwohner zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum ist in Nordrhein-Westfalen die Häufigkeitsziffer, die 2014 noch bei 300 Einbrüchen je 100.000 Einwohner lag, auf 354 gestiegen. Dort gab es also nicht einen leichten Rückgang, sondern einen weiteren deutlichen Anstieg. Ich vergleiche dabei nicht Äpfel mit Birnen; ich vergleiche nicht Bayern mit dem Saarland oder Bremen, sondern ich vergleiche Bayern mit Nordrhein-Westfalen. Die Häufigkeitsziffer ist in Nordrhein-Westfalen sechsmal so hoch wie in Bayern. Das zeigt schon den qualitativen Unterschied bei der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen leider feststellen: In vielen anderen Bundesländern bedeutet Rot-Grün Unsicherheit!

(Beifall bei der CSU)

Ich sage ganz deutlich: Wir sind mit unseren Erfolgen keineswegs zufrieden. Wir wollen uns darauf nicht ausruhen. Wir wollen den Kampf gegen die Kriminalität fortsetzen. Deshalb ist es wichtig, dass wir weitere konkrete Fortschritte erzielen. Ich wäre dankbar, wenn möglichst viele Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Hause dabei mitmachen. Wir brauchen zum Beispiel eine noch engere Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern. Im letzten Jahr ist das Land Baden-Württemberg von sich aus auf uns zugekommen, da dort gesehen wurde, dass Bayern bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls besonders aktiv und auch erfolgreich ist. Deshalb will das Land Baden-Württemberg mit uns zusammenarbeiten. Wir haben im vergangenen Jahr eine entsprechende Kooperationsvereinbarung geschlossen.

Inzwischen sind weitere Länder auf uns zugekommen. Ich habe vor diesen Ländern einen großen Respekt. Das SPD-regierte Rheinland-Pfalz kam auf uns zu und wollte sich an dieser Kooperationsvereinbarung beteiligen. Auch das Land Hessen will sich daran beteiligen. Übermorgen werden wir diese Vereinbarung auf der Innenministerkonferenz im Saarland erweitern, sodass künftig neben Bayern und Baden-Württemberg auch Rheinland-Pfalz und Hessen dabei sein werden. Gleichzeitig haben wir beschlossen, die Kooperation mit Sachsen weiter zu verstärken. Ich denke, es spricht für sich, dass so viele Länder gerade mit Bayern eng zusammenarbeiten wollen, weil sie erkannt haben, dass Bayern bei diesem Problem ein überzeugendes Konzept hat.

Wir verfolgen auch das Ziel, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken. In der Debatte wurde es soeben zu Recht angesprochen: Wir haben einen enorm hohen Anteil ausländischer Straftäter in diesem Kriminalitätsbereich. Herr Kollege Gantzer, ich bin dankbar, dass Sie dieses Problem, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ganz deutlich beim Namen genannt haben. Wenn ich die bundesweite Diskussion über die Höhe des Anteils ausländischer Staatsangehöriger bei der Begehung von Straftaten in unserem Land betrachte, stelle ich fest, dass die Bereitschaft bei einer ganzen Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus der SPD, darüber auch nur zu reden, sehr gering ausgeprägt ist. Sie müssen einmal sagen: Ja, wir haben hier ein Problem. – Hier geht es nicht nur um Migranten in unserem Land. Hier geht es um grenzüberschreitende Kriminalität, um Einbrecherbanden aus Osteuropa,

die in unser Land kommen. Dieses Problem muss einmal beim Namen genannt werden.

Wir ziehen daraus den Schluss, dass wir bessere Grenzkontrollen benötigen. Wir halten es nicht für in Ordnung, dass die EU-Außengrenzen nicht hinreichend kontrolliert werden. Wir brauchen mehr Schleierfahndung. Vor zwei Jahren habe ich erlebt, dass die SPD-Kollegen auf der Innenministerkonferenz dazu eine Null-Ansage gemacht haben. Sie haben sich geweigert, sich dieses Themas anzunehmen. Alle SPD-Kollegen haben es abgelehnt, über die Schleierfahndung zu reden. Es nützt doch nichts, wenn wir die Schleierfahndung nur in Bayern durchführen! Sie muss in allen Bundesländern konsequent durchgeführt werden.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Gantzer, ich verspreche Ihnen, dass ich dieses Thema bei der IMK im Saarland wieder ansprechen werde. Erfreulicherweise gibt es jetzt, mit einem Verzug von zwei Jahren – –

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr Kollege von Brunn, wenn Sie mir konzentriert zuhören würden, wäre das wunderbar. Sie beschwerten sich darüber, dass ich zu laut rede, und drehen sich dann um, um selber mit anderen zu reden. Entweder – oder!

Ich werde dieses Thema bei der Innenministerkonferenz wieder zur Sprache bringen. Ich hoffe, dass im Gegensatz zu der Situation vor einem oder zwei Jahren jetzt auch andere SPD-regierte Bundesländer bereit sein werden, hier mitzumachen. Wir brauchen die Schleierfahndung. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sechsmal so hohe Einbruchszahlen wie Bayern. Deshalb können die Regierungen von Nordrhein-Westfalen und von Rheinland-Pfalz doch nicht sagen: Die Schleierfahndung braucht es in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz nicht! – So haben die Kollegen noch vor einem Jahr gesprochen. Es ist höchste Zeit, dass ganz Deutschland begreift, dass hier ein Umdenken notwendig ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit komme ich zu den rechtspolitischen Maßnahmen, die Herr Kollege Dr. Herrmann und Frau Kollegin Guttenberger gerade angesprochen haben. Ich bin dem Justizminister dafür dankbar, dass er die Fragen, welche Veränderungen im Strafgesetzbuch und in der StPO vorgenommen werden müssen, bereits eingebracht hat. Ein Gesetzentwurf Bayerns lag im Bundesrat vor, wurde aber

nicht in den Bundestag eingebracht. Die Aussage lautet ganz klar: Bei Diebstahl soll es keine minder schweren Fälle mehr geben. Gerade der schwere Bandendiebstahl soll nicht mehr als minder schwerer Fall betrachtet werden können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir brauchen die Möglichkeit, beim Wohnungseinbruchdiebstahl generell auf gespeicherte Mobilfunkdaten zuzugreifen. Mit diesem wichtigen Fahndungsinstrument kann festgestellt werden, welche Handys zum Zeitpunkt eines Einbruchs in der Nähe des Einbruchsortes eingeloggt waren. Diese Daten zu vergleichen ist gerade im Hinblick auf Serieneinbrecher sehr wichtig. Wenn am Tag zuvor woanders ein Einbruch stattgefunden hat, kann man aus den Daten den Hinweis herausfiltern, dass beispielsweise in den letzten acht Tagen das gleiche Handy zufälligerweise fünfmal in der Nähe eines Einbruchsortes eingeloggt war. Dann kann man überprüfen, ob es sich beim Inhaber dieses Handys um einen Verdächtigen handelt.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, das ist ein ganz wichtiges Instrument. Wenn gesagt wird, die Erfolgsquote bei den Ermittlungen ist noch zu niedrig, in der Fahndung haben wir noch zu wenige Treffer, dann müssen wir gemeinsam daran arbeiten, mehr Fahndungserfolge zu erzielen. Hierfür liegen die Vorschläge der Praktiker auf dem Tisch. Aber leider ist es wieder der Herr Bundesjustizminister, der sich strikt weigert, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Er lehnt es strikt ab, dieses Thema anzupacken. Deshalb werden wir nicht locker lassen. Darüber muss geredet werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir dürfen nicht nur theoretisch sagen: Wir müssen Einbruchdiebstähle bekämpfen. Wir müssen vielmehr konkret an diesem Thema arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir sind dankbar für die großartige Arbeit unserer bayerischen Polizei. Aber angesichts der Herausforderungen, die wir im Inland feststellen, etwa bei der grenzüberschreitenden Kriminalität, und auch der Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus müssen wir uns noch stärker aufstellen und brauchen eine noch stärkere Polizei. Ich hoffe hier, einen breiten Konsens zu erzielen. Ich denke an die gestrigen Nachrichten aus Frankreich. Wir müssen uns in den nächsten Wochen und Monaten damit beschäftigen, die bayerische Polizei weiter auszubauen, damit die Menschen in Bayern auch in Zukunft noch sicherer leben können. Trotz der großen Herausforderungen im Inland und im Ausland soll sich die Sicherheitslage nicht verschlechtern.

Deswegen werde ich diesem Hohen Haus bald entsprechende Vorschläge zur weiteren Verstärkung unserer Polizei vorlegen.

Ich sage der bayerischen Polizei, allen Kolleginnen und Kollegen ein herzliches Dankeschön dafür, dass wir auch im vergangenen Jahr wieder das Land mit der höchsten Sicherheit in Deutschland waren. Das ist auch dem großartigen Engagement unserer Polizeibeamtinnen und -beamten zu verdanken. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung
über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Nummer 25 der Anlage zur Tagesordnung; dies ist der Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion betreffend "Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen" auf der Drucksache 17/11171. Der Antrag wird zusammen mit dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – das ist der Tagesordnungspunkt 9 – auf Drucksache 17/11041 aufgerufen.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, darf ich bekannt geben, dass zum Antrag unter Tagesordnungspunkt 4 vonseiten der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, darf ich als Ehrengäste auf unserer Besuchertribüne sehr herzlich den Präsidenten des Bayerischen Obersten

Rechnungshofs, Herrn Dr. Heinz Fischer-Heidberger, und die Vizepräsidentin, Frau Susanne Frank, begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso herzlich darf ich den Regierungspräsidenten von Oberbayern, Herrn Christoph Hillenbrand, begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Wahl des Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Nach Artikel 80 Absatz 2 Satz 1 der Verfassung des Freistaates Bayern wählt der Landtag auf Vorschlag der Staatsregierung den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs.

Mit Schreiben vom 10. Mai 2016 hat der Herr Ministerpräsident mitgeteilt, dass der Präsident des Obersten Rechnungshofs, Herr Dr. Heinz Fischer-Heidberger, mit Ablauf des Monats Juni dieses Jahres in den Ruhestand tritt und die Staatsregierung beschlossen hat, dem Landtag als dessen Nachfolger den derzeitigen Präsidenten der Regierung von Oberbayern, Herrn Christoph Hillenbrand, zur Wahl zum Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs vorzuschlagen.

Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Kollege Gehring zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte das Wahlverhalten meiner Fraktion erläutern. Wir als Landtagsfraktion der GRÜNEN nehmen das Amt des Rechnungshofpräsidenten sehr ernst. Der Oberste Rechnungshof ist ein wichtiger Partner des Landtags. Ich denke, er ist ein wichtiger Partner für alle Abgeordneten des Bayerischen Landtags. Er hat einen Blick auf die Haushaltsaufstellung. Ich denke, hierzu hat der scheidende Rechnungshofpräsident einiges gesagt, was wichtig war. Der Rechnungshof hat einen Blick auf den Haushaltsvollzug. Er stärkt mit seinen Empfehlungen das Budgetrecht des Landtags. Das ist das Königsrecht des Parlaments. Uns ist an einem starken und unabhängigen Rechnungshof und an einem starken und unabhängigen Rechnungshofpräsidenten gelegen.

Damit komme ich zu meinem zweiten Punkt, nämlich zum Verfahren. Wir glauben, dass dieses Verfahren

diesem Anspruch nicht gerecht wird. Der Präsident des Rechnungshofs wird von der Staatsregierung, vom Ministerpräsidenten, vorgeschlagen und vom Landtag mit einfacher Mehrheit gewählt. Wir finden, dass der Landtag an diesem Auswahlverfahren beteiligt sein sollte. Wir sollten auch über ein Modell diskutieren, nach dem der Präsident des Rechnungshofs zum Beispiel von der Landtagspräsidentin vorgeschlagen und vom Landtag mit Zweidrittelmehrheit gewählt wird. Dies würde die Rolle des Rechnungshofpräsidenten und die nähere Bindung an den Landtag unterstreichen.

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt: Unsere Enthaltung ist eine Enthaltung wegen des Verfahrens und nicht wegen der Person. Insofern ist dies von der Person zu trennen. Wir hatten in der Fraktion ein Gespräch mit Herrn Hillenbrand. Ich fand – ich denke, Herr Hillenbrand, Sie können das bestätigen –, es war ein guter und von gegenseitiger Wertschätzung getragener Dialog. Sie haben unsere Hoffnungen und Erwartungen in Ihre Amtsführung als Präsident des Obersten Rechnungshofs, aber auch den Respekt gegenüber Ihrer Person spüren können. Herr Hillenbrand, wir wünschen Ihnen für dieses Amt alles Gute und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Liegen weitere Wortmeldungen vor? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen damit zur Wahl, die gemäß § 42 Absatz 1 Nummer 2 der Geschäftsordnung in geheimer Form stattfinden soll.

An Ihrem Platz finden Sie einen gelben Stimmzettel vor, auf dem der vorgeschlagene Kandidat genannt ist. Außerdem enthält Ihre Stimmkartentasche eine gelbe Namenskarte, die für die Wahl zu verwenden ist. Die Urnen für die Namenskarten und für die Stimmzettel befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals im Bereich der Eingangstüren und auf dem Stenografentisch. Ich bitte, sowohl die Namenskarte als auch den Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einzuwerfen, sondern diese den dafür bereitstehenden Schriftführern und Mitarbeitern des Landtagsamts auszuhändigen. Nur so kann der ordnungsgemäße Ablauf des Wahlvorgangs sichergestellt werden.

Wir beginnen jetzt mit der Wahl. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Geheime Wahl von 15.14 bis 15.19 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe den Wahlgang. Die Stimmkarten werden

ausgezählt. Bis wir das Ergebnis haben, unterbreche ich kurz die Sitzung.

(Unterbrechung von 15.20 bis 15.29 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen. Vielleicht kann man bitte draußen durchgehen und dazu auffordern, die Plätze hier im Plenarsaal einzunehmen. Ich bin der Auffassung, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Plenarsaal kommen sollen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sind wir denn im Kindergarten?)

– Frau Kollegin, das überlassen Sie bitte mir.

(Christine Kamm (GRÜNE): Wir müssen warten, weil die da draußen rumturnen!)

– Wenn Sie mit mir diskutieren wollen, dann machen Sie das bitte an anderer Stelle.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf das Wahlergebnis bekannt geben. 159 Abgeordnete haben an der Abstimmung teilgenommen. Auf Herrn Christoph Hillenbrand entfielen 118 Stimmen. Mit Nein stimmten 14 Abgeordnete. Der Stimme enthalten haben sich 27 Abgeordnete. – Damit hat der Bayerische Landtag Herrn Christoph Hillenbrand zum Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrter Herr Hillenbrand, ich darf Ihnen im Namen des Hohen Hauses, aber auch persönlich sehr herzlich zur Wahl zum Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gratulieren. Wir wissen, auf Sie wartet eine sicherlich nicht immer einfache, aber ohne Zweifel gerade für uns hier im Hohen Haus wichtige Aufgabe. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Kraft, alles Gute und Gottes Segen. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrter Herr Dr. Fischer-Heidberger, Sie werden Ende des Monats in den wohlverdienten Ruhestand treten. Im Namen des Bayerischen Landtags danke ich Ihnen für das in den vergangenen zwölf Jahren Geleistete. Wir wünschen Ihnen, verbunden mit diesem Dank, auch alles Gute für die Zukunft. Das wird sicher zum Teil ein "Unruhestand" werden. Auf jeden Fall von unserer Seite herzlichen Dank, alles Gute und Gottes Segen für Sie. Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Herbert Woerlein u. a. (SPD)
Zusammenführung der EU-Förderprogramme Schulfrucht und Schulmilch sinnvoll ausgestalten
(Drs. 17/10431)**

Ich darf daran erinnern: Zu diesem Antrag wurde namentliche Abstimmung beantragt. – Ich darf als Erster Frau Kollegin Müller das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag auf Drucksache 17/10431 wollen wir deutlich machen, dass uns die gesunde Ernährung unserer Schulkinder in allen Bildungseinrichtungen ein wichtiges Anliegen ist. Vor fast zwei Jahren, am 16. Juli 2014, haben wir hier im Bayerischen Landtag mit dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/2715 einstimmig beschlossen, das Schulfruchtprogramm auch auf Kindertagesstätten auszuweiten. Dank unserer Initiative haben im Schuljahr 2014/2015 bereits 229.935 Kinder im Kindergartenalter ab drei Jahren vom Schulfruchtprogramm profitiert.

(Beifall bei der SPD)

Obwohl sich die Eltern und Kinder der bayerischen Kitas gefreut haben, sind bei näherem Hinsehen doch Lücken aufgetaucht, die bis heute nicht geschlossen wurden. Wir fordern im ersten Spiegelstrich unseres Antrags deshalb präzise, dass Kinder in allen Bildungseinrichtungen, von der Krippe bis zum Gymnasium, zum Schuljahr 2017/2018 an dem neuen Förderprogramm der Europäischen Union teilhaben sollen. Die Kinder unter drei Jahren, die eine bayerische Kinderkrippe besuchen, können nämlich derzeit nicht am kostenlosen Obst- und Gemüseangebot teilhaben. Hinzu kommt, dass wir, die SPD-Fraktion, Wert darauf legen, dass bei einer Zusammenführung der EU-Förderprogramme Schulfrucht und Schulmilch von den Schulen und Kitas regional, saisonal und ökologisch erzeugte Produkte bevorzugt werden. In einer globalisierten Welt, in der wir auch mit unseren gemeinsam verfassten Entwicklungsleitlinien Verantwortung übernehmen, sollen auch fair gehandelte Produkte berücksichtigt werden.

Ernährungsbildung fängt bei den Jüngsten an und endet nicht mit dem Eintritt in die Schule. Das Programm muss verstetigt werden, damit die Kinder und Jugendlichen auf den Geschmack kommen und sich ihr Leben lang an das Erlernte halten, um dauerhafte Krankheitsfolgen abzumildern. Den Bundeslandwirtschaftsminister sehen wir in dieser Frage eng an unserer Seite. Erst im November 2014 hat er die Mel-

dung herausgegeben, er finde ein Schulfach "Ernährung" sinnvoll. Zu einem qualitätsorientierten Schulfach "Ernährung" passt der vierte Spiegelstrich in unserem Antrag, nämlich die Forderung, dass zuckerhaltige Milchprodukte nicht in das Programm aufgenommen werden sollen.

Die Kindergesundheit ist uns, den Abgeordneten des Bayerischen Landtags, ein wichtiges Anliegen. Jedes Jahr werden Aktionen im Rahmen des Bayerischen Präventionsplans durchgeführt, sei es zu Diabetes oder zur besseren Ernährung bei Außer-Haus-Verpflegung. Mit unserem Antrag setzen wir nicht nur auf eine einmalige, presserwirksame Aktion, sondern auch auf einen nachhaltigen Lerneffekt, der von der Schule in die Familien wirken kann.

(Beifall bei der SPD)

Verstärkt wird dieser Effekt auch dadurch, dass wir in unserem Antrag eine praktische Bildungseinheit vorsehen, damit die Kinder und Jugendlichen lernen, wie Nahrungsmittel gesund und schmackhaft zubereitet werden können. Gerade die Kinder könnten dann bereits mit einem Grundwissen aus der Kita in den Schulen im neu geschaffenen Fach "Ernährung" auf einer guten Basis aufbauen, sofern Ihr Bundeslandwirtschaftsminister den Worten auch Taten folgen lässt.

Mit der auf EU-Ebene beschlossenen Zusammenführung der bisher getrennten Schulprogramme für Milch, Obst und Gemüse eröffnen sich neue Handlungsspielräume. Davon können unsere Kinder und Jugendlichen, aber auch unsere Landwirte in Bayern profitieren. Hier können wir auch für unsere krisengeschüttelten Milchbauern und -bäuerinnen ein deutliches Zeichen setzen und sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit praktischen Initiativen unterstützen. Auch die Anbieter der "fairen Milch" hätten die Möglichkeit, als regionale Anbieter am Programm teilzunehmen. Da auch die Staatsregierung Optimierungsbedarf hinsichtlich der Wirkung des Schulmilchprogramms sieht, wie aus der Antwort der Staatsregierung vom 12. März 2016 auf die Anfrage meines Kollegen Dr. Linus Förster von 30. Januar 2016 hervorgeht, sind wir zuversichtlich, dass sich alle Abgeordneten dem Wunsch der Staatsregierung nach einer Optimierung anschließen werden und unser Antrag Früchte trägt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Taubeneder von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Walter Taubeneder (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das bayerische Schulobst- und -gemüseprogramm ist eine einzigartige und große Erfolgsgeschichte, auf die wir als Bayerischer Landtag stolz sein können. Im Schuljahr 2014/2015 haben rund 6.200 Einrichtungen und fast 645.000 Kinder daran teilgenommen. Damit werden in den Kindergärten bereits 68 % aller bayerischen Kindergartenkinder und in den Grundschulen 96 % der Kinder erreicht. Das ist großartig. Das Ziel einer flächendeckenden Teilnahme aller Kinder der Altersgruppen von drei bis zehn Jahren ist damit bereits weitgehend erreicht.

Das kostet auch Geld. Der Freistaat Bayern hat dafür im Schuljahr 2014/2015 6,3 Millionen Euro ausbezahlt. Damit stehen wir an der Spitze aller Bundesländer.

(Beifall bei der CSU)

Alle Fraktionen sind sich grundsätzlich einig, dass das Programm für unsere Kinder gut und vor allem nachhaltig wirkt. Das wird auch durch eine Studie der TU München bestätigt. Die Teilnehmer am Programm essen viel häufiger Obst und Gemüse, unabhängig vom kostenlosen Angebot. Sie greifen sogar zum Taschengeld und kaufen Obst und Gemüse. Die Wissenschaftler verzeichnen bei vier Jahren Teilnahme am Programm gegenüber der Vergleichsgruppe, die nicht teilgenommen hat, einen Anstieg des Obst- und Gemüseverzehrs um 51 %. Das ist großartig. Der Nebeneffekt aber ist, dass auch die Eltern der Kinder, die am Programm teilnehmen, häufiger Obst und Gemüse essen. Sie wollen schließlich Vorbilder sein.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt kommt das neue EU-Schulprogramm. Es wird im Schuljahr 2017/2018 starten. Neben Obst, Gemüse und Trinkmilch werden dann auch Joghurt, Käse und Quark förderfähig sein. Das war uns sehr wichtig. Die finanzielle Ausstattung beträgt auf EU-Ebene insgesamt 250 Millionen Euro. Davon entfallen auf Deutschland 29,1 Millionen Euro. Der auf Bayern entfallende Anteil kann noch nicht beziffert werden. Fest steht bisher nur, dass die Beihilfeshöhe für Obst und Gemüse wie bisher nach dem Anteil der sechs- bis zehnjährigen Kinder bemessen wird. Die Beihilfe für Milch und Milchprodukte wird zusätzlich einen historisch begründeten Anteil enthalten. Näheres dazu wird das neue Schulobstgesetz regeln, das derzeit in enger Abstimmung mit den Ländern erarbeitet wird. Allerdings sind wir nicht zufrieden; denn im Gesetz, das Bayern benachteiligt, soll eine sechsjährige Übergangszeit festgeschrieben werden: Pro Jahr und teilnehmendes Kind würden nur 1,49 Euro ausbezahlt,

während ein Kind in Berlin zum Beispiel 6,58 Euro erhalten würde. Das Gesetz ist momentan ausgesetzt; auf Fachebene wird weiter verhandelt, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

Die Zusammenlegung des Schulobst- und -gemüseprogramms mit dem Schulmilchprogramm erlaubt nach derzeitigem Stand grundsätzlich die Einbindung von Kindern aller Altersstufen. Da die EU die Höhe der Beihilfe im Wesentlichen nach der Zahl der sechs- bis zehnjährigen Kinder bemisst und jüngere ebenso wie ältere Kinder unberücksichtigt lässt, sind die Möglichkeiten einer Ausweitung der teilnehmenden Altersgruppen begrenzt und abhängig von der Höhe der tatsächlich bereitstehenden Finanzmittel. Das ist halt nun mal so. Die bislang angesprochene Altersgruppe von drei bis zehn Jahren sehen wir nach wie vor auch im Hinblick auf die Beeinflussung des Ernährungsverhaltens und unter dem Gesichtspunkt der begrenzt zur Verfügung stehenden Finanzmittel als sehr sinnvoll an. – Die SPD fordert nun die Ausdehnung auf alle anderen Schularten. Ein Blick in die anderen Bundesländer zeigt, dass dort nahezu ausschließlich Grund- und Förderschulen mit dem Programm bedient werden.

(Dr. Linus Förster (SPD): Wir wollen ja Vorbild sein!)

– Ja, das sind wir sowieso; dazu komm ich schon noch. – Darüber hinaus ist zu berücksichtigen: Wenn Kinder schon möglichst früh an eine gesunde Ernährung herangeführt werden, müsste das auch Früchte tragen, mit der Folge, dass die Kinder in den weiterführenden Schulen die entsprechenden Erkenntnisse bereits gewonnen haben und sie auch umsetzen. Einfach gesagt: Wenn man in eine Schule geht, soll man was lernen, und irgendwann müsste das Wirkung zeigen. In diesem Fall setzen wir darauf.

(Beifall bei der CSU – Ruth Müller (SPD): ... Führerschein machen, dann!)

Darüber hinaus erfolgt die Schulverpflegung inzwischen in vielen Mensen. An vielen Schulen gibt es Mittagsbetreuung und Mittagsverpflegung und damit auch die Möglichkeit, auf das Ernährungsverhalten der Schüler einzuwirken. An dieser Stelle sei auf die Vernetzungsstellen der Schulverpflegung hingewiesen, die sich speziell mit diesen Themen befassen und entsprechend beraten.

Die Verwendung ökologisch erzeugter Produkte, die auch im Antrag gefordert wird, wird schon jetzt beim Schulobst- und -gemüseprogramm durch einen deutlich höheren Portionspreis für Bioware mit entsprechend höherer Beihilfe gefördert. Der bevorzugte Einsatz regionaler und saisonaler Produkte wird

empfohlen. Der Erfolg dieser Maßnahmen zeigt sich unter anderem darin, dass sich rund 60 % der belieferten Einrichtungen für Bioware entscheiden. Diese Strategie soll auch im neuen EU-Schulprogramm fortgesetzt werden.

Die Begleitung und Verteilung der Produkte durch sogenannte flankierende Maßnahmen, zum Beispiel praktische Bildungseinheiten, ist auch im neuen Schulprogramm zwingend vorgesehen. In Bayern geschieht dies beim Schulobst- und -gemüseprogramm schon seit Jahren, zum Beispiel durch die Umsetzung des Programms "Voll in Form" in bayerischen Grundschulen. Darüber hinaus werden zusätzliche Maßnahmen, etwa ein Besuch auf dem Bauernhof, angeregt. Obst und Gemüse werden schon bisher nur unverarbeitet angeboten; das war im Antrag gefordert. Es ist auch nicht geplant, zuckerhaltige Milchprodukte in das neue Programm mit aufzunehmen.

Mit der Teilnahme am neuen EU-Schulprogramm setzt sich die Bayerische Staatsregierung zum Ziel, den Erfolg des Schulobst- und -gemüseprogramms auf Milch und ausgewählte Milchprodukte ohne Zusätze auszuweiten und so das Ernährungsverhalten von Kindern nachhaltig positiv zu beeinflussen. Die Bayerische Staatsregierung hat sich von Beginn an auf allen Ebenen für eine zielführende Gestaltung des neuen EU-Schulprogramms eingesetzt und bringt sich in den laufenden Prozess ein. Der Antrag entspricht damit dem Grundsatz und dem Vorgehen der Staatsregierung bzw. bereits getroffenen Entscheidungen. Er ist somit aus unserer Sicht hinfällig. Das habe ich auch im Ausschuss so gesagt. Wir werden daher auch heute dem Antrag nicht zustimmen, weil seinem Anliegen eigentlich schon entsprochen wird.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult; der Kollege Dr. Förster hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege; Sie haben das Wort.

Dr. Linus Förster (SPD): Herr Kollege Taubeneder, der Antrag zielt vor allem auch darauf ab, dass das kostenlose Element auch in weiterführenden Schulen betont wird und dass es sehr wohl auch in Bayern Armut gibt. Das belegt der Armutsatlas, der erstellt worden ist. – Unser Antrag tritt auch hier für eine gesunde Ernährung ein. Sicherlich kennen Sie die entsprechenden Untersuchungen und Umfragen, denen zufolge vor allem von Familien, die in prekären Verhältnissen leben, hier eine besondere Schwelle zu überwinden ist. Ist Ihnen das bekannt? Und glauben Sie nicht, dass es gut wäre, auch und gerade den Ju-

gendlichen aus diesen Familien in weiterführenden bzw. anderen Schulen den Nutzen dieses zusätzlich von der EU geförderten Schulobst- und Schulmilchprogramms zukommen zu lassen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Kollege Taubeneder, Sie haben das Wort.

Walter Taubeneder (CSU): Lieber Herr Kollege, in Grundschulen und in Kindergärten stellen wir diese Produkte sowieso kostenlos zur Verfügung. Zu den weiterführenden Schulen gibt es eine Schnittstelle. Dort setzen wir natürlich verstärkt auf die Betreuung in den Mensen, in denen jeder Zugang zu solchen Produkten hat. Wenn jemand – das wissen wir alle – Schwierigkeiten hat, die Kosten für die Mittagsbetreuung aufzubringen, gibt es staatliche Hilfe. Das ist uns allen bekannt. – Ich denke, damit ist allen Rechnung getragen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Kraus von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hab mich jetzt wirklich sechs Minuten lang fast gefreut – das waren die ersten sechs Minuten der Rede des Kollegen Taubeneder. Er hat Zahlen genannt, die auch die Kollegin Müller schon erwähnt hat; er hat gesagt, alle Fraktionen seien sich einig – alle vier Fraktionen da herinnen im Bayerischen Landtag. Er hat die Zahlen zum angestiegenen Verzehr von Obst und Gemüse bei den Kindern und bei den Eltern genannt, und er hat das Programm ab 2017 erwähnt. Dann kam die Aussage: abhängig von den Finanzmitteln. – Für die restlichen zwei Minuten stand dann im Vordergrund: Die CSU lehnt ab. Klar. – Ich bin eigentlich immer wieder davon überrascht, auch wenn ich es eigentlich gar nicht mehr sein dürfte, wie viel Kraft, wie viel Zeit und Energie hier herinnen darauf verwendet wird, Oppositionsträger abzulehnen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

bei denen jeder normal denkende Bürger, wenn er draußen die Überschriften dieser Anträge liest, sagt: Das ist doch ganz klar; da sind wir alle der gleichen Meinung, und denen müssen wir zustimmen. – Aber wie viel Energie wird aufs Ablehnen verwendet!

Jetzt komme ich konkret zum SPD-Antrag. Wir werden dem Antrag, wie schon im Ausschuss, zustim-

men. Allerdings sind wir nicht mit allen Spiegelstrichen des Antrags einverstanden. Den ersten Spiegelstrich des Antrags, wonach Kinder in allen Bildungseinrichtungen, von der Krippe bis zum Gymnasium, an dem künftigen Programm teilnehmen können sollten, unterstützen wir selbstverständlich. – Die im zweiten Spiegelstrich geforderte Regionalität – das ist schon erwähnt worden – ist uns ganz wichtig. Das gilt auch für saisonale Produkte. Zwar haben wir mit ökologischen Produkten kein Problem, aber wir legen das Hauptaugenmerk nicht auf die Ökologie wie die linke Seite des Hohen Hauses. Aus Verbraucherumfragen wissen wir, dass regionale Produkte mittlerweile besser als ökologische Produkte abschneiden.

Mit dem dritten Spiegelstrich des SPD-Antrags wird eine praktische Bildungseinheit zur Ernährungsbildung gefordert. In diesem Zusammenhang darf ich an einen Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER erinnern. Wir haben schon einmal das Fach "Lebenskunde" gefordert. Eine Schülerin hat einmal gesagt – das ist ein berühmtes Zitat –, sie könne sämtliche Texte in alle Sprachen übersetzen, aber zur Lösung von Alltagsproblemen sei sie nicht fähig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das kann ich bloß wiederholen. Das Fach Lebenskunde sollte erneut eingefordert werden. Obwohl ich dem Bundeslandwirtschaftsminister beileibe nicht sehr oft zustimme, gebe ich ihm speziell auf diesem Gebiet recht.

Mit dem vierten Spiegelstrich in dem Antrag der SPD, wonach zuckerhaltige Milchprodukte nicht in das Programm aufgenommen werden sollen, kann ich mich auch nicht anfreunden. Die Dosis macht das Gift – das hat schon Paracelsus gesagt. Vor Kurzem habe ich mit einer Dame ein längeres Streitgespräch darüber geführt, wie viel Salz in einen Hefeteig gehört. Jeder in diesem Saal, der schon einmal gebacken hat, weiß, dass Hefeteig ohne Salz nicht funktioniert. – Ich sehe Zustimmung. Die Dosis macht das Gift. Einige wenige Gramm Salz sind ganz wichtig für den Hefeteig. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Kinder, denen man Zucker ganz und gar vorenthält und die dann an Zuckerprodukte gelangen, ohne Rücksicht auf Bauchweh und Krankheiten alles in sich hineinstopfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ministerpräsident Horst Seehofer: Zustimmung!)

Das ist nur ein Punkt. Ich kann auch aus Erfahrung als Kommunalpolitiker sprechen. Meine bescheidene Gemeinde mit rund 16.000 Einwohnern – der eine oder andere kennt die Gemeinde Ismaning im Landkreis München – hat vor vielen Jahren eine Schulkü-

che gebaut. Am Anfang wurden dort 80 Essen am Tag gekocht. Nach mehrmaligen Erweiterungen kocht diese Küche mittlerweile täglich 1.400 Essen. Man könnte jetzt natürlich sagen: Das ist doch der Wahnsinn. Gibt es bei euch denn keine Kinder mehr, die daheim bei den Eltern mittagessen? – Das ist scheinbar aufgrund der allgemeinen Lebenssituation nicht mehr der Fall.

Ich weiß jedoch, dass diese Kinder ein gutes Essen bekommen, weil diese Küche ehrlich, anständig, ohne Fertigprodukte und mit regionalen Lebensmitteln kocht. Deshalb ist es schön, dass die 1.400 Kinder jeden Tag ein gutes Essen erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Vielleicht kann mir jemand eine Frage beantworten. Kann sich einer der Anwesenden vorstellen, wann Kinder und Jugendliche das meiste Essen benötigen? – Dabei möchte ich keine Großküche, die Kinder und Jugendliche versorgt, ausnehmen. Ihr könnt daheim bei euch nachfragen. Mich würde es wundern, wenn etwas anderes herauskäme. – Das ist der erste Tag nach den Weihnachtsferien. Fragt einmal daheim nach. Das ist Tatsache. Die Kinder kommen am ersten Schultag nach den Weihnachtsferien wieder in die Schule und sind anscheinend nach den Feiertagen ausgehungert und sehnen sich nach einem guten und anständigen Essen. Deswegen – ich bin am Ende meiner Redezeit – stimme ich dem SPD-Antrag zu. Es wäre schön gewesen, wenn Sie signalisiert hätten, Sie wollten den Antrag einstimmig beschließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Sengl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute wieder einmal über das gesunde Schulessen. Diesmal geht es um die Zusammenlegung des Schulf Frucht- und des Schulmilchprogramms. In dem Antrag der SPD geht es vor allem um eine sinnvolle Gestaltung des Programms. Die wichtigsten Prägungen finden in der Kindheit und Jugend statt. Das wissen wir alle. Das gilt vor allem für unsere Essgewohnheiten und für unseren Geschmack. Süße Erdbeeren, Gelbe Rüben, frische Milch, saftige Äpfel – diese positiven Geschmackserlebnisse sollten wir unseren Kindern und Jugendlichen möglichst oft gönnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb begrüßen wir den Antrag der SPD sehr und unterstützen alle fünf Spiegelstriche, da es dort um die Gestaltung des Programms geht. Wir müssen den Kindern und Jugendlichen in allen Schularten und Betreuungseinrichtungen die Möglichkeit und den Zugang zu gesundem Essen ermöglichen. Gesundes Essen ist regional, saisonal, ökologisch und fair. Damit Kinder und Jugendliche auch verstehen und nachvollziehen können, warum diese Erzeugnisse so gesund sind, wäre es sehr sinnvoll, zumindest einmal jährlich eine kleine Bildungseinheit über Ernährungskompetenz anzubieten. Dann wüssten sie auch, warum zuckerhaltige Milchprodukte nicht so gesund sind. Lieber Herr Kollege Kraus, um den Zuckerkonsum unserer Kinder und Jugendlichen müssen wir uns keine Gedanken machen. Sie bekommen insgesamt genug Zucker. In der Schule sollten wir nicht zusätzlich dafür sorgen, dass die Kinder noch mehr Zucker essen – ganz im Gegenteil. In der Schule verbringen die Kinder nicht den Großteil ihrer Zeit. Für mich haben zuckerhaltige Milchprodukte und zuckerhaltige Getränke in der Schule nichts zu suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Bildungseinheit über Ernährungskompetenz könnte man auch vermitteln, dass der Verarbeitungsgrad der Lebensmittel möglichst gering zu halten ist. Immer wieder gibt es den Vorstoß – das hat Herr Kollege Kraus schon gesagt –, das Fach Lebenskunde, in dem auch Ernährung und Kochen eine wichtige Rolle spielen, fest im Lehrplan zu verankern, und zwar als Fach. Das Fach Lebenskunde sollte nicht nur in der Mittelschule, sondern auch in der Realschule und im Gymnasium eingeführt werden. Leider sind bis heute keine Fortschritte zu verzeichnen. Ich bin der Auffassung, dass gerade Gymnasiasten es nötig hätten, einmal richtig kochen zu lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Eigentlich ist es erstaunlich, dass es bis heute keine Fortschritte gibt; denn die Zahlen über ernährungsbedingte Krankheiten sind wirklich alarmierend. 60 % der Kinder, die vor der Pubertät übergewichtig sind, sind es auch noch als junge Erwachsene. Wenn man nichts dagegen tut, wird diese Rate bis zum Jahr 2030 auf 90 % steigen. Die Zahl der an Typ-1-Diabetes erkrankten Kinder steigt seit 20 Jahren kontinuierlich, und zwar um 3,5 bis 4,5 % pro Jahr. Was diese Zahlen für unser Gesundheitssystem bedeuten, brauche ich nicht aufzuführen. Schlechte Ernährung verursacht 70 Milliarden Euro jährlich an Folgekosten in Deutschland. Dieses Geld sollten wir uns sparen.

Wir könnten es woanders sehr viel sinnvoller einsetzen. Prävention ist somit das Gebot der Stunde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nur die Kinder und Jugendlichen fühlen sich wohler, wenn sie gesünder und beweglicher sind; die Maßnahmen entlasten vor allem unser Gesundheitssystem. Ernährungs- und Gesundheitsbildung in der Kindheit und Jugend sind auch eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Entwicklung. Die Schulen, und zwar aller Schularten, können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Der Antrag unterstreicht dies ganz deutlich. Die Ablehnung dieses Antrags lässt eigentlich nur einen Schluss zu: Die Staatsregierung will nur das Nötigste tun, aber auf keinen Fall mehr. Was ist uns eigentlich die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen wert? – Wenn wir uns diesem Antrag anschließen würden, zeigte dies, dass sie uns sehr viel wert wäre. Das würde deutlich rüberkommen. Wir sollten uns gemeinsam diesem Antrag anschließen und freiwillig mehr tun, weil wir uns damit später sehr viele Kosten sparen können. Das Argument, für die Ernährungsbildung sei die Familie und nicht der Kindergarten oder die Schule zuständig, sticht einfach nicht. Veränderte Lebensbedingungen und eine veränderte Lebenswirklichkeit müssen wir anerkennen. Wir Politikerinnen und Politiker haben die Verpflichtung, diese Herausforderungen anzunehmen und sinnvolle Lösungen zu erarbeiten. Dieser Antrag ist ein Baustein. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, die auf Antrag der SPD-Fraktion in namentlicher Form durchgeführt werden soll. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10431. Die Urnen sind an den bekannten Stellen aufgestellt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür sind fünf Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 15.01 bis 15.06 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten Abstimmungszeit sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten außerhalb des

Saales auszuzählen. Das Ergebnis wird zu gegebener Zeit hier verkündet.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 5:**

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD) Verschlechterung stoppen - Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen (Drs. 17/10566)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Als Erster hat Herr Kollege Scheuenstuhl von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege, kommen Sie zum Rednerpult.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie lässt sich die Gewässerpolitik der Staatsregierung beschreiben? Mit einem Wort: CSU – chaotisch, schlampig und unfähig.

(Unruhe bei der CSU – Zuruf von der CSU: Das ist eine Unverschämtheit!)

– Das bitte ich doch zu vermerken, Herr Präsident.

Seit 2002, also seit beinahe 15 Jahren, wissen wir, was im Bereich des Gewässerschutzes auf uns zukommt. Die im Jahr 2000 in Kraft getretene Europäische Wasserrahmenrichtlinie wurde nämlich zu jenem Zeitpunkt mit einer Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes in Bundesrecht umgesetzt. Das muss auch die CSU wissen. So viel zu der Zwischenbemerkung, die ich gerade gehört habe. – In dieser Richtlinie wird gefordert, dass der gute Zustand aller Grund- und Oberflächengewässer in Deutschland herzustellen ist. Was ist auf diesem Gebiet in den vergangenen 15 Jahren geschehen? – Im Freistaat Bayern absolut nichts, jedenfalls nichts mit Wirkung.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur das, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn es wenigstens nur Stillstand wäre, mit dem wir unsere Gewässer und die darin vorkommenden Tiere und Pflanzen – und damit zu guter Letzt auch uns – abstrafen, nein, mit der CSU in Regierungsverantwortung gibt es sogar einen Rückschritt im Bereich des Gewässerschutzes. Die Staatsregierung macht bisher überhaupt keine Anstalten, Maßnahmen, die langfristig zu einer Verbesserung des Gewässerzustandes führen würden, einzuleiten. Keine!

Was sind die zentralen Ursachen für den schlechten Zustand unserer Gewässer? – Eine Ursache ist die zu hohe Belastung von Grund- und Oberflächenwasser mit Nitrat. Auch der Bayerische Gemeindetag, auf den Sie sich sonst immer berufen, hat die Problematik erkannt und auf einer Sitzung am 10. Mai 2016 – das ist noch nicht lange her – in Rothenburg ob der Tauber aufgegriffen. Laut Gemeindetag besteht angesichts der zunehmenden Nitratbelastung außerhalb von Wasserschutzgebieten mittelfristig und langfristig Handlungsbedarf. An einer Vielzahl von Messstellen wird der Grenzwert von 50 mg Nitrat pro Liter Wasser bereits überschritten.

Ich komme zu einer weiteren Ursache. Die Umsetzung der ökologischen Durchgängigkeit in Bayern und der Verlust von natürlichen Gewässerstrukturen bereiten erhebliche Probleme. Insgesamt gibt es bayernweit 60.000 Querbauwerke und Wehre in kleinen und in großen Fließgewässern. 25.000 davon befinden sich in einem wasserrahmenrichtlinienrelevanten Gewässer. Von diesen sind wiederum über 50 %, also fast 13.000, nicht ökologisch durchgängig.

Wir stellen fest, dass im Freistaat 85 % der etwas mehr als 80 bayerischen Fischarten auf der Roten Liste stehen. Sie von der CSU und der Staatsregierung haben dieses Ergebnis zu verantworten. Es ist ein Ergebnis, das in die Liste Ihres Versagens – diesmal im Bereich des Gewässerschutzes – aufzunehmen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir verkennen nicht, dass bei der Abwasserbehandlung durch die Städte und Gemeinden viel geleistet wurde. Wir brauchen aber immerhin noch fast vier Milliarden Euro, um die Rohre zu sanieren. Wie der Zustand der privaten Kanäle ist, die übrigens doppelt so lang sind wie die öffentlichen Kanäle, interessiert im Ministerium niemanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Renaturierung von Fließgewässern als ökologische und hoch effektive Wasserschutzmaßnahme – ich nenne das Stichwort Retentionsraum – wird nicht ausreichend intensiv betrieben. Der gute ökologische Zustand unserer Flüsse, Bäche und Seen hat sich bayernweit von knapp 22 % im Jahr 2009 auf 15 % im Jahr 2015 verringert. Bravo, liebe CSU! Darin dokumentiert sich das Versagen der Ministerin. Sie und Ihre Vorgänger, Herr Söder und Herr Huber, haben sich nicht nur nicht genug, sondern gar nicht darum gekümmert. Eine Schande, wie Sie mit unserer Heimat umgehen!

(Beifall bei der SPD)

Eine Verschlechterung um sieben Prozentpunkte ist atemberaubend und mies. So muss man es einfach sagen. Der geschätzte Kollege Hünnerkopf kann sich im Umweltausschuss noch so viele fragwürdige Argumente einfallen lassen, die gegen eine tatsächliche Verschlechterung sprechen sollten, aber Verschlechterung bleibt Verschlechterung. Festgestellt hat dieses Ergebnis übrigens nicht die SPD oder ein sonstiger vielleicht von Ihnen verdächtiger Verband. Dieses Ergebnis wurde von Ihnen selbst amtlich festgestellt.

Sie haben klar gegen das Verschlechterungsverbot der Europäischen Union verstoßen. Jetzt drohen uns erhebliche Strafzahlungen. Die CSU hat uns im Ausschuss sogar bestätigt, dass sie bis zum Jahr 2027 warten möchte, um erst nach dem Ablauf der zweiten Frist geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Die Umweltpolitik im Freistaat ist in dieser Hinsicht eine Bankrotterklärung der Bayerischen Staatsregierung. Sie sind nicht bereit, sich darum zu kümmern, dass es etwas schneller geht. 15 Jahre reichen der CSU nicht. Sie braucht noch mehr Zeit, um die Sache in Ordnung zu bringen.

Nun liegt es an uns, das Missmanagement zu beenden und den geforderten guten Zustand ohne Inanspruchnahme weiterer Fristverlängerungen bis 2027 zu erreichen. Daher fordern wir die Staatsregierung auf, unverzüglich Maßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung zu ergreifen. Bis zum Ende der zweiten Wirtschaftsperiode, also bis 2021, soll ein guter Zustand aller bayerischen Gewässer hergestellt sein. Ein Verlust von sieben Prozentpunkten – so darf es nicht weitergehen. Ich bedanke mich noch einmal beim Kollegen Pfaffmann für die gute Zusammenarbeit auf dem Gebiet. Er hat mich hier massiv unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Hünnerkopf von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag am 14. April im Umweltausschuss behandelt. Lieber Herr Kollege Scheuenstuhl, wir haben die Aspekte, die in dem Antrag genannt sind, mit guten Gründen und sachlichen Argumenten sehr differenziert aufgegriffen. Wenn Sie sich jetzt hier herstellen und vollmundig und laut Ihre Behauptungen nochmals wiederholen, aber überhaupt nicht auf unsere wirklich zutreffenden Argumente eingehen, sollten Sie etwas vorsichtiger mit Ausdrücken wie "chaotisch" und "schlampig" sein. Ich komme noch darauf zurück.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie sind uns allen klar und bekannt. Wir sollen beim ökologischen Zustand von künstlichen und erheblich veränderten Gewässern ein gutes Potenzial und einen guten chemischen Zustand der Oberflächengewässer und des Grundwassers erreichen. Das wissen wir. Für 2009 wurden die Grundlagen auch ermittelt. Wir haben es schon gesagt: 2009 wurde aus heutiger Sicht relativ schnell gehandelt, mit manchen Erkenntnissen und manchen Daten war man damals noch nicht so weit. Das gilt zum Beispiel für die Fischfauna. Deshalb kann die Situation von damals nicht mit der Situation von heute verglichen werden. Auch die Gewässerkörper sind anders zugeschnitten. Mit diesen neuen Erkenntnissen ist auch zu erklären, warum es eine Verschlechterung von 22 % auf 15 % gibt.

Wer bei uns mit offenen Augen durch die Landschaft geht und beachtet, welche Maßnahmen seit vielen Jahren kontinuierlich von der Flurneuordnung bis zu den Wasserwirtschaftsämtern ergriffen und durchgeführt werden, kann sich heute nicht hier herstellen und sagen, der Zustand der Gewässer habe sich bei uns maßgeblich verschlechtert.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD):
Warum gibt es dann das Vertragsverletzungsverfahren der EU?)

Meine Damen und Herren, natürlich ist auch aus unserer Sicht der Grund für den keineswegs zufriedenstellenden Zustand der Gewässer auch der Eintrag von Nährstoffen, von Nitrat. Deshalb wird von der Landwirtschaft und von allen, die dafür verantwortlich sind, alles getan, dass wir sukzessive vorankommen. Es gibt aber keine Zauberformel, um dieses Ziel in kürzester Zeit zu erreichen. Das ist weiterhin eine Anstrengung für uns alle.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Seit wie vielen Jahren?)

Gleiches gilt für die strukturellen Defizite. Ich war letzte Woche beim Lech-Symposium. Der Lech soll renaturiert werden. Darüber besteht in der Gesellschaft ein großer Konsens. Trotzdem dauert es viele Jahre, bis so eine Maßnahme vorbereitet ist und durchgeführt werden kann. Dieses Beispiel ist symptomatisch. Man braucht erst einmal gedankliche Vorgaben, man braucht Planungen, dann braucht man immer wieder das Einverständnis derjenigen, die Grund und Boden haben, damit man auch auf Flächen zurückgreifen kann, um die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen.

Sie haben von 60.000 Querbauwerken gesprochen. Wie will ich denn in wenigen Jahren 60.000 Querbauwerke einfach aus den Fließgewässern herausnehmen? – Da geht es nicht nur um Durchlässigkeit, sondern zum Teil auch um Gebäudesubstanz. Es geht um viele andere Aspekte der Kulturlandschaft, die nicht so ohne Weiteres von heute auf morgen verändert werden können.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie viele Jahre sind denn wenige Jahre?)

Ich sage es noch einmal: Es wurde viel getan, und es wird ständig viel getan. Wir stellen Millionenbeträge zur Verfügung mit dem Ziel, viele Maßnahmen nach und nach umzusetzen. Wer ein bisschen Sinn für Realität hat, weiß von vornherein, dass es bis 2015 nicht zu schaffen ist, alle notwendigen Gewässerumgestaltungsmaßnahmen auszuführen. Es ist auch sehr ambitioniert, das bis 2021 oder 2022 schaffen zu wollen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Also 2050!)

Warum? – An jedem Gewässer gibt es viel zu tun. Lieber Herr Pfaffmann, Sie können doch nicht sagen, dass es nur in Bayern so ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Können Sie mir sagen, wann?)

Vor dieser Herausforderung stehen wir in ganz Deutschland. Wir müssen die Sünden der Vergangenheit – so nenne ich es einmal –, dass wir den naturnahen Zustand der Gewässer in einen recht technischen verändert haben, wieder rückgängig machen. Gleiches gilt auch für das Grundwasser. Aber auch die Gewässerberater, welche die Bauern beraten, stellen fest, dass sich sehr viel tut.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie viele Jahre brauchen wir noch?)

Wir werden mit den in den Haushalt eingeplanten Maßnahmen bis zum Jahr 2021 oder 2022 weiter Fortschritte machen. Das können Sie nicht wegreden. Wir werden aber bis zum Jahr 2021 noch nicht das letzte Gewässer in den ursprünglichen Zustand gebracht haben. Das war auch der Grund dafür, dass ich im Unterausschuss gesagt habe, dass wir auch noch bis zum Jahre 2027 brauchen werden. Nun können wir uns hier ja immer wieder trefflich austauschen. Der Antrag ist vor einem Jahr schon einmal in ähnlicher Form gestellt worden. Bei den Diskussionen habt ihr immer wieder Gelegenheit, euch in Erinnerung zu bringen. Aber die Menschen, die die Augen offen haben und normal denken, verstehen, dass der Weg, den wir beschritten haben, richtig ist. Sie wissen, dass wir das Geld nur sukzessive und nicht auf

einmal zur Verfügung stellen können. Wir können auch nicht die Manpower zur Verfügung stellen, um schnell alles planen und ausführen zu lassen. Ich frage mich, was diese Mitarbeiter dann machen sollten, wenn im Jahr 2021 alles aufgearbeitet wäre.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Komische Argumentation!)

Es ist also alles sehr theoretisch, was Sie hier vortragen, und das ist der Grund, warum wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat sich der Kollege Scheuenstuhl zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte sehr.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege Hünnerkopf, ich bedanke mich zunächst einmal dafür, dass Sie die Zahlen bestätigt haben. Ich wiederhole sie. Ein Rückgang von 22 % auf 15 % ist eine Verschlechterung. Das Ganze hat im Jahre 2000 seinen Anfang genommen. Wenn es damals weitsichtige Menschen gegeben hätte, müssten wir eigentlich jetzt nach 15 Jahren so weit sein, dass es ein Minimum wäre, den damaligen Zustand zu erhalten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

Ich spreche von Minimum. Ich habe in meiner Rede ja auch schon betont, dass etwas getan worden ist. Sowohl Gemeinden als auch Bürgerinnen und Bürger haben viel Geld in die Hand genommen. Gerade deshalb muss ich jetzt fragen, wie es zu einem solchen Versagen kommen konnte. Dieses Versagen war absehbar. Das sage ich jetzt einfach so.

Sie sprechen von den Menschen draußen. Natürlich hat jeder sein eigenes Umfeld. Wir haben beispielsweise mit den Fischern, mit dem Bund Naturschutz und den Menschen, die an den Gewässern leben, regen Kontakt. Da werden wir gefragt: Wie sieht es aus? Muss es wirklich sein, dass wir keine Fische mehr in unseren Gewässern haben? Immerhin sind ja schon 85 % unserer Fischarten in Bayern gefährdet und stehen auf der Roten Liste. Dann hören wir von den Mitarbeitern des Ministeriums im Ausschuss – Sie waren ja selbst dabei –: 2027 und dann sehen wir weiter!

Ich glaube, das ist nicht die Art, wie man diese Sache angehen darf. Gerade bei der Flurbereinigung hat man doch gesehen, dass man etwas machen kann, wenn man es nur will. Dann kann man auch ordnen. Unsere Leute können das. Deswegen fehlt es nach

meiner Meinung – ich habe das auch so gesagt – am Willen zur Umsetzung.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke sehr, Herr Scheuenstuhl. – Herr Dr. Hünnerkopf, Sie haben das Wort.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Lieber Kollege Scheuenstuhl! Ich habe den Zusammenhang zwischen 22 und 15 % erklärt. Ich möchte das nicht wiederholen. Hier im Hohen Haus sitzen nämlich lauter Menschen, die mitdenken und das verstanden haben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das bezweifle ich!)

Die Aussage, dass wir mit den getroffenen Maßnahmen eher dem Fischbestand schaden würden, wird uns im Austausch mit den Fischereifachverbänden jedenfalls nicht bestätigt.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist die Wahrheit!)

Es wird uns gesagt, dass wir sicher noch mehr tun könnten. Da wird sehr viel Neues zum Beispiel in Verbindung mit der Wasserkraft und der Schonung der Fische getan. Die Aussage, es werde schlechter und immer schlechter, ist fern jeder Wirklichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr Kollege, dafür werden Sie von niemandem eine Bestätigung bekommen. Wir sind da auf bestem Wege. – Ihre weiteren Anmerkungen will ich nicht beantworten; denn für mich sind sie deplatziert.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Weil Ihnen die Antworten fehlen! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Mehr gibt es wohl vonseiten der CSU dazu nicht zu sagen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Kraus von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Vor genau einem Jahr hat die SPD einen gleichlautenden Antrag eingebracht mit dem Anliegen,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

Bayerns Gewässer bis zum Jahr 2021 in einen guten Zustand zu bringen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Richtig!)

So wünschenswert dieser Zustand wäre, finden sich doch keine Lösungsvorschläge in diesem Antrag.

Herr Kollege, Sie haben mir einmal vorgehalten, eine schlechte Rede gehalten zu haben. Ich habe damals gesagt, ich musste mich auf einen schlechten Antrag beziehen. Nun, eine schlechte Rede auf einen schlechten Antrag, vielleicht spielen wir das gleiche Spielchen ja jetzt wieder.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In Ihrem Antrag fordern Sie die Staatsregierung eigentlich nur auf, umgehend tätig zu werden. Da ist keinerlei Lösungsvorschlag dabei.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wofür bezahlen wir die Staatsregierung?)

Wir sind uns sicherlich in diesem Hohen Hause alle einig, dass der Zustand der bayerischen Gewässer noch weiter verbessert werden muss. Immerhin ist die Grundwasserqualität nicht so schlecht, wie Sie es gerade ausgeführt haben.

Ich könnte jetzt natürlich etwas polemisch werden und im Hinblick auf Oberbayern sagen, dass wir hervorragend dastehen. Wie es in Franken, insbesondere in Unterfranken aussieht, wissen wir aufgrund der Farbschattierungen auf der Karte.

Was wir beim gesamten Thema nicht vergessen dürfen, ist die Wirkung der Trockenheit auf die einzelnen Gewässer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Letztes Jahr hatten wir in Unterfranken eine massive Trockenheit. In Rheinland-Pfalz war es im Grunde noch schlimmer.

(Florian von Brunn (SPD): Was haben Sie denn da in Rheinland-Pfalz gemacht? – Hubert Aiwan-ger (FREIE WÄHLER): Wein gekauft! – Allgemeine Heiterkeit)

– Eigentlich nicht. Ich bin ja ein Biertrinker. – Noch einmal: Konkrete Vorschläge finde ich in Ihrem Antrag nicht, werte Kollegen von der SPD-Fraktion. Deswegen werden wir auch heute den Antrag wieder ablehnen, so wie wir es im Ausschuss schon getan haben.

Ich kann nur betonen, den FREIEN WÄHLERN ist die Freiwilligkeit wichtig. Vorhin sagte der Kollege, auf der rechten Seite gebe es Leute, die mitdenken. Ich deute wohl die Körpersprache des Kollegen beim Stichwort KULAP richtig. KULAP wird von den bayerischen Bauern derart gut angenommen, dass die Fördermittel jetzt schon zu wenig sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man kann es schlecht erklären, dass bayerische Bauern freiwillig bereit sind, noch mehr für die Umwelt zu tun, und das dann an den finanziellen Mitteln scheitert. Das geht überhaupt nicht.

Ich will mir nicht anmaßen, eine Lösung für das Problem anzubieten. Ich möchte aber etwas aus meiner eigenen Erfahrung berichten. In meiner Gemeinde gibt es 43 km Fließgewässer dritter Ordnung. Ich frage mich, warum es diese Gewässer gibt. In erster Linie hatten diese Gewässer die Funktion der Be- und Entwässerung. Da kann man nun ganz gut Rückschlüsse auf die aktuellen Hochwasserereignisse ziehen. Solange ich noch ein kleiner Bub war, sind diese Gewässer immer ausgebaggert und gepflegt worden. Geschiebe-Management! Alles ist ausgebaggert worden. Heute versanden die Ufer; sie verpesten. Sie werden zugeweht, und teilweise bleibt nur noch ein minimales Bachbett übrig. Das darf im Grunde nicht sein.

Nun noch ein Wort zu den Querbauwerken. Wir haben die Zahlen gehört, das zwischen 25.000 und 40.000. Ich bin ein Fan der Wasserkraft. Das kann ich nicht oft genug wiederholen. Vor 100 Jahren gab es in Bayern 10.000 Wasserkraftwerke. Solange gibt es den Großteil der Querverbauungen. Ich kann mich nicht erinnern, dass in den letzten 30 Jahren irgendwo eine neue Querverbauung entstanden wäre. Denken wir einmal 50 oder 70 Jahre zurück. Wie war da die Durchgängigkeit? War damals der Gewässerzustand auch so schlecht? Gab es da schon Pflanzenschutzmittel, die die Gewässer verseuchten? Wie sah es damals aus?

Und noch auf ein Thema will ich hinweisen. Ich gehöre zu den zwei Abgeordneten, die im vergangenen Jahr bei der Exkursion des Unterausschusses in den Isarauen dabei waren. Damals hatte ein Biber einen Bachlauf so trockengelegt, dass 19 Fischarten in diesem Bachabschnitt ausgestorben sind. So viel zum Biber! Der ist vielleicht auch nicht ganz schuldlos am Rückgang des Fischbestandes.

Ich bin am Ende meiner Redezeit. Der Herr Kollege Scheuenstuhl hat sich gemeldet, und ich erwarte mit Spannung seine Frage. Ich bedanke mich jetzt schon für das Zuhören und darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir den Antrag ablehnen, weil er keinerlei Lösungsmöglichkeiten aufzeigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Scheuenstuhl. Bitte sehr.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Dass der Biber – der ist, glaube ich, gar kein Fleischfresser – anscheinend so viele Fische vernichtet, dass mehrere Fischarten in Bayern aussterben, ist eine neue Betrachtungsweise. Das müssen wir natürlich in Zukunft bei der ökologischen Bewertung ganz besonders berücksichtigen. Das sind die Empfehlungen der FREIEN WÄHLER in Bayern. Ich glaube, ich kriege mich nicht mehr ein.

Natürlich, Kollege Kraus, haben wir Vorschläge gemacht. Ich darf an unsere Anträge zum Nitrat erinnern. Wir sind im Moment in der Bundesregierung dabei – leider blockiert das Landwirtschaftsministerium –, für Nitrat und das Ausbringen von Gülle endlich einmal Regeln zu finden, die dem tatsächlichen Pflanzenbedarf Rechnung tragen. Wir haben ein Problem mit der Lagerung von Nitrat. Wir haben Anträge gestellt zur Abdichtung der Kanäle. Wir haben einen Antrag gestellt zur Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, insbesondere von Glyphosat. Wir haben einen Antrag gestellt zu Mikroplastik und zur Biodiversität. Herr Kollege von Brunn, unser Experte auf diesem Gebiet, hat hier viele gute Vorschläge gemacht. Natürlich geht es uns wie Ihnen, dass die CSU macht, was sie will. Wenn das dann dazu führt, dass sich der Zustand von 22 auf 15 % verschlechtert, dann ist es natürlich unsere Aufgabe, darauf hinzuweisen. Kollege Kraus, in unserem Antrag vom letzten Jahr werden Sie diese Zahl der Verringerung von 22 auf 15 % nicht finden. Das war der eigentliche Sinn dieses Antrags, bestätigt zu bekommen, dass die Maßnahmen versagt haben.

Zum KULAP gebe ich Ihnen recht: Die Freiwilligkeit, die auch von Ihnen immer betont wird und die Übung, dass Gewässerrandstreifen über das KULAP finanziert werden, sind blockiert. Soweit ich festgestellt habe – ich habe vorhin nachgefragt –, gibt es kein Geld mehr für zusätzliche Maßnahmen. Diese Freiwilligkeit ist blockiert; da gebe ich Ihnen recht. Hier müssten mehr Mittel eingesetzt werden, oder man muss versuchen, hier doch restriktivere Maßnahmen zu ergreifen. Zuschauen – Sie haben davon gesprochen – tun wir nicht. Wir machen Vorschläge.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich bedanke mich sehr herzlich, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der SPD)

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, bei vielen Punkten sind wir beieinander. Zum Mikroplastik finden Sie ein offenes Ohr bei mir und bei meiner Fraktion, auch bei den Verbraucherschutzverbänden, wie bei der kürzlich durchgeführten Ehrungsveranstaltung ganz klar zum Ausdruck gekommen ist.

Aber wir können gerne in das Fachliche einsteigen: Es gibt neue Weizen-Hochleistungssorten. Die Düngeverordnung erlaubt 170 kg/ha Stickstoff. Neue Hochleistungssorten haben wesentlich mehr Bedarf. Ich würde Sie gern sehen, wenn Sie täglich nur 800 Kalorien zu essen bekämen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das wäre besser! Ich bin sofort dabei!)

– Vielleicht wäre das für Sie – bitte nicht persönlich nehmen – auch besser. Aber den Pflanzen muss man einfach das Notwendige geben, damit sie ihr Ertragspotenzial ausschöpfen können.

Ich habe den Beruf des Landwirts auch einmal gelernt. Früher hat man Gülle, Jauche, Mist gefahren, wenn der Boden aufnahmefähig war, wenn die Pflanzen das verwerten konnten. Leider wird wegen sehr starrer Gesetze, Richtlinien oder Düngeverordnungen heute nicht mehr nach fachlichen Gesichtspunkten gearbeitet, sondern nach dem Kalender. Weil am 1. Dezember die Sperrfrist beginnt, wird Ende November auf Teufel komm raus gefahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Harry Scheuenstuhl (SPD): Mit Ausnahmegenehmigung! Wir haben letztes Jahr viele Ausnahmegenehmigungen gehabt!)

Zum Schluss, weil meine Redezeit nicht unbeschränkt ist, komme ich noch auf den Biber zu sprechen. Sie können sich an den Fall nicht erinnern: Ein Bach stürzte zwei, drei Meter in die Isar, der Biber hat den Bach aber durch eine Umleitung tatsächlich so trockengelegt, dass in dem restlichen Gewässer kein Wasser mehr war. Der Biber ist – ganz klar – kein Fischfresser, aber ohne Wasser können Fische nicht leben. Da sind wir uns auch einig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn alles in Bayern im Umweltschutz so hervorragend wäre, dürfte ich jetzt hier nicht stehen. Die EU-Verordnung stammt aus dem Jahr 2000, und darin heißt es, dass in den

nächsten 15 Jahren, also bis zum Jahr 2015, ein guter ökologischer und ein guter chemischer Zustand der Gewässer erreicht werden soll. 2015 war das vergangene Jahr. Das Thema müsste eigentlich, wenn wir uns exakt an die Verordnung der EU gehalten hätten, letztes Jahr abgeschlossen gewesen sein. Dann hätten wir Ende letzten Jahres eine schöne Feier gemacht und hätten gesagt: Alle Gewässer in Bayern sind in einem guten Zustand. Aber jetzt sind wir, lieber Kollege Otto Hünnerkopf, davon bedauerlicherweise noch ein gigantisches Stück weit entfernt.

Es ist richtig, dass die SPD diesen Antrag schon einmal gestellt hat. Wir haben ähnliche Anträge gestellt, und es ist bedauerlich, dass es notwendig ist, diese Anträge zu stellen. Wir werden diesem Antrag aber aus vollem Herzen zustimmen und ihn unterstützen. Wir werden nicht lockerlassen mit Anträgen, bis der gute ökologische Zustand hier in Bayern erreicht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich denke an die Debatten im Ausschuss. Man redet nicht über den Bewirtschaftungszeitraum bis 2021, sondern bis 2027. Die EU-Verordnung ist nicht für den Sankt-Nimmerleins-Tag geschrieben, Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Wir müssen hier deutlich beschleunigen. Ich trete jetzt nicht in den Streit ein, um wie viel Prozent das jetzt schlechter geworden ist. Aber insgesamt – das zeigen alle Unterlagen, auch die internen Papiere aus der Umweltverwaltung – ist es nicht besser geworden, sondern es ist schlechter geworden. Da hilft auch das Ausreden auf den neuen Zuschnitt der Einheiten nichts. Selbst wenn wir sagen, es ist nicht schlechter geworden: In der Verordnung steht, dass es besser werden muss. Das müssen wir umsetzen, sonst folgt das nächste Vertragsverletzungsverfahren, und wir zahlen dann letztendlich in einem gigantischen Umfang.

Ich wage auch zu prophezeien, dass dieser bayerische Weg, nur auf Freiwilligkeit zu setzen, der falsche ist. Gerade beim Gewässerschutz wird es ohne einen gewissen Zwang – Stichwort Gewässerrandstreifen und Ähnliches – nicht gehen. Nur mit Freiwilligkeit – das zeigt mir auch meine langjährige Lebenserfahrung – wird es in diesem Zusammenhang nicht funktionieren und nicht zu schaffen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir haben nach wie vor in vielen Gebieten einen Stickstoffüberschuss. Wir haben nach wie vor – der Kollege Scheuenstuhl hat das schon umfangreich geschildert – Nitratbelastung auch in Trinkwassereinzugsgebieten, wo das Trinkwasser dann aufbereitet

werden muss. Wir haben Nitrat im Grundwasser auf fast 40 % der Fläche, wo wir den guten Zustand nicht erreichen.

Am schlimmsten sieht es mit dem ökologischen Zustand unserer Gewässer aus. Da ist in der Tat der schlechte Zustand unserer Fischfauna maßgebend und bestimmend. Das hat, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nicht die SPD festgestellt, und das haben auch wir nicht festgestellt – ich habe zwar einen Fischereischein, aber ich sitze nicht ständig draußen und fische und schaue, was drin ist oder was nicht drin ist –, sondern das sind die Feststellungen aus dem Umweltministerium. Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, dass der Zustand unserer Fischfauna absolut nicht befriedigend ist. Gerade die Kieslaicher sind aufgrund der gigantischen Erosion und Verschlammung unserer Gewässer in einem bedauernswerten Zustand, wie die Rote Liste zeigt. Da gibt es kaum einen Kieslaicher, der nicht auf der Roten Liste steht.

Das heißt zusammenfassend: Es besteht nach wie vor enormer Handlungsbedarf. Wir müssen hier auch Geld in die Hand nehmen. Sie kennen alle die internen Papiere, in denen beklagt wird, dass die Behörden nicht ausreichend Personal haben. Wir müssen sie ausreichend mit gut ausgebildetem Personal ausstatten, damit wir diese Richtlinie erfüllen können. Da müssen wir anpacken. Wir müssen an der Herstellung des Fließgewässerkontinuums weiterarbeiten. Die Zahl der Querbauwerke in unseren Gewässern ist nach wie vor groß. Es gibt eine ganz große Menge von Querbauwerken, die wir herausnehmen bzw. durch raue Rampen ersetzen könnten, um die Durchlässigkeit dort wieder herzustellen, wo es nicht an Gebäuden oder an den Grundstücken liegt, sondern wo es einzig und allein an der Umsetzung liegt, am fehlenden Personal und Geld, um diese Querbauwerke zu entfernen.

Herr Kollege Hünnerkopf, Sie weisen auf die langen Zeiträume hin und dass das alles seine Zeit dauere. Ich frage mich manchmal, warum das im Umweltschutz, beim Naturschutz, im Gewässerschutz so lange dauert. Wenn Sie eine neue Autobahn bauen wollen, sind Sie wesentlich schneller und kommen auch immer an den Grund und Boden heran. – Wir werden dem Antrag zustimmen und bitten die CSU, dasselbe zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verwaltungskräfte entlasten - Schulen mit Ganztagsangebot stärken (Drs. 17/10445)**

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass die Fraktionen eine Redezeit von 24 Minuten vereinbart haben. Erster Redner ist der Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns in den beiden zurückliegenden Plenarsitzungen mit dem Thema Ganzttag beschäftigt. Wir hatten einen Gesetzentwurf zum Thema Rechtsanspruch auf Ganzttag diskutiert, und letzte Woche wurde ein Gesetzentwurf der Staatsregierung verabschiedet. Wir GRÜNE haben dem Teil zugestimmt, dass die offene Ganzttagsschule an den Grundschulen eingeführt wird. Das ist ein wichtiger Schritt.

Nachdem wir uns mit dem Thema Ganzttag auf dem Papier und mit Gesetzestexten beschäftigt haben, müssen wir uns nun mit der Realität vor Ort und den Ressourcen für die Ganzttagsschulen beschäftigen. Wir begrüßen, dass in Bayern Ganzttagsschulen ausgebaut werden. Wir haben noch einen langen Weg vor uns. Jetzt wird über die Qualität geredet werden müssen. Die freien Wohlfahrtsverbände sprechen in einem Brief deutlich an, dass Mittel für die Träger zur Verfügung gestellt werden müssen. Ich denke, wir werden dies unterstützen. Wir sprechen darüber, dass wir mehr Lehrerstellen brauchen, unabhängig davon, ob es um den gebundenen Ganzttag oder um Geld für Lehrerstellen im offenen Ganzttag geht.

Wir haben den aufgerufenen Antrag gestellt, weil wir eine wichtige Person in der Schule in den Blick nehmen wollen, ohne die das Schulleben nicht funktioniert – das ist die Schulsekretärin. Ich glaube, man kann hier durchaus mit kleinem "i" formulieren, da es durchwegs Frauen sind. Die Schulsekretärinnen machen einen wichtigen und tollen Job an unseren Schulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind sozusagen das organisatorische Zentrum der Schule, rechte Hand des Schulleiters oder der Schulleiterin und sind Anlaufstelle für alles: für Anfragen, für Beschwerden, für Kinder, die irgendetwas haben. Manchmal sind sie Mama-Ersatz, manchmal Krankenschwester-Ersatz oder Kummerkasten, je nachdem. Schulsekretärinnen leisten diese Arbeit. Wir setzen uns seit Langem dafür ein, die Schulen besser mit Schulsekretärinnen auszustatten und die Schulsekretärinnen besser zu bezahlen und ihnen mehr Stellen zuzuweisen. Viele managen mit einer Drittelstelle oder einer halben Stelle eine ganze Schule.

Wenn wir über Ganzttag reden, ist auch klar: Die Arbeit am Nachmittag nimmt zu. Auch am Nachmittag wird Arbeit anfallen, zum Beispiel zur Organisation des Nachmittagsbetriebs und des Mittagessens. Der Hinweis, dass die Zuständigkeit immer ganz klar bei der Schule liegt, muss in Abrede gestellt werden; letztendlich geht man zur Schulsekretärin, wenn man das Geld für das Mittagessen vergessen hat oder wenn das Geld nicht eingesammelt worden ist. Wenn irgendetwas nicht klappt, wird dort angerufen. Das Organisationszentrum, die gute Seele an der Schule, die Schulsekretärin, muss auch am Nachmittag anwesend sein. Deswegen stellen wir unseren Antrag.

Wir fordern, dass jede Schule mit einem Ganztagsangebot für ihre Sekretärin eine volle Stelle bekommt. Ich hoffe, dass Sie dieses Begehren unterstützen. Uns ist klar, dass das finanziert werden muss und dass das nicht mit einem Schlag im nächsten Haushalt zu finanzieren ist. Wir müssen und wollen aber ein ganz klares Zeichen setzen, um bei den nächsten Haushaltsberatungen für die Finanzierung von mehr Mitteln für Schulsekretärinnen an Schulen mit Ganztagsangeboten zumindest einen Fuß in die Tür bekommen. Wenn wir jeder Schule mit einem Ganztagsangebot eine Ganztagsstelle zuweisen, sprechen wir über eine Summe von 81 Millionen Euro. Dies muss man aber mit den Stellen verrechnen, die es an den Schulen schon gibt, und man kommt dann natürlich auf einen anderen Betrag.

Ich würde aber sagen: Wenn wir uns zum Ziel setzen, im nächsten Haushalt für 10 % der Schulen mit einem Ganztagsangebot, die den größten Handlungsbedarf haben, eine entsprechende Schulsekretärinnenausstattung anzubieten, würde uns ein erster wichtiger Schritt gelingen, dem dann natürlich weitere Schritte folgen müssten.

Ich bitte Sie, unseren Antrag als eine Willenserklärung des gesamten Hauses zu unterstützen, dass wir die Schulen für den Nachmittagsunterricht mit Schulsekretärinnen besser ausstatten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Huber.

Thomas Huber (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Gehring, wir sind uns einig: Die Schulsekretärinnen sind das Herz jeder Schule. Das haben wir im Ausschuss auch so formuliert. Jeder und jede von uns, der oder die während der schulischen Laufbahn in verschiedene Schulen gegangen ist, weiß, dass es zwischen den Schulen große Unterschiede gibt, und zwar nicht nur in Bezug auf ihre pädagogische Ausrichtung – also von der Grundschule über die Mittelschule bis zum Gymnasium –, sondern natürlich auch in Bezug auf ihre Größe, sprich die Schülerzahl – also von einer relativ kleinen Mittelschule bis hin zum Gymnasium mit deutlich über 1.000 Schülern. Ich weiß das, mein Sohn geht momentan auf ein Gymnasium mit über 1.000 Schülern. Dort sind andere Anforderungen gegeben als in einer kleineren Schule.

Daraus ergibt sich logischerweise, dass sich die unterschiedliche Größe nicht nur in der Zahl der dort unterrichtenden Lehrer, sondern auch in der Zahl der dort tätigen Verwaltungsangestellten niederschlägt. Auf diese größenmäßigen Unterschiede geht der vorliegende Antrag der GRÜNEN mit keinem Wort ein, sondern in ihm wird ganz pauschal gefordert, allen Schulen, die ein Ganztagsangebot aufweisen, eine zusätzliche Vollzeitverwaltungskraft zuzuteilen. Herr Kollege Gehring, mit dieser Pauschalforderung wird leider der Eindruck vermittelt, dass das Ganztagsangebot bei der Zuteilung von Verwaltungskräften nicht berücksichtigt worden sei.

Das ist aber falsch; denn zur Unterstützung der Arbeitsorganisation an Grund- und Mittelschulen hat das Kultusministerium für Schulen mit gebundenen Ganztagszügen bereits zusätzliche Stunden für Verwaltungskräfte bereitgestellt. So erhalten Grundschulen mit gebundenen Ganztagszügen derzeit vier und Mittelschulen mit gebundenen Ganztagszügen derzeit fünf zusätzliche Stunden für Verwaltungskräfte pro gebundenen Ganztagszug. Diese Regelung berücksichtigt also ganz individuell die Zahl der gebundenen Ganztagszüge an einer Schule. Auf dieser Basis wird auch die Zahl der dafür zusätzlich zur Verfügung gestellten Stunden für Verwaltungskräfte berechnet. Das ist wesentlich besser und gerechter, als das von Ihnen geforderte oder vorgeschlagene Pauschalmodell, das logischerweise Schulen mit weniger gebundenen Ganztagszügen bevorteilen würde, da jede Schule unabhängig von der Zahl der gebundenen Ganztagszüge genau eine zusätzliche Verwaltungsangestellte bekommen würde.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, was wurde erreicht? – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Ausstattung der Grundschulen, Mittelschulen und Förderschulen in den vergangenen Jahren sukzessive verbessert wurde. Zum Schuljahr 2008/2009 konnten erstmals auch die Schulen mit vier Klassen in die Versorgung einbezogen werden. Zudem erhalten seitdem Schulen mit gebundenen Ganztagsklassen zusätzliche Verwaltungsstunden. Es folgte eine Aufstockung der Verwaltungsstunden für die Verbundkoordinatoren an den Schulen ab dem Schuljahr 2010/2011. Im Doppelhaushalt 2011/2012 wurden für das Schuljahr 2011/2012 Haushaltsmittel für 70 zusätzliche Verwaltungsangestellte und für das darauffolgende Schuljahr 2012/2013 für 64 zusätzliche Verwaltungsangestellte bereitgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Doppelhaushalt 2013/2014 wurden dann noch einmal Haushaltsmittel für 150 zusätzliche Verwaltungskräfte an staatlichen Schulen bereitgestellt. Mit diesen zusätzlichen Kapazitäten war es möglich, die von Ihnen angesprochenen Zuteilungsrichtlinien zugunsten der Schulen anzupassen.

Im Wesentlichen erfolgen die Verbesserungen auch durch die Absenkung der Schwellenwerte. Eine neu eingeführte Bestandsschutzregelung ermöglicht es den Schulen, den im vorangegangenen Schuljahr maßgeblichen Versorgungswert für ein weiteres Schuljahr zu erhalten, wenn sich nach den Zuteilungsrichtlinien durch ein Absinken der Klassenzahl für das dann laufende Schuljahr ein geringerer Versorgungswert ergibt. Von diesen Änderungen – Herr Gehring, auch das ist sehr erfreulich – profitieren Schulen aller Größenordnungen.

Im Zuge der Anpassung der Zuteilungsrichtlinien zum Schuljahr 2013/2014 konnten auch die Übergangsklassen in die Ermittlung der Bemessungsgrundlage in Form der doppelten Gewichtung einbezogen werden. Wir wissen, dass der außergewöhnliche Anstieg von Übergangsklassen wie generell das Ansteigen der Schüler- bzw. der Klassenzahl durch schulpflichtige Asylsuchende und Flüchtlinge auch Auswirkungen auf den Bedarf an Verwaltungskräften hat. Wir haben im Ausschuss bereits im Zusammenhang mit der Petition des BLLV darüber gesprochen: Die Bereitstellung der dafür benötigten Ressourcen wird selbstverständlich Gegenstand der Beratungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 sein. Das war auch der Wunsch und die Zusage der CSU-Fraktion.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, erfreulich ist auch, dass es bei den Verwaltungskräften der Realschulen und Gymnasien trotz des Rückgangs der

Schülerzahlen bzw. des Wegfalls der 13. Jahrgangsstufe weder Stellenkürzungen gab noch Stellen eingezogen wurden.

Die Sondersituationen bei den beruflichen Schulen sind bekannt, die durch die Beschulung von Asylsuchenden und Flüchtlingen im berufsschulpflichtigen Alter entstanden sind. Auch darüber haben wir diskutiert. Dankenswerterweise wird derzeit im Kultusministerium ein Konzept für die bedarfsgerechte Ausstattung der Berufsschulen mit zusätzlichem Verwaltungspersonal erarbeitet. Die Bereitstellung der dafür benötigten Ressourcen wird ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 sein. Damit werden wir auch Ihrem Wunsch nachkommen. Darüber haben wir im Ausschuss ausgiebig gesprochen.

Herr Kollege, ich wundere mich deshalb über Ihren Hochzieher, der unsachgemäße Pauschallösungen à la GRÜNE enthält. Dieser Antrag bringt uns keinen Schritt weiter. Deshalb werden wir diesen Antrag, wie schon im Ausschuss, ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor Kurzem war ich einmal nachmittags an einer Schule und habe mich mit dem Rektor über die Ganztagsangebote an seiner Schule unterhalten. Kaum haben wir ein paar Worte gewechselt, klingelt das Telefon: Eine Mutter wollte wissen, ob sie ihr Kind heute vielleicht früher abholen kann. – Wir unterhalten uns weiter. Ein Kind kommt tränenüberströmt ins Rektorat, weil es Bauchweh hat. Der Rektor kümmert sich um das Kind. Wir legen das Kind hin. Die Mutter wird angerufen. – Wir unterhalten uns weiter. Da klingelt erneut das Telefon: Eine 400-Euro-Kraft meldet, dass sie krank sei und am Nachmittag nicht kommen könne. – Wir unterhalten uns weiter. Schließlich kommt die Mutter und holt ihr krankes Kind ab. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, an diesem Nachmittag habe ich gelernt, wie Ganztag in Bayern funktioniert. So, wie die Situation an dieser Schule aussieht, sieht sie leider an sehr vielen Schulen in Bayern aus. An sehr vielen Grundschulen in Bayern ist am Nachmittag keine Sekretärin da.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir sind uns alle einig: Der Ganztag verändert Schulen. Da gibt es viele neue Aufgaben zu lösen. Diese Aufgaben betreffen nicht nur die Lehrer und die Schulleitung, sondern sie betreffen die Schule als Ganzes. Deshalb brauchen wir neben zusätzlichen Lehrern und multi-

professionellen Teams an den Schulen auch mehr Verwaltungskräfte. Viele Schulleiter, Lehrer und Verwaltungsangestellte klagen über die Mehrbelastungen durch das Management des Ganztags – so möchte ich das einmal ausdrücken. Die Herausforderungen wachsen. Der Ganztag muss, wenn er gut sein soll, organisiert und verwaltet werden. Es kann einfach nicht sein, dass diese Mehrbelastungen allein von den Lehrern, den Schulleitungen und den wenigen Verwaltungsangestellten, die es momentan gibt, getragen werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die Schulen müssen auch am Nachmittag, wenn Kinder da sind, erreichbar sein; denn es können viele unvorhersehbare Fälle eintreten. Da passieren kleinere Unfälle, da kann ein Kind krank werden und vieles mehr. Diese Aufgaben können nicht von den Lehrern und den Schulleitungen alleine aufgefangen werden; sie haben eigentlich andere Aufgaben. Deswegen müssen wir die Zuteilungsrichtlinien für Verwaltungsangestellte ändern.

(Beifall bei der SPD)

Es kann einfach nicht sein, dass wir nur den gebundenen Ganztagschulen zusätzliche Verwaltungskräfte zugestehen. Schließlich entsteht auch bei den offenen Ganztagsangeboten zusätzliche Arbeit. Auch wenn ein freier Träger für eine Schule zuständig ist, muss die Kooperation mit diesem Träger abgestimmt werden. Natürlich ist das ein Organisationsaufwand.

Im Übrigen, Herr Kollege Huber, haben Sie vorhin von vier Stunden gesprochen, die den gebundenen Ganztagschulen zusätzlich zur Verfügung stünden. Im ersten Jahr sind es nur drei Stunden. Das festzustellen, gehört zur Aufrichtigkeit dazu, wie ich finde. Man muss auch sagen, dass mit diesen drei bzw. vier Stunden nicht der gesamte Ganztag abgedeckt werden kann.

Wir brauchen an den Schulen mehr Verwaltungskräfte, vor allem an den Schulen mit Ganztagsangeboten, egal ob in gebundener oder offener Form. Wenn Schule gut funktionieren soll, dann müssen alle Rädchen rund laufen. Das heißt auch, dass die Verwaltungen entsprechend ausgestattet sein müssen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, dem Antrag der GRÜNEN zuzustimmen. Wir haben zum letzten Haushalt ähnliche Anträge gestellt und unterstützen diesen Antrag.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Der nächste Redner ist Herr Professor Dr. Piazzolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich mir in den letzten Tagen überlegt habe, was ich heute sage, wollte ich mit folgendem Satz beginnen: Die Schulsekretärinnen sind die guten Seelen des Schulbetriebs. Die Kollegen vor mir haben das auch schon gesagt. Daraus schließe ich, dass dieser Satz stimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

An dieser Stelle möchte ich einen herzlichen Dank an diese Berufsgruppe anschließen. Nach dem, was wir schon gehört haben, können wir hier alle zustimmen. Die Schulsekretärinnen sorgen tagtäglich dafür, dass es den bayerischen Kindern in den Schulen gut geht; daher sage ich ihnen ein herzliches "Vergelts Gott!".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit dem Dank allein ist es jedoch nicht getan. Die Aufgaben – das ist gerade geschildert worden – sind vielfältig und werden immer zahlreicher. Sie sind mit der Einführung des Ganztages noch weiter gestiegen. Insofern müssen wir hier mehr tun. Ich denke, hier sind wir uns einig. Auch Herr Kollege Huber hat das gesagt. Es ist auch angekündigt worden, dass bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen in dem Bereich mehr draufgelegt werden soll.

Herr Kollege, bei Ihrer Schilderung ist aufgefallen: Seit 2008 wurde in allen Haushaltsverhandlungen etwas mehr Geld gegeben, aber der Druck ist nicht geringer geworden. Daraus schließe ich: Entweder war der Betrag nicht vorausschauend berechnet, oder er war zu gering. Ich bin dafür, einmal den großen Schritt zu wagen und mehr zu tun, als bei jeder Haushaltsverhandlung ein bisschen zu wenig Geld zu geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb haben wir FREIE WÄHLER schon bei den beiden letzten Haushalten jeweils mehr gefordert, als die Staatsregierung angesetzt hat: einmal 150 Stellen und das nächste Mal 100 Stellen. Ganz interessant dabei ist, dass sich die GRÜNEN damals zu unserem Antrag enthalten haben. Das rechnen wir aber nicht auf.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wir haben einen eigenen Antrag gestellt!)

– Trotzdem! Wir haben mehr Stellen gefordert. – Wir werden das natürlich nicht aufrechnen und dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, weil wir der Auffassung sind, dass etwas geschehen muss, und zwar nachhal-

tig. Man kann aus dem Antrag Einzelheiten herausgreifen und kritisieren. Er ist sicherlich etwas pauschal formuliert, aber es tut sich etwas. Er ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es geht etwas voran. Das wollen wir, und das brauchen wir auch. Wenn ich mir anschau, wie viele Verwaltungsstellen aktuell vorhanden sind, stelle ich fest, dass etwas getan werden muss. Die Zahl der Verwaltungsstellen hängt von der Anzahl der Klassen ab. Eine Schule mit 30 Klassen, eine große Schule also, verfügt nicht einmal über eine ganze Verwaltungsstelle, sondern lediglich über eine Zweidrittelstelle. Hier muss etwas getan werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Da mag der jetzt gewählte Ansatz etwas grobkörnig sein, aber er zielt in die richtige Richtung; denn er bedeutet mehr Verwaltungsstellen, mehr Sekretärinnen an den Schulen. Das ist richtig. Das bedeutet in der Tendenz auch, dass kleine Grundschulen, insbesondere im ländlichen Raum, gestärkt werden sollen. Das ist richtig. Er bedeutet außerdem, dass es eine Tendenz zum Ganztage geben wird, gerade auch an den Grundschulen. Auch das ist richtig.

Ein solches dreifaches "Richtig" kann aus meiner Sicht auch die Staatsregierung nicht negieren. Ich hoffe es jedenfalls. Dreimal "plus" bedeutet einen starken Aufschlag. Insofern stimmen wir zu. Auch die SPD stimmt zu. Es werden auch die GRÜNEN zustimmen, also schon wieder dreimal plus. Dann schauen wir, wo das "Minus" stehen bleibt. Wahrscheinlich wird es wieder bei der Staatsregierung der Fall sein. Das ist traurig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bevor ich Herrn Staatssekretär Eisenreich zum Rednerpult bitte, gebe ich bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns erst letzte Woche intensiv mit dem Thema Ganztage beschäftigt. Es ist ein großes gemeinsames Ziel sowohl des Landtags als auch der Bayerischen Staatsregierung, die Ganztagsangebote auszubauen und weiterzuentwickeln. Wir haben letzte Woche ein Gesetz beschlossen, mit dem wir den offenen Ganztage auch für die Grundschulen und für die Grundschulstufe der Förderschulen ermöglichen. Damit haben wir eine Lücke geschlossen.

Wenn neue Aufgaben auf die Schulen zukommen, dann müssen wir natürlich auch über den zusätzlichen Verwaltungsaufwand reden. Insofern ist das heute angesprochene Thema wichtig. Bei den gebun-

denen Ganztagsgrundschulen haben wir schon eine Lösung. Es gibt pro Zug an der Grundschule vier und an der Mittelschule fünf zusätzliche Verwaltungsstunden für Verwaltungskräfte. Bei der offenen Ganztagschule haben wir das noch nicht. Wir sind einer Meinung, dass wir auch hier eine bessere Ausstattung brauchen.

Zwei Aspekte müssen wir bedenken. Herr Kollege Piazzolo, Sie haben den Antrag freundlich als grobkörnig bezeichnet. Pauschal eine Verwaltungskraft pro Schule, wie es die GRÜNEN fordern, ist meiner Meinung nach nicht ganz der richtige Weg. Wir brauchen eine Differenzierung nach der Größe der Schule, weil eine kleinere Schule mit weniger Ganztagsangeboten weniger Verwaltungsaufwand zu bewältigen hat als eine große mit vielen Ganztagsangeboten. Das müssen wir bei der Lösung bedenken. Wir sollten außerdem genau hinschauen, weil gerade bei der offenen Ganztagschule mehrere beteiligt sind: die Schule mit der Schulleitung und den Verwaltungskräften, der Kooperationspartner und der Sachaufwandsträger. Darum müssen wir besonders genau hinschauen, wer welche Aufgaben am besten erledigt. Nicht alles muss von den Verwaltungskräften und der Schulleitung erledigt werden.

Also: Zusätzliche Angebote bedeuten einen zusätzlichen Aufwand. Wir wollen Verbesserungen – ich sage das ganz klar –, und wir werden diese Forderung in die Verhandlungen über den Haushalt mit einbringen.

Ich bedanke mich bei den Schulleitern, Lehrkräften und Verwaltungsangestellten der Ganztagschulen ganz herzlich, die engagiert sehr gute Angebote für unsere Schülerinnen und Schüler machen. Deswegen ein herzliches Dankeschön für diese hervorragende Arbeit und für diesen großartigen Einsatz.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir können aber die namentliche Abstimmung wegen der noch nicht abgelaufenen Wartezeit nicht durchführen. So kommen wir zu dem nächsten Tagesordnungspunkt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Herbert Woerlein und anderen (SPD) betreffend "Zusammenführung der EU-Förderprogramme Schulfrucht und Schulmilch sinnvoll ausgestalten" auf Drucksache 17/10431 bekannt. Mit Ja haben 67 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein haben 82 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Menschenleben retten, Drogenkonsumräume für Suchtkranke erlauben! (Drs. 17/11000)

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass die Redezeit gemäß der Geschäftsordnung 24 Minuten beträgt. Erster Redner ist Herr Kollege Leiner.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der bayerischen Drogen- und Suchtpolitik herrscht Stillstand – ein Stillstand, der jedes Jahres viel zu viele Menschenleben kosten kann. Im Freistaat starben letztes Jahr so viele Suchtkranke wie in keinem anderen Bundesland und so viele wie seit 15 Jahren nicht mehr. Die meisten von ihnen waren heroinsüchtig. Jeder der 314 Menschen in Bayern, die im letzten Jahr an den Folgen einer Überdosis verstorben sind, hätte unsere Hilfe verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen feststellen: Die bayerische Drogenpolitik ist gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die meisten schwerst Suchtkranken können wir nicht mehr mit Präventionsprogrammen erreichen. Es geht auch um Überlebenshilfen. Die von uns geforderten Drogenkonsumräume sind eine Ergänzung des Suchthilfesystems. Die Drogenkonsumräume sind für die schwerst Suchtkranken gedacht, die sonst nicht mehr erreicht werden können. Herr Seidenath, Sie haben nach einem Bericht der "Bayerischen Staatszeitung" ausgeführt, dass die Drogenkonsumräume – ich zitiere – "weder zur Sicherung des Überlebens noch aus sonstigen gesundheitlichen Gründen zwingend notwendig" seien. Mit Verlaub, für schwerst Suchtkranke sind Drogenkonsumräume lebensrettend. Das qualifizierte Fachpersonal verhindert die Überdosierung sowie Infektionen oder andere Notfälle. Bis zu 80 % der Suchtkranken haben Hepatitis. Außerdem haben viele schwerst Suchtkranke in diesen Einrichtungen dank des niederschweligen Angebotes ihren ersten Kontakt zur Drogenhilfe und zur Substitutionsberatung. Bei den Drogenkonsumräumen geht es um Kontaktaufnahme zum Hilfesystem auf niedrigster Schwelle. Dass es funktioniert, bestätigen über Jahre hinweg 24 Konsumräume in 15 Städten, in Hamburg, Berlin, Hessen, Niedersachsen und im Saarland. In Nordrhein-Westfalen konnten damit

die Zahlen der Drogentoten signifikant gesenkt werden.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CSU, warum ignorieren Sie die Forderung des Bayerischen Bezirketages nach Drogenkonsumräumen? Warum ignorieren Sie die Forderung der zahlreichen Drogenhilfeeinrichtungen und der Expertinnen und Experten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Städte München und Nürnberg würden gerne in eigener Verantwortung Drogenkonsumräume einführen, weil sie davon überzeugt sind, dass diese nötig sind. Sie können die Augen nicht davor verschließen, dass wir eine ganze Gruppe mit allen Maßnahmen des derzeitigen Suchthilfesystems nicht erreichen können. Angesichts der alarmierenden Zahlen, insbesondere in München und Nürnberg, wäre es nur konsequent, diese Möglichkeit wenigstens zu erproben. Die fehlenden Konsumräume können in Bayern Menschenleben kosten.

Ich fordere Sie auf: Hören Sie auf den Bayerischen Bezirketag und räumen Sie den Kommunen endlich die rechtlichen Möglichkeiten ein, Drogenkonsumräume einzurichten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kommunen wissen selber genau, ob sie diese brauchen oder nicht. Bitte stimmen Sie doch endlich unserem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Herr Leiner gerade ausgeführt hat, wollen die GRÜNEN mit ihrem Antrag die Einrichtung von Drogenkonsumräumen in Bayern ermöglichen. – Jährlich grüßt das Murmeltier. Der Antrag ist wortgleich und völlig identisch mit einem GRÜNEN-Antrag vom März 2015, den das Hohe Haus vor fast genau einem Jahr abgelehnt hat. Dasselbe werden wir heute wieder tun.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Wieder falsch! – Margarete Bause (GRÜNE): Dann kommt der Antrag wieder!)

Lassen Sie mich die Gründe hierfür ausführen: Zunächst wollen wir einen Wertungswiderspruch vermeiden. Bayern fährt auf dem Gebiet der Drogenpolitik zu

Recht eine harte Linie. Bei uns gilt die Maxime "null Toleranz". Besitz und Erwerb von Rauschgift werden strafrechtlich verfolgt. Angesichts dessen wäre es ein Widerspruch im staatlichen Handeln,

(Zuruf von den GRÜNEN: Voll überzeugend!)

wenn der Konsum dieses dann illegal beschafften Rauschgifts in Drogenkonsumräumen geduldet, erleichtert und geschützt würde. Drogenkonsumräume sind in diesem Sinne rechtsfreie Räume. Doch Folgendes steht fest: Nur eine Repression, die keine rechtsfreien Räume duldet, ist auf Dauer glaubwürdig und gewährleistet Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Es liegt in der Natur der Sache, dass Drogenkonsumräume den illegalen Drogenhandel anziehen und zu vermehrter Handelsaktivität in der Umgebung führen; denn irgendwo müssen die Konsumenten ihren Stoff ja beschaffen. Auch das sind Argumente gegen die Einrichtung von Drogenkonsumräumen.

Sie führen als Argument für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen häufig die gestiegene Anzahl Drogentoter an. Fakt ist: Zwischen dem Vorhandensein von Drogenkonsumräumen und der Entwicklung der Zahl der Drogentoten besteht kein belegbarer Zusammenhang.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Aber nur nach Meinung der CSU!)

Es kann auch ohne Konsumräume zu deutlichen Rückgängen kommen. Ich erinnere nur daran, dass wir in Bayern beispielsweise 1998 zahlenmäßig auf dem Niveau der Drogentoten von heuer waren. Damals waren es 313. 2011 dagegen waren es 177, also etwa die Hälfte dieser Zahl. Gleiches gilt aber auch umgekehrt. In Köln, wo es Drogenkonsumräume gibt, ist die Zahl der Drogentodesfälle von 21 im Jahr 2012 auf 42 im Jahr 2013 gestiegen – das bedeutet eine Verdoppelung innerhalb eines Jahres. Drogenkonsumräume verhindern also Drogentodesfälle nicht auf Dauer.

Unser Ziel ist es und muss es sein, junge Leute möglichst vom Einstieg in eine Drogenkarriere abzuhalten. Dagegen können Drogenkonsumräume geeignet sein, die Gefahren des Rauschgiftkonsums zu verharmlosen; denn der Staat drückt hier ein Auge zu. Das würde wahrgenommen werden. Zudem sähen potenzielle Einsteiger, dass sie als Drogenabhängige nicht alleine wären. Drogenkonsumräume erwecken deshalb eher Neugierde anstatt abzuschrecken.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Selbst Sie waren schon einmal weiter, Herr Kollege!)

Wir wollen Drogensucht aber verhindern und Süchtigen helfen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer will das nicht?)

Deshalb gibt es in Bayern vor allem in den großen Kommunen Netze von niedrigschwelligen Hilfen für Suchtkranke. Wir wollen gerade für die schwerst Suchtkranken, die der Herr Kollege Leiner gerade genannt hat, die Methadonsubstitution ausbauen und die weißen Flecken schließen, die wir in Bayern leider noch haben. Das ist als Hilfe für die Betroffenen viel effektiver als die Einrichtung von Drogenkonsumräumen; denn diese können Sie flächendeckend einführen. Sie werden die Drogenkonsumräume zu keinem Zeitpunkt flächendeckend einrichten können. Deswegen bin ich froh, dass es einen Diskussionsentwurf für eine geänderte Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung aus dem Bundesministerium für Gesundheit gibt. Dieser Entwurf ist Ende März vorgelegt worden. Dort werden die Vorschläge aus Bayern aufgegriffen, gerade was die Indikationsstellung und die Beurteilung des Beikonsums angeht. Hier sind wir auf dem richtigen Weg. Ich hoffe, dass das Bundesministerium für Gesundheit diesen Weg konsequent weitergeht.

Meine Damen und Herren, Drogenkonsumräume gehen zudem an aktuellen Rauschgiftkonsummustern vorbei; denn sie richten sich speziell an intravenös Heroin konsumierende Menschen. Doch deutschlandweit nimmt dieser intravenöse Heroinkonsum stetig ab.

Liebe Frau Kollegin Sonnenholzner, wir haben uns vor zwei Jahren in Frankfurt gemeinsam Drogenkonsumräume angesehen. Dort war die Einrichtung von Drogenkonsumräumen ordnungspolitisch motiviert. Die Taunusanlage in Frankfurt, eine Grünanlage, war durch Drogenkonsumenten zu einem rechtsfreien Raum geworden. Um diese Grünanlage ihrem eigentlichen Zweck als Erholungsraum zuzuführen, hat die Szene Ausweichplätze benötigt. Das war der Grund, warum an vier Stellen im Frankfurter Bahnhofsviertel Drogenkonsumräume eingerichtet wurden. Das war allein ordnungspolitisch motiviert. Wir haben hier in Bayern ganz andere Voraussetzungen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bis jetzt noch nicht!)

Wenn Drogenkonsumräume eingerichtet würden, würde dies in München und in Nürnberg geschehen. Auf diese beiden Städte entfielen 93 von 314 Todesfällen, knapp 30 %.

Es genügt aber nicht, die Lebensbedingungen von Drogenabhängigen in München und Nürnberg in den

Blick zu nehmen. Wir müssen versuchen, die Situation im Land überall gleichmäßig und nachhaltig zu verbessern. Ein stabiles Lebensumfeld und ein guter Allgemeinzustand bedeuten Lebensqualität und sind ein entscheidender protektiver Faktor gegen den Drogentod. Statt Drogenkonsumräumen für wenige sind deshalb neue und hochspezialisierte Angebote für alle Drogenkonsumenten erforderlich, die sie in ihren verschiedenen Lebenswelten und Lebenslagen gezielt erreichen und unterstützen. Als Beispiel möchte ich an dieser Stelle das vom Gesundheitsministerium kürzlich ins Leben gerufene Modellprojekt "Netzwerk 40+" für ältere Drogenabhängige nennen, das sehr erfolgreich gestartet ist. Es könnte künftig ausgebaut und weiterentwickelt werden und über die bisherigen Einsatzorte München, Nürnberg und Augsburg hinaus ausgedehnt werden. Das ist neben der Methadonsubstitution der richtige Weg, nicht die Einrichtung von Drogenkonsumräumen. – Aus all diesen Gründen werden wir den Antrag erneut ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst die Kollegin Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Seidenath, ich war vor einiger Zeit – das war Ende letzten Jahres – in Nürnberg bei einem Runden Tisch zum Thema Drogenkonsumräume, zu dem die Stadt geladen hat. Es waren ganz viele Organisationen vor Ort, die in der Drogenhilfe tätig sind. Es waren auch ganz viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, aus dem Bezirketag und aus dem Stadtrat vor Ort. Außer dem Vertreter der CSU-Fraktion im Landtag haben sich eigentlich alle dafür ausgesprochen, einen entsprechenden Modellversuch zu ermöglichen; denn die Todesrate unter Nürnberger Konsumentinnen und Konsumenten harter Drogen steht bundesweit nun einmal ganz oben. Da sind wir trauriger Spitzenreiter.

Natürlich sind Drogenkonsumräume nicht der Königsweg; aber sie können offensichtlich helfen, den schwerst Abhängigen, an die man mit anderen Mitteln nicht mehr herankommt, zumindest eine gewisse gesundheitliche Sicherheit zu bieten. Ich finde es an dieser Stelle nachlässig zu sagen, wir nehmen diese Möglichkeit nicht wahr. Wer die Bilder von Drogenkonsumräumen in Frankfurt gesehen hat, die uns damals bei dem Runden Tisch gezeigt wurden, merkt, dass das nichts ist, was Neugierde weckt und tatsächlich junge Menschen zum Drogenkonsum verführen kann. Das ist ein absoluter Notbehelf. Ich verstehe nicht,

warum man nicht zumindest dort, wo die Situation sehr schwierig ist, in München und Nürnberg, einen Modellversuch ermöglichen kann, der zeitlich befristet ist. Dann kann man sehen, ob man die Einrichtungen wieder abschafft. Ihre Argumentation war, dass es sich in anderen Bundesländern vielleicht nicht bewährt hat. Dem würde Rechnung getragen, wenn hier ein Modellversuch erprobt würde. Dazu würde mich Ihre Meinung interessieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Seidenath (CSU): Liebe Frau Osgyan, wir haben uns das in Frankfurt genau angeschaut.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber nichts gelernt!)

Wir waren dort – der Herr Kollege Imhof, Frau Sonnenholzner – und haben uns das genau angeschaut. Ich denke, dass das Thema schwerst Abhängige in die Mitte der Gesellschaft gerückt werden muss. Insofern stehe ich zu dem, was ich gesagt habe, und meine es sehr ernst. Aus meiner Sicht wäre ein Modellprojekt Drogenkonsumräume wirklich ein Spiel mit dem Feuer. Ich sehe ein, dass man sagt, unter staatlicher Aufsicht kann ein Drogentod vermieden werden. Aber es gab auch den Vorschlag, dass wir – ich bin durchaus bereit dazu, das in einem Modellprojekt zu testen – durch eine Naloxon-Abgabe als Heroinantidot an medizinisch geschulte Laien ausprobieren, ob dadurch die Atemdepression aufgrund einer Überdosis Heroin verhindert werden kann. Das eignet sich meines Erachtens für ein Modellprojekt. Wir werden dazu im Herbst dieses Jahres eine Anhörung im Landtag haben. Bei diesem Thema bin ich für ein Modellprojekt offen. Dagegen halte ich die Einrichtung von Drogenkonsumräumen – ich sage es noch einmal – für ein Spiel mit dem Feuer, das wir ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Zwischenbemerkung: der Kollege Professor Gantzer.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Kollege Seidenath, ich habe zwei Fragen. Erstens. Was halten Sie von der Stellungnahme der bayerischen Bezirke? Dazu haben Sie gar nichts gesagt. – Zweitens. Wenn ich Ihre Argumentation richtig verstanden habe, dann sagen Sie, wir in Bayern haben eine klare Politik, was Drogen betrifft: 100 % no way, kommt nicht in Frage. Wenn wir solche Schutzräume einrichten, machen wir die Tür auf und sagen, so schlimm ist es doch nicht. Was sagen Sie dazu, dass der Bundestag gerade beschlossen hat, Cannabisprodukte für ärztliche Zwecke freizugeben? – Denn: Drogensüchtige sind Kranke.

Das neue Gesetz will Kranken helfen. – Wie ordnen Sie das ein?

Bernhard Seidenath (CSU): Werter Herr Kollege Professor Dr. Gantzer, Cannabis, Heroin und Drogenkonsumräume für Heroin sind zwei vollkommen verschiedene Paar Stiefel.

(Unruhe bei der SPD)

Das sind zwei vollkommen verschiedene Paar Stiefel. Wenn Sie unsere Aussagen verfolgt haben, dann stellen sie eine ganz klare Linie fest. Wir haben immer gesagt: Cannabis zu medizinischen Zwecken stehen wir offen gegenüber.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Auch nicht immer, Herr Kollege!)

Das wurde auch ermöglicht und erleichtert, weil die Cannabispflanze deutlich positive Effekte als Arzneimittel, zum Beispiel als Antiemetikum haben kann; sie kann also als Antibrechreizmittel oder auch als Schmerzmittel gute Effekte haben. Als Genussmittel haben wir sie hingegen strikt abgelehnt. Wir wollen auf keine Weise der Legalisierung des Cannabiskonsums das Wort reden.

Das hat mit Drogenkonsumräumen aber nichts, überhaupt gar nichts zu tun. Bei den Drogenkonsumräumen geht es um den intravenösen Gebrauch von Heroin, und der nimmt ab. Es kommen andere Drogenformen außer Heroin wie beispielsweise Crystal Meth. Das ist ein ganz schwieriges Problem.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Legal Highs!)

– Legal Highs. Die werden alle außerhalb von Drogenkonsumräumen konsumiert, und auch nicht intravenös.

Ich habe in meiner Rede durchaus dargestellt, was ich von der Stellungnahme der bayerischen Bezirke halte. Ich habe die Argumente genannt, weshalb wir sie ablehnen. Die Argumente können auch die Bezirke gerne nachlesen. Übrigens stehe ich auch mit den bayerischen Bezirken im Austausch darüber. Die Antwort darauf ist also längst gegeben.

Nun noch zu den Zwischenrufen von einigen Kollegen, wir hätten nichts dazugelernt. – Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, vor einem Jahr haben Sie den Antrag noch abgelehnt. Dieses Mal haben Sie sich im Ausschuss enthalten. So viel zum Thema Dazulernen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lasst alle Hoffnung fahren. – Das ist das Einzige, was mir zu dem Beitrag meines Vorredners einfällt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Ich behaupte, selbst Sie waren schon einmal weiter. Wir beschäftigen uns nun in der Tat zum wiederholten Mal mit diesem Thema, und dies nicht nur in dieser Legislaturperiode. Ich beschäftige mich bereits in der dritten Legislaturperiode mit dem Thema "Ermächtigungserteilung für Drogenkonsumräume für die Städte München und Nürnberg". Zum wiederholten Mal hören wir dazu Argumente, die wirklich jeder Grundlage entbehren.

Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie haben den Antrag zum zweiten Mal eingereicht. Beide Anträge sind von unserem Antrag auf der Drucksache 17/5310 vom 12. Februar 2015 "Einrichtung von Drogenkonsumräumen ermöglichen!" zwar nicht direkt abgeschrieben, aber mit einer vagen Umformulierung im Kern übernommen. Das ist auch gut so; denn in der Sache sind wir uns durchaus einig.

Herr Kollege Seidenath, Sie haben gerade unser Abstimmungsverhalten angesprochen. Es war in der Tat so, dass wir den Erfolg wollten, dass diese Drogenkonsumräume in Bayern eingerichtet werden. Das ist der Grund für unser Abstimmungsverhalten. Im letzten Jahr hatten nämlich die Bezirke den Fachtag geplant. In diesem Jahr lag der Brief des Bezirkstages vor. Ich kann das Ende aber schon vorwegnehmen: Nachdem in beiden Fällen nichts erreicht wurde, werden wir diesem Antrag zustimmen. Wir werden auch unseren Antrag, der noch immer zurückgestellt ist, zu gegebener Zeit hier wieder zur Abstimmung stellen. Ich kann überhaupt nicht verstehen, was Sie uns hier erzählt haben, Herr Kollege Seidenath. Es geht doch in der Tat darum, dass mit dieser Einrichtung Infektionskrankheiten wie HIV oder Hepatitis und Folgeerkrankungen wie beispielsweise Abszesse vermieden werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Des Weiteren sollen Überdosierungen und Todesfälle verhindert oder verringert werden. Es war doch auch Ihr Argument, dass der öffentliche Raum von den Problemen des sichtbaren Konsums entlastet wird. Diese ordnungspolitischen Ziele werden damit erreicht, das hat das Ministerium in dem Schreiben, das der Drucksache 17/2711 zuzuordnen ist, durchaus be-

stätigt. Das können auch Sie nachlesen. Überall dort, wo es Drogenkonsumräume gibt, findet weniger öffentlich wahrnehmbarer Drogenkonsum statt. Das ist doch gerade auch in Ihrem Interesse. Sie haben es erwähnt: Wir waren mit Frau Kollegin Weikert, weil das Interesse auch aus Nürnberg kam, in Frankfurt und haben uns die Sache dort angesehen. Herr Kollege Unterländer hat dazu erklärt, die CSU werde das Ergebnis offen prüfen. Das ist im "Münchner Merkur" vom Februar des letzten Jahres nachzulesen. Leider ist Herr Unterländer nicht anwesend. Eine ergebnisoffene Prüfung ist das, was Sie uns heute erzählt haben, aber in der Tat nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vor ziemlich genau drei Monaten hat der Präsident des Bezirkstags den bayerischen Ministerpräsidenten – gerade abwesend –, den bayerischen Innenminister – gerade abwesend –, den bayerischen Wissenschaftsminister – gerade abwesend – und die bayerische Gesundheitsministerin – und das ist nun wirklich skandalös, auch sie ist abwesend, dabei bin ich bereits die dritte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt – angeschrieben. Er hat darum gebeten, dass die Einrichtung dieser Drogenkonsumräume ermöglicht werden solle. Ich erinnere alle auf dieser Seite des Hauses, die es wohl nicht wissen: Der Bezirkstagspräsident Mederer gehört der CSU an, nicht unserer Fraktion.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Er hat diese Bitte um die Ermächtigung zur Einrichtung von Drogenkonsumräumen damit begründet, dass dies ein Baustein und ein Beitrag zum Überleben von schwerst Abhängigen sein könnte.

Letzte Woche hat die Drogenbeauftragte der Bundesregierung – auch hier sei der Vollständigkeit halber erwähnt, dass sie Mitglied der CSU ist – in ihrem Bericht geschrieben: Im Jahr 2015 wurden 1.226 drogenbedingte Todesfälle polizeilich registriert. Dies entspricht einem Anstieg von 18,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die meisten Drogentoten wurden, wie bereits in den Vorjahren, in den bevölkerungsreichsten Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen registriert.

In Bayern waren es 314 Tote. Das entspricht einem Anteil von 25,7 % an der Gesamtzahl der 1.226 Toten. In Nordrhein-Westfalen waren es 182 Tote, das entspricht einem Anteil von 14,9 %. – Der Anteil des von Ihnen zitierten Nordrhein-Westfalens ist also zehn Prozentpunkte geringer. Das allein würde doch schon rechtfertigen, dass Sie umdenken und das tun, was in vielen anderen Städten schon passiert. Herr Kollege Leiner hat es schon gesagt: Schwerst Heroinabhängi-

ge, für die Methadon im Übrigen nicht immer eine hilfreiche Alternative ist, können in einem geschützten Raum Drogen konsumieren. – Übrigens, auch bei Methadon haben Sie lange lernen müssen. Ich kann mich noch an Debatten in diesem Hause erinnern, was das Methadon doch für ein Teufelszeug sei. Ich schließe deshalb mit der Hoffnung, dass mindestens beim Naloxon die göttliche Eingebung so weit über sie komme, dass wir uns wenigstens auf ein Modellprojekt einigen. Auch ein Modellprojekt kann nämlich helfen, zu weniger Drogentoten zu kommen. Ich sage es noch einmal: Jeder einzelne Drogentote, den wir verhindern, ist das wert. Die Einrichtung eines Drogenkonsumraums kostet den Freistaat Bayern nämlich keinen Cent.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Vetter.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir FREIEN WÄHLER sind nicht dafür bekannt, dass wir Drogen, wie beispielsweise Cannabis, legalisieren wollen. An dieser Stelle habe ich mich dazu schon deutlich geäußert. Trotzdem, für die Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite dieses Hauses, die in dem Thema nicht so drin sind, die Definition – –

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank! – Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN)

– Wie sagt Ihr Minister Söder immer: Erst zuhören, dann reden, oder so ähnlich? – Die Definition von Drogenkonsumräumen ist folgende: Drogenkonsumräume richten sich an schwerst kranke Patienten, an schwerst kranke Menschen, würde ich sagen, bei denen bereits alle anderen Maßnahmen versucht worden sind, bei denen auch Methadonsubstitution versucht wurde, bei denen aber alles nichts geholfen hat. Diese Menschen spritzen meist weiter Heroin. Es geht darum, dass man in den Drogenkonsumräumen noch irgendwie an diese schwerst Kranken herankommt. So kann man ihnen das Überleben sichern und die Möglichkeit geben, dort in Anwesenheit von Hilfskräften bei einer Überdosierung von Drogen zu überleben. Kollege Seidenath von der CSU, Sie haben im Ausschuss gesagt, dass der Konsum von Rauschgift in Drogenkonsumräumen staatlicherseits geschützt wird. Darum geht es nicht. Da ist ein himmelweiter Unterschied; das bloß einmal zur Definition der ganzen Angelegenheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Zahl der Drogentoten, Kolleginnen und Kollegen, war – das haben wir schon gehört – mit 314 im Jahr 2015 in Bayern so hoch wie schon seit fünfzehn Jahren nicht mehr. Sechs Bundesländer in Deutschland haben mit Drogenkonsumräumen nur positive Erfahrungen gemacht. Natürlich sind diese Räume hauptsächlich in Großstädten erforderlich. Ich sage es noch einmal, und auch im Ausschuss ist es vonseiten der CSU gesagt worden: Statt auf Drogenkonsumräume setzt die CSU auf Methadon. Das ist sachlich und inhaltlich einfach völlig falsch, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die zwei Großstädte München und Nürnberg – die Frage, welches Parteibuch die beiden Bürgermeister haben, stelle ich gar nicht – wollen Drogenkonsumräume als Modellprojekt einführen. Auch die Bitte des Bezirkstages ist schon erwähnt worden. Herr Mederer, der CSU-Bezirkstagspräsident, hat sich mündlich und schriftlich mehrfach geäußert und gesagt: Ich bitte alle Bedenkenräger in der CSU, die restriktive Haltung zu überdenken. Kolleginnen und Kollegen: Ich bitte alle Bedenkenräger, die restriktive Haltung zu überdenken.

Mir kommt es manchmal so vor – ich bin, wie gesagt, nicht für die Drogenfreigabe – , dass, wenn die GRÜNEN heute hier einen Antrag auf ein Cannabisverbot stellen würden, bei Ihnen drüben bei der CSU die Hände reflexartig hochgehen und Sie sagen würden: "Wir sind dagegen!", weil der Antrag von den GRÜNEN stammt und weil Cannabis im Antrag vorkommt. So ist es doch, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Paul Wengert (SPD): Genau so! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So schaut's aus!)

– So schaut's aus. – Ich erinnere noch einmal an das "C" im Namen "CSU": "C", das Christliche. Es geht hier um schwerst kranke Menschen, denen wir letztendlich ein Hilfsangebot machen wollen. Darum stimmen wir als FREIE WÄHLER dem Antrag der GRÜNEN diesmal zu. Wir haben uns im Ausschuss aus ähnlichen Gründen wie die SPD enthalten, weil damals der Anstoß von den Bezirken gekommen ist und das Thema noch ganz frisch war. Wir wollten uns zum damaligen Zeitpunkt vor ein paar Wochen nicht einmischen. Heute werden wir zustimmen.

Noch einmal: Wir tun das aus drei Gründen. So sind wir FREIE WÄHLER halt; wir machen pragmatische, keine ideologische Politik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stimmen also aus drei Gründen zu, erstens wegen der Subsidiarität. Die Städte München und Nürnberg und die Gemeinden sollen selber entscheiden können, was für sie gut ist. Wenn sie das haben wollen, sollen sie es auch kriegen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der zweite Grund ist die humanitas, sind humanitäre Gründe: Es geht um schwerst Kranke. – Hinzu kommt drittens, der ordnungspolitische Ansatz. Warum sollen wir denn, verflixt nochmal, dagegen sein, wenn denn München und Nürnberg sagen, wir wollen auch aus ordnungspolitischen Gründen in unseren Städten Drogenkonsumräume haben?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER als durchaus eher konservativ-bürgerliche Gruppierung stimmen zu; wir sind auch die liberalere, die modernere, die kreativere bürgerliche Gruppierung in Bayern.

(Inge Aures (SPD): Das tut aber schon weh! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Na ja!)

Das muss man den Leuten nur sagen und beibringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege.

(Unruhe)

– Wenn wir uns auf allen Seiten beruhigt haben, können wir in der Tagesordnung fortfahren.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dem Antrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zur namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 6, nachdem die Ankündigungsfrist abgelaufen ist und wir darüber namentlich abstimmen können. Es geht um den Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

betreffend "Verwaltungskräfte entlasten, Schulen mit Ganztagsangebot stärken", Drucksache 17/10445. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wir stimmen jetzt in namentlicher Form über diesen Antrag ab. Die Abstimmung ist eröffnet. Ich stelle dazu drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.35 bis 17.38 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales auszuzählen. Es wird zu gegebener Zeit hier mitgeteilt. Ich bitte jetzt, wieder die Plätze einzunehmen, und Unterhaltungen, soweit sie notwendig sind, draußen zu führen. – Das gilt für alle Fraktionen und alle Seiten des Hauses.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auch für die Schwarzen!)

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u. a. (SPD)
Crystal-Präventionsprogramm für junge Frauen
(Drs. 17/11080)**

Dazu ist von der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredzeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Sonnenholzner von der SPD. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen!

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Thema Crystal Meth beschäftigt dieses Haus und insbesondere die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen aus Oberfranken und Niederbayern schon längere Zeit in verschiedenen Facetten. Der Ausschuss hat sich vor einigen Monaten damit befasst und den Leiter der Kinderklinik in Passau und einen Suchtexperten eingeladen, zu den Auswirkungen von Crystal Meth auf junge Frauen, vor allen Dingen auf deren ungeborene oder geborene Kinder, zu berichten. Wir haben bei Crystal Meth ein Phänomen, das es bei anderen Suchstoffen nicht gibt, dass nämlich ein erheblicher Teil der Konsumentinnen Frauen und junge

Frauen sind und dass diese Substanz zu einem – übrigens nicht nur bei Frauen – sorgloseren Sexualverhalten und damit auch zu einer relativ hohen Rate ungewollter Schwangerschaften führt. Diese Schwangerschaften werden häufig erst zu einem relativ späten Zeitpunkt festgestellt, sodass ein Abbruch, selbst wenn er von der Mutter gewollt gewesen wäre, wegen der fortgeschrittenen Schwangerschaft gar nicht mehr vorgenommen werden kann.

Wir haben aufgrund der Aussagen der beiden Experten den starken Eindruck gewonnen, dass die bisherigen Präventionsprogramme nicht funktionieren. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, mit dem wir das Hohe Haus bitten, einer Präventionskampagne, die sich gezielt an junge Frauen richtet, zuzustimmen. Neben der Ausrichtung auf die Lebenswelten junger Frauen in den Bereichen von Familie, Lernen und Arbeiten sollte insbesondere auch das Konsummotiv der Gewichtskontrolle bzw. der Appetitzügelung in den Blick genommen werden. Dies steht vielfach bei den jungen Frauen im Vordergrund. Sie nehmen Crystal Meth nicht nur als Droge, sondern auch als Appetitzügler. Deshalb soll ein Weiterbildungsmodul für Gynäkologen und Hebammen entwickelt werden, um diese Berufsgruppen für Schwangere zu sensibilisieren, die möglicherweise Crystal Meth konsumieren könnten.

An dieser Stelle ist es mir wichtig zu sagen, dass die häufigste angeborene Behinderung in diesem Land das sogenannte fetale Alkoholsyndrom ist. Kinder, deren Mütter in der Schwangerschaft Alkohol, also auch eine Droge, konsumiert haben, werden geschädigt. Ich sage das deswegen, weil es Gemeinsamkeiten zwischen Alkohol und der Droge Crystal Meth bei jungen Frauen, Schwangeren und Müttern gibt. Junge Frauen schädigen mit diesen Substanzen ihr ungeborenes und dann geborenes Kind. Die Leidtragenden sind die Kinder. Das sage ich ganz deutlich. Das mag den einen oder anderen vielleicht dazu bringen, dem Antrag doch noch zuzustimmen. Die Kinder kommen mit dieser Belastung auf die Welt. Leider ist meine Redezeit zu kurz, um ausführlich zu schildern, welche Beeinträchtigungen diese Kinder nicht nur bei ihrer Geburt, sondern lebenslang haben. Dazu zählen Lernschwierigkeiten, Schwierigkeiten im Sozialverhalten und eine erhöhte Rate an Drogenabhängigkeiten, die sich im Jugendlichen- oder Erwachsenenalter entwickeln. Das weiß man aus vielen Studien.

Die drogenpolitische Diskussion beschäftigt sich nicht mit diesem Thema, obwohl es dazu bereits viele Fachtage gab und sich viele damit beschäftigen. Der Drogenbericht der CSU-Drogenbeauftragten Mortler in Berlin enthält sogar an zwei Stellen leichte Hinweise auf geschlechtsspezifische Aspekte. Leider küm-

mert sie sich nur um die schwulen drogenkonsumierenden Männer und bei Crystal Meth um die Eltern. Um die Eltern geht es an dieser Stelle jedoch weniger als um die Mütter.

Alle Angebote, die wir bisher haben und die die Drogenbeauftragte in ihrem aktuellen Bericht von letzter Woche erwähnt, sind Angebote zur Reparatur. Darunter befindet sich kein einziges sinnvolles Präventionsprogramm. Dabei wissen wir, dass sich die Droge mit den Wegen des Inverkehrbringens ausbreitet. Das sieht man in Deutschland. Das weiß man aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Das haben wir in Sachsen gesehen. Die Konsumenten und in dem Fall die Konsumentinnen sind an den Wegen zu finden, an denen die Substanz ins Land gebracht wird.

Herr Kollege Seidenath hat im Rahmen der Diskussion zum Antrag der GRÜNEN über Drogenkonsumräume zu meiner großen Überraschung und Freude gesagt, dass er diesem Antrag zwar nicht nähertreten werde, sich aber – ich zitiere Sie – hoch spezialisierte Angebote für alle und in allen Lebenslagen wünsche. Herr Kollege Seidenath, nichts anderes wollen wir mit unserem Antrag für junge Frauen in allen Lebenslagen und zum Schutz ihrer ungeborenen Kinder erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb bitte ich Sie noch nicht einmal um Zustimmung, vielmehr erwarte ich, dass Sie diesem Antrag jetzt und hier zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Holetschek von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Sonnenholzner hat inhaltlich vieles richtig angesprochen. Wir haben keinen Dissens bei der Bewertung von Crystal Meth. Wir müssen alles dafür unternehmen, dass diese teuflische Droge nicht in Verkehr kommt. Wir müssen die Menschen vor ihr warnen. Ich war von der Diskussion im Gesundheitsausschuss und der Darstellung der beiden Referenten über die Auswirkungen der Droge in der Schwangerschaft sehr beeindruckt. Es wurde darüber berichtet, warum gerade junge Frauen diese Droge nehmen und welche Erwartungen sie damit verbinden. Wir müssen diese Probleme in einer verantwortungsvollen Gesundheitspolitik ernst nehmen, sie ansprechen und die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

Herr Kollege Seidenath hat vorhin richtig darauf hingewiesen, dass wir hoch spezialisierte Angebote brauchen. Daran gibt es nichts auszusetzen. Die Aussage ist richtig. Die Politik, die dahinter steht, ist richtig und wichtig. Fraglich ist, wie wir zu diesen Angeboten kommen. Wir sind uns alle dessen bewusst, dass die Droge Crystal Meth nicht nur junge Frauen betrifft, sondern in der gesamten Gesellschaft präsent ist. In vielen Berufsgruppen wird die Droge zur Leistungssteigerung genommen. Es gibt Legal Highs und andere, zusammengefasst unter dem Sammelbegriff "Neue psychoaktive Substanzen". Die Drogen, die auf dem Markt sind, haben eine ganz andere Form. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung und nicht der CSU, Marlene Mortler, hat dies in ihrem Drogenbericht richtig aufgegriffen und auf diese Themen hingewiesen.

Ich bin sehr dankbar, dass unsere Gesundheitsministerin dieses Thema sehr früh angesprochen hat. Wir müssen neue Akzente und Impulse setzen. Wir wollen und müssen das Thema Prävention stärken. Prävention ist wirklich ein zentrales Thema. Die Frage ist nur, in welche Struktur wir diese Prävention einbetten. Es gibt sehr viele erfolgreiche Projekte, die sich diesen Themen schon widmen. Ich erinnere an die Initiative "mindzone". Dort sind junge Partygänger ehrenamtlich als Präventionskräfte in der Szene unterwegs und weisen auf diese Gefahren hin. Das Projekt wird mit nicht unerheblichen Mitteln des Freistaats unterstützt. Im letzten Haushalt ist das Projekt um 300.000 Euro aufgestockt worden. Insgesamt sind 5 Millionen Euro in das Projekt geflossen.

Ich erinnere auch an die Telefon-Hotline zur Aufklärung über Crystal Meth, die es seit dem Jahr 2014 gibt. Vor Kurzem hatte ich die Freude, auf der Tagung der gesundheitspolitischen Sprecher der CSU in Vertretung von Bernhard Seidenath zu sein. Dort schauen viele auf uns, weil sie wissen, dass Bayern in der Lage ist, besondere Akzente zu setzen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, uns geht es letztlich darum, die bereits vorhandenen Optionen um einige Schwerpunkte zu ergänzen. Deswegen wollen wir dem heute vorliegenden Antrag nicht zustimmen. Wir haben vielmehr schon einen eigenen Antrag auf den Weg gebracht, der dieses wichtige, zentrale Thema aufgreift. Allerdings wollen wir genau wissen, wie die Situation sich darstellt und welche Parameter sinnvoll ergänzt werden müssen, um die Prävention bei jungen Frauen zu verbessern. Wir wollen, dass das Anliegen zum Tragen kommt. Dafür benötigen wir eine stabile Datenbasis, die es uns erlaubt, zielgerichtet tätig zu werden. Wir wollen aber auch die Möglichkeiten, die wir schon haben, nutzen.

Herr Dr. Walzel aus dem Gesundheitsministerium hat gesagt, er wolle nicht, dass eine bestimmte Gruppe stigmatisiert werde. Das hat mich nochmals zum Nachdenken gebracht. Es geht nämlich nicht nur um die jungen Frauen, auch wenn Präventionsmaßnahmen für diese Gruppe zugegebenermaßen besonders wichtig sind. Ich möchte das Problem also nicht kleinreden – um Gottes willen! Uns geht es aber darum, alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen anzusprechen – unter besonderer Berücksichtigung junger Frauen. Das wollen wir gemeinsam tun. Deswegen haben wir – –

(Abgeordnete Kathrin Sonnenholzner (SPD) erhebt sich)

– Frau Sonnenholzner steht schon auf.

(Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Standing Ovation!)

Möchten Sie gleich? Ich habe noch genug Redezeit.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das überlassen wir besser dem Präsidenten!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Sonnenholzner, wollen Sie eine Zwischenfrage stellen oder eine Zwischenbemerkung machen? – Herr Kollege Holetschek, Sie entscheiden, ob Sie so etwas zulassen.

Klaus Holetschek (CSU): Ich lasse gern eine Frage der Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses zu.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Also gut. Dann sind wir uns einig. – Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Danke, Herr Kollege. Zum Ersten zu dem Vorwurf der Stigmatisierung: Sind Sie der Meinung, dass die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, die der CSU-Landesgruppe der Unionsfraktion des Bundestages angehört, schwule, drogenkonsumierende Männer stigmatisiert, indem sie das Augenmerk auf spezielle Situationen legt, die für diese Männer eintreten? – Das wäre die Konsequenz aus dem, was Sie soeben zu den Frauen gesagt haben.

Zweitens. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass all das, was Sie im Hinblick auf die Notwendigkeit der Einhaltung von wissenschaftlichen Standards und die Schaffung empirischer Grundlagen beschrieben

haben, in unserem Antrag auf Drucksache 17/11080 bereits vollständig abgebildet ist?

Kann es dann – drittens – sein, dass Sie diesem Antrag nicht zustimmen wollen, weil er zwar, wie häufig, richtig ist, aber leider von der SPD-Fraktion und nicht von der CSU-Fraktion stammt?

(Beifall bei der SPD – Dr. Paul Wengert (SPD):
Reine Blockade!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Holetschek, Sie haben das Wort.

Klaus Holetschek (CSU): Liebe Frau Sonnenholzner, zu Ihrer dritten Frage: Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe deutlich gemacht, dass es uns um die Sache und nicht um Parteipolitik geht.

Zu Ihrer zweiten Frage: Dieser Meinung bin ich nicht.

Zu Ihrer ersten Frage: Ich habe den Drogenbericht noch nicht vollständig gelesen und kann mir daher kein abschließendes Urteil bilden.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich kann Ihnen versichern, dass wir an dem Thema dranbleiben. Wir sind vom Inhalt her nicht weit auseinander, in der Frage des Verfahrens aber sehr wohl.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Reine Rechthaberei!)

Ich gehe davon aus, dass wir gemeinsam etwas Gutes auf den Weg bringen werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Vetter von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der SPD-Fraktion unter dem Titel "Crystal-Präventionsprogramm für junge Frauen" ist aus meiner Sicht richtig und zielführend. Wir haben ihn schon im Ausschuss unterstützt. Das in dem Antrag vorgeschlagene Programm soll sich an der Kampagne "Schwanger? Null Promille!" orientieren.

Die Vorredner haben es schon gesagt: Die Notwendigkeit, auf diesem Gebiet etwas zu tun, ist unbestritten.

ten. Als Beispiel weise ich darauf hin, dass sich allein am Bezirksklinikum Regensburg die Zahl der Crystal-Konsumenten von 2004 bis 2014 verfünffach hat. Auch am Bezirksklinikum Wöllershof ist mittlerweile jeder Dritte, der wegen Drogenkonsums in stationärer Behandlung ist, wegen Crystal Meth dort.

In einer Studie des Bundesgesundheitsministeriums wird darauf hingewiesen, dass es unterschiedliche Konsummuster gibt. Crystal-Meth-Konsument ist nicht gleich Crystal-Meth-Konsument. Vor allem unter jungen Frauen zwischen 18 und 30 Jahren gibt es abweichende Muster, was die Motive angeht, aus denen sie die Substanz zu sich nehmen. Ein Motiv ist die Gewichtsabnahme, weil die Droge Appetitlosigkeit bewirkt. Ferner bekommen die jungen Frauen das Gefühl, länger fit zu sein. Sie fühlen sich zunächst gut. Hemmungen fallen, auch im Bereich der Sexualität.

Was man wissen muss: Crystal Meth ist bei schwangeren Frauen plazentagängig, das heißt, dass die Substanz in den Blutkreislauf des Kindes übergeht und bei ihm Schädigungen verursachen kann. Die Kinder bekommen unter Umständen psychische Störungen, leiden an Aggressivität oder entwickeln Missbildungen. Kolleginnen und Kollegen, all das zeigt, wie dringend der Handlungsbedarf ist. Darum haben wir dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt.

Jetzt komme ich aber auf das Procedere zu sprechen. An dem Umgang mit den Anträgen zu diesem Thema wird wieder einmal deutlich, dass wir FREIEN WÄHLER oft pragmatischer denken als die Parteien, die im Landtag noch vertreten sind. Die CSU-Fraktion hat in den Ausschuss einen Antrag eingebracht, der für mich sehr gut formuliert ist. Ich zitiere aus dem Protokoll:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Handlungsbedarf anhand konkreter und aktueller Daten aufzuzeigen und darzustellen, mit welchen Maßnahmen insgesamt den Anforderungen der vielfältigen Konsumentengruppen möglichst spezifisch begegnet werden könne. Dabei solle auf die speziellen Bedürfnisse schwangerer Crystal Meth konsumierender Frauen explizit eingegangen werden.

Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich habe nicht verstanden, warum Sie diesen Antrag abgelehnt haben.

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Seidenath (CSU))

Auch das ist Ideologie: Nur weil ein vernünftiger Antrag von der anderen Seite kommt, ist man dagegen. Wir hätten Zeit gewonnen!

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Seidenath (CSU))

Die Staatsregierung hätte sich dieses Problems schon seit ein paar Wochen annehmen müssen, sie müsste daran arbeiten. Ob der Antrag so oder so formuliert ist, ist aus meiner Sicht zweitrangig. Wir hätten auch diesem Antrag dann zustimmen können.

Dem Antrag der SPD-Fraktion werden wir auch heute, im Plenum, zustimmen. Es ist schade, wie es im Ausschuss – wieder – gelaufen ist. Nur aus parteitaktischen Gründen war eine vernünftige Lösung nicht möglich. Liebe Kathrin Sonnenholzner, das Verhalten der Ausschussmitglieder Ihrer Fraktion hat mich an das Verhalten eines kleinen Buben erinnert, der einen Hamburger essen will und dessen Mutter dann sagt, dass er jetzt keinen Hamburger bekommt. Dann sagt der Bub: Dann esse ich überhaupt nichts mehr! – Dieses Verhalten ist nicht zielführend gewesen.

Wir müssen bei dem Thema gemeinsam weiterkommen. Leider haben wir Zeit versäumt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Frau Kollegin Sonnenholzner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Jetzt haben Sie das Wort. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Sehr geschätzter Kollege Dr. Vetter, und das meine ich in diesem Fall ausnahmsweise nicht ironisch.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Darüber muss ich nachdenken.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Ich fürchte, der bayerische Wähler und die bayerische Wählerin werden es in zwei Jahren den FREIEN WÄHLERN nicht mehr danken, dass sie den Gegensatz zu den anderen Parteien so herausstellen. Sie haben es soeben wieder getan.

Aber zur Sache! Aus gutem Grund haben wir einen Antrag gestellt, mit dem wir die Staatsregierung auffordern wollen, ein spezifisches Präventionsprogramm gezielt für junge Frauen zu entwickeln. Sie sind Arzt und wissen, dass Frauen nur bis zu einem bestimmten Alter schwanger werden können. Dieser spezifische Aspekt kommt in der Formulierung, die die CSU-Fraktion im Ausschuss vorgestellt hat, einfach nicht zum Ausdruck. Dass die Belange der jungen Frauen nur berücksichtigt werden sollen, ist eine zu schwam-

mige Formulierung. Das Programm käme allen zugute und würde, wie gesagt, Frauen nur "berücksichtigen".

Ich habe vorhin versucht, die Problematik an dem fetalen Alkoholsyndrom – FASD – festzumachen. Wir müssen zu einem Zeitpunkt, zu dem junge Frauen bzw. Mädchen noch sehr sensibel für solche Themen sind, mit der Prävention einsetzen. Auf die von Crystal Meth ausgehenden Gefahren für junge Frauen, die Kinder bekommen können, müssen wir besonders aufmerksam machen. Ein solches Agieren halte ich nicht für stigmatisierend, sondern für mehr als geboten. Ich greife insoweit auch auf meine Erfahrungen mit den Mädchenparlamenten, die wir jedes Jahr veranstalten, zurück. Daher weiß ich, dass junge Frauen in diesem Alter für solche Fragen sehr empfänglich sind. Sie wissen durchaus um ihre Verantwortung für das Kind. Ein solches Präventionsprogramm hat in einem Konglomerat von Maßnahmen nichts zu suchen. Auch um "mindzone" und andere gute Angebote geht es in diesem Fall nicht. Wir brauchen an dieser Stelle ein spezifisches Programm. Wir haben es beantragt und wollten es uns aus den genannten Gründen nicht verwässern lassen. Das hat nichts mit Parteitaktik, sehr wohl aber etwas mit inhaltlicher Überzeugtheit zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Kollege Dr. Vetter, Sie haben das Wort.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Sonnenholzner, inhaltlich, sachlich und fachlich bin ich völlig bei Ihnen. Sie haben an dem betreffenden Dienstag im Ausschuss nicht die vielleicht beste Lösung bekommen. Eine auch aus meiner Sicht nicht ganz so gute Lösung lag auf dem Tisch. Dann muss ich als Politiker auch einmal über den Tellerrand hinausschauen und im Sinne der Sache der zweitbesten Lösung zustimmen, damit es schneller vorwärtsgeht. So machen wir FREIE WÄHLER das.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Leiner vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Bayern ist Crystal Meth seit Jahren auf dem Vormarsch. Diese Droge passt offenbar in bestimmten Kreisen zu unserem Zeitalter und zu den gesellschaftlichen Erwartungen. Im Nordosten des Freistaates ist die Droge bedauerlicherweise längst in der Mitte der Gesellschaft

angekommen. Im Vergleich zu anderen Drogen wird Crystal überproportional häufig von Frauen konsumiert. Das bestätigen die Suchtberatungsstellen. Von den erstmals auffälligen Konsumenten, die polizeilich erfasst werden, stellen die Frauen inzwischen fast ein Drittel – so viel wie bei keiner anderen illegalen Droge.

Warum ist das so? – Es wurde schon gesagt, dass die Mütter und Frauen die Droge nehmen, um schneller Gewicht zu verlieren, keinen Hunger zu verspüren, Arbeit, Kind und Haushalt unter einen Hut zu bringen und – ich drücke mich etwas vorsichtiger aus als der Kollege Vetter – stets vital und gut gelaunt zu sein. Was sind die Folgen davon? – Immer mehr Neugeborene leiden unter schwersten Entzugserscheinungen. Auch die Missbildungsrate ist bei Kindern von crystalabhängigen Müttern deutlich höher. Je mehr, je häufiger und je später in der Schwangerschaft eine Frau Crystal Meth nimmt, desto größer sind die Schäden beim Kind. Die Kinder bleiben geistig und motorisch zurück.

Wir kennen die Zahl der Crystal-Meth-Babys gar nicht; sie werden nicht erfasst. Inzwischen ist dieses Problem auf den Frühchenstationen der bayerischen Krankenhäuser angekommen. Mädchen und Frauen sowie betreuendes Fachpersonal müssen deshalb gezielt über die Gefahren und Folgen des Konsums von Methamphetaminen vor und während der Schwangerschaft und nach der Geburt des Kindes erschöpfend aufgeklärt werden.

Uns GRÜNEN im Bayerischen Landtag ist es deshalb besonders wichtig, dass ein Präventionsprogramm nicht ein bloßes Informations-Onlineportal oder nur eine Kampagne ist, wie leider so oft, sondern dass es ein breites Konzept ist, das ein Weiterbildungsmodul für Hebammen, Pflegekräfte, Gynäkologinnen und Gynäkologen und Kinderärztinnen und Kinderärzte umfasst, und dass dieses Programm in Zusammenarbeit mit diesen Berufsgruppen entwickelt wird. Das wäre das Ziel der Maßnahme, die die SPD gefordert hat. Das Programm muss so konzipiert sein, dass es ein breites Spektrum der Fachkräfte sowie der Familien mit einer Sucht- oder Crystalproblematik erreicht. Bisher gibt es kaum belastbare Zahlen und Forschungsergebnisse.

Um die Entwicklung der erkrankten Kinder zu unterstützen und sie besser verstehen und versorgen zu können, brauchen wir mehr Forschung auf diesem Gebiet. Der Datenmangel ist im Moment enorm. Leider hat sich Crystal seinen festen Platz auf dem Drogenmarkt erobert. Gerade die weiblichen Crystalabhängigen, die in der Suchthilfe ankommen, haben im Schnitt eineinhalb Kinder. Das sind die erschrecken-

den Zahlen, die auch in Regensburg schon genannt wurden. Die ersten Crystal-Meth-Babys in Bayern dürften schon junge Erwachsene sein, ohne dass wir einen Zusammenhang mit dieser neuen Droge erkannt haben.

Crystal Meth hat sich in einigen bayerischen Regionen zu einer regelrechten Frauendroge mit fatalen Folgen entwickelt. Die Schwangeren schaden mit Crystal nicht nur sich, sondern auch den ungeborenen Kindern. Deswegen sage ich den Mitgliedern der CSU-Fraktion: Für mich ist es unverständlich, ein Präventionsprogramm gegen den Konsum von Methamphetaminen abzulehnen, welches mit einer Kampagne verbunden ist, die sich insbesondere an junge Frauen richtet. Für mich ist das unverständlich, auch wenn Sie einen eigenen Antrag gestellt haben, der dieses Ziel verfolgt. Der vorliegende Antrag weist nämlich ganz eindeutig in eine spezielle Richtung. Gerade wegen der Kinder bedarf es weiterer Forschungen und Untersuchungen, um weiterzukommen. Sie verweigern das. Ich fordere Sie noch einmal auf, diesem richtigen und wichtigen Antrag der SPD zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat nun Frau Staatsministerin Huml das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Lieber Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Crystal Meth ist Teufelszeug für diejenigen, die es konsumieren. Noch schlimmer ist es für die Kinder von Konsumentinnen, die darunter leiden müssen. Darin sind wir uns alle einig. Wir sind uns auch einig darin, dass die Frauen noch viel mehr darüber informiert und aufgeklärt und dafür sensibilisiert werden müssen, wie schlimm sich der Crystal-Meth-Konsum in einer Schwangerschaft auswirkt. Das Ziel war bei allen Rednern das gleiche. Dieses Ziel verfolgen auch wir.

Der Weg, den wir gehen wollen, ist aber ein anderer. Wir haben schon sehr viele Präventionsangebote für Suchtkranke, die wir gerne um das Modul für junge Frauen erweitern wollen. Ich denke an unsere Crystal-Hotline. Es gibt viele Angebote, in die wir dieses Modul einbauen wollen. Wir wollen nicht extra eine teure Kampagne, sondern wir wollen Angebote, die wir schon haben, um das Modul für junge Frauen erweitern. Das erscheint uns sinnvoll. Dass wir dafür noch etwas machen, ist mir auch ganz persönlich ein sehr großes Anliegen.

Mir ist es auch ein Anliegen – deswegen passt das Programm "Schwanger? Null Promille!" auch dazu –, die jungen Frauen dafür zu sensibilisieren, dass nicht nur der Crystalkonsum so schlimm ist, sondern auch der Beikonsum von Alkohol.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Auch das war meine Idee!)

Bei den Kindern weiß man manchmal gar nicht, was die schwere Erkrankung oder die Fehlbildung verursacht hat. Deswegen müssen wir auch darauf achten, wie es mit dem Beikonsum von Alkohol aussieht, was wir da noch verbessern können. Deswegen ist unser Weg: Wir wollen das, was schon da ist, nutzen und erweitern und nicht extra nebenher etwas aufbauen, um die Synergien nutzen zu können. Wenn das zu wenig ist, können wir uns überlegen, was wir noch draufsateln müssen. Dieser Weg erscheint uns als erster Schritt zielführend. Ich würde mich freuen, wenn Sie mitmachen und mitarbeiten. Der eine oder andere Vorschlag steht im Raum. Da können wir sicher gemeinsam etwas tun. Im Ziel sind wir uns einig: Crystal Meth gehört nicht in die Finger von Schwangeren, am besten in gar keine Finger.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das, was Sie gerade gesagt haben, war auch der Ansatz meines Antrags!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Abstimmung wird auf Antrag der SPD in namentlicher Form durchgeführt. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür sind drei Minuten vorgesehen. Die Stellen, an denen abgestimmt werden kann, sind Ihnen bekannt.

(Namentliche Abstimmung von 18.08 bis 18.11 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales auszuzählen. Es wird zu gegebener Zeit mitgeteilt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich Ihnen noch das Ergebnis der vorangegangenen namentlichen Abstimmung bekannt. Es geht um den Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Verwaltungskräfte entlasten – Schulen mit Ganztagsangebot stärken", Drucksache 17/10445: Mit Ja

haben 69 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 80. Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung den **Tagesordnungspunkt 9** und die **Listennummer 25** der nicht einzeln zu beratenden Anträge auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP! (Drs. 17/11041)

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Michael Brückner u. a. (CSU)
Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen (Drs. 17/11171)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtrededzeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Rededzeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Kollege Kraus von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Kollege Kraus, Sie haben das Wort.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wen wundert's? TTIP und CETA sind Dauerthemen im Landtag. Deshalb sage ich ein paar Worte zu unserem Antrag.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich bitte, die Plätze einzunehmen. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich möchte eingangs an den Besuch von US-Landwirtschaftsminister Thomas Vilsack erinnern. Er besuchte vor Kurzem unseren Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt in Berlin.

Aufgrund der daraus resultierenden Pressemitteilungen haben wir uns unsere Gedanken gemacht und unseren Antrag formuliert. Ich darf Thomas Vilsack zitieren:

Der Bereich Verbraucherschutz ist sicher eine große Herausforderung. Wenn Lebensmittel nicht auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zugelassen werden, sondern nach Anforderungen, die Politiker formulieren, dämpft das den Handel, weil es zu mehr Unsicherheit führt. Denn dann lässt

sich kaum vorhersagen, wann welche Produkte zugelassen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen und besonders Frau Wittmann, im Ausschuss haben wir bereits darüber gesprochen: Wie interpretiert man diese Aussage? – Für uns ist klar: Herr Vilsack fordert von uns, uns von unserem Vorsorgeprinzip abzuwenden. Kurz gesagt soll unter anderem auch die Zulassung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in Deutschland eingeführt werden.

Seien wir einmal ganz ehrlich: Welche Studie bestätigt zu hundert Prozent, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel weder für Mensch noch für die Umwelt schädlich sind? – Hundert-Prozent-Studien – das wissen wir von Glyphosat oder anderen Produkten – sind sehr, sehr schwer zu erstellen. Es gibt große Wahrscheinlichkeiten, aber gerade hinsichtlich dieses sensiblen Gebietes müssen wir gewarnt sein.

Gott sei Dank hat Europa eine andere Meinung als die USA. Bei uns gilt das Vorsorgeprinzip. Diesen Begriff genau zu definieren, ist schwer. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde er wie folgt konkretisiert:

Angesichts der Gefahr irreversibler Umweltschäden soll ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit nicht als Entschuldigung dafür dienen, Maßnahmen hinauszuzögern, die in sich selbst gerechtfertigt sind. Bei Maßnahmen, die sich auf komplexe Systeme beziehen, die noch nicht voll verstanden worden sind und bei denen die Folgewirkungen von Störungen noch nicht vorausgesagt werden können, könnte der Vorsorgeansatz als Ausgangsbasis dienen.

Jetzt sind wir bei unserem Antrag. Wenn es der CSU nur um die Begründung unseres Antrags mit der Aussage von Herrn Vilsack geht, ist es natürlich möglich, sie zurückzuziehen. Der reine Antragstext mit zwei Nummern und je zwei Unterpunkten ist unproblematisch. Lassen Sie uns heute ein Zeichen für den Verbraucherschutz und für den Erhalt der hohen Standards in unserer Lebensmittelproduktion setzen. Lassen Sie uns der Bevölkerung zeigen, dass der Bayerische Landtag einstimmig die Sorgen der Wählerinnen und Wähler ernst nimmt. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Wenn Sie heute gegen unseren Antrag sind, dann sind Sie im Grunde für TTIP.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann sind Sie gegen aktuell 79 % der bayerischen bzw. deutschen Bevölkerung, die dieses Freihandelsabkommen ablehnen. Wenn die CSU weiterhin für TTIP ist, wird es möglicherweise ein Waterloo für die CSU. Was bedeutet ein Waterloo für eine Partei, die schon mit 40 % massive Probleme hat?

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

Daran wird sich auch nichts ändern, wenn Frau Ministerin Aigner, die im Augenblick leider nicht da ist, noch so lange in den USA unterwegs ist und dort noch so laut die Werbetrommel für dieses Freihandelsabkommen rührt, das wir im Bayerischen Landtag ablehnen müssen und das die bayerische und deutsche Bevölkerung unter den jetzigen Voraussetzungen mit überwältigender Mehrheit ebenfalls ablehnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Wittmann von der CSU das Wort.

Mechthilde Wittmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Vorsorgeprinzip ist weltweit das Prinzip, auf dem Umweltschutzstandards, aber auch alle anderen Schutzstandards, die wir so kennen, für Gesundheit, Nahrungsmittel, Tierschutz usw., aufbauen. Das Ganze resultiert aus WTO-Vereinbarungen, die alle Länder gegengezeichnet haben, auch die USA. Bereits in der Weltnaturcharta aus dem Jahr 1982 wurden diese Schutzstandards für den Umweltschutz festgelegt. Wir haben gesagt, das Vorsorgeprinzip soll immer dann zur Anwendung kommen, wenn ein Produkt oder Verfahren über die reine Unbedenklichkeit nicht zugelassen werden kann.

Was bedeutet das? – Wenn wir über das Vorsorgeprinzip reden, dann reden wir nicht darüber, dass bei jeglicher Art von Produkt, von Konsum, von Dienstleistung, aber vor allen Dingen auch von Produktion von Nahrungsmitteln und Ähnlichem jeweils unbedingt immer das Vorsorgeprinzip angewendet werden muss. Nein, wir gehen davon aus, dass wir in den meisten Fällen bei unbedenklichen Produkten sind und insoweit gar nicht in diese Grauzone hineinkommen. Aber gerade weil wir alle darauf aus sind, soweit irgendwie möglich, für uns alle vereinbar Globalstandards zu setzen, haben wir auf WTO-Ebene das Vorsorgeprinzip eingeführt.

Was bedeutet ein Vorsorgeprinzip? – Es bedeutet, dass ein Produkt, dessen Unbedenklichkeit bis dato nicht bescheinigt werden kann – davon gibt es sehr viele –, zunächst einer Risikoanalyse unterzogen wird. Nach dieser Risikoanalyse kommt man zu einer

Risikobewertung. All dies erfolgt regelmäßig wissenschaftlich basiert. Auf die Wissenschaft müssen wir uns stützen, wenn wir nicht im unbedenklichen Bereich sind, sondern wenn eine Abwägung vorzunehmen ist. Nach der Analyse ist das Risiko zu bewerten und abzuwägen. Danach kommt es zu sogenannten Risikoinformationen. Dann sind wir im sogenannten Risikomanagement. Sie erkennen eine ganz feinsinnige Abstufung. Wie kommen wir in diesen Fällen zu einer möglichst guten Bewertung, die den Bürgern hilft? – Die Bürger wollen von uns eine Grundlage, auf der unsere Entscheidungen beruhen, die der Sache dienen und nicht nur den Emotionen und vor allem nicht nur den Ideologien. Dafür ist das Vorsorgeprinzip einstmals geschaffen worden. Wir alle haben uns darauf verständigt.

Dieses Vorsorgeprinzip führen wir seit Beginn der Europäischen Union auch in den europäischen Verträgen immer weiter. Zuletzt haben wir es im Vertrag von Nizza wieder festgeschrieben. Wir haben das Vorsorgeprinzip in unser Verhandlungsmandat geschrieben. Das macht die Sache an dieser Stelle so einfach. Im EU-Verhandlungsmandat steht zunächst in Punkt 3 der Hinweis, dass unter den WTO-Standards – Vorsorgeprinzip festgeschrieben – nicht hinweggetaucht werden kann. In Punkt 8 wird das noch einmal konkretisiert und gesagt, dass wir uns nicht nur wie bei der WTO auf Umweltstandards festlegen, sondern das Gleiche in allen anderen Standards – Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz, Nahrungsmittel etc. – anwenden. Schließlich wird in Punkt 25, wo es um Lebensmittel geht, genau darauf noch einmal hingewiesen, dass das Heft des Handelns durch dieses Verhandlungsmandat nicht aus der Hand gegeben werden kann, sondern dass das Heft des Handelns in der Risikobewertung bei den Staaten bleiben muss und dies alles sich dem reinen Vorsorgeprinzip unterwirft. – Kurz und gut: Das ist einer der wenigen Punkte, die wir im Verhandlungsmandat völlig sicher festgehalten haben.

Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir einen Antrag vorgelegt, in dem es um mehr geht. Da geht es nicht darum, mal wieder mit TTIP die Leute scheu zu machen, weil man irgendwie versucht, die Fünf-Prozent-Hürde wieder zu erklimmen,

(Beifall bei der CSU)

sondern da geht es darum, das grundsätzlich noch einmal festzuhalten, damit Sie nicht wieder landauf, landab mit Ihrem oberflächlichen Geschrei durch die Gegend laufen und behaupten, dass es angeblich ja nur um TTIP geht.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen, dass dieses Schutzniveau für immer in unseren Händen bleibt. Dies schreiben wir für alle Freihandelsabkommen, für alle anderen Arten von Außenhandelsabkommen – da gibt es nämlich noch mehr – und Ähnliches fest, und wir betonen dies noch einmal mit unserem Antrag. Eigentlich wäre es nicht nötig gewesen, weil wir dieses Verhandlungsmandat haben. Aber an diesem Punkt macht es Sinn, damit Sie noch einmal darauf kommen, warum wir Ihnen nicht zustimmen werden.

Wir erleben annähernd wöchentlich, dass Sie versuchen, Ihre Politik darauf zu reduzieren, die Bürger verückt zu machen und zu verunsichern. Sie glauben, mit dieser Kurzatmigkeit irgendwo bei der Bevölkerung punkten zu können.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben dies getan bei G 8, als endlich Ruhe in den Schulen eingekehrt war, und sind im Übrigen daran grandios gescheitert – Gott sei Dank!

(Zurufe von der SPD)

Sie haben dies jedes Mal bei TTIP gemacht. Sie machen das jetzt bei den Stromleitungen. Es fällt Ihnen nichts mehr ein außer plumper Polemik, die die Bürger verunsichern soll. So werden Sie nie in politische Führung kommen.

(Beifall bei der CSU)

Ein amerikanischer Minister kann fordern, was er will. Entscheidend ist, dass vonseiten der EU-Kommission mit derselben Härte für unsere Interessen verhandelt wird. Da ist das Vorsorgeprinzip unstrittig im Verhandlungsmandat festgelegt worden. Es kann überhaupt nicht unterschritten werden, es kann nicht preisgegeben werden.

An dieser Stelle darf ich den Brückenschlag machen: Auch die Kanzlerin, die im Gegensatz zu einer etwas kritischeren Haltung, die wir einnehmen, sehr stark zum Abschluss dieses Abkommens drängt, sagt: nicht ohne Vorsorgeprinzip! Und Sigmar Gabriel – das darf ich an dieser Stelle zur SPD sagen –, der hier der führende Minister ist, hat sich mehrfach dafür ausgesprochen und dies auch schriftlich niedergelegt.

Meine Damen und Herren, wir haben es mal wieder mit ein bisschen Polemik zum Thema TTIP zu tun. Wir werden dem nicht folgen. Schon damit Sie irgendwann einmal mit diesem Zirkus aufhören, uns hier ständig die Zeit zu stehlen, werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden solide weiterverhandeln. Wir werden versuchen, das Beste für die Bürger zu erreichen. Wenn uns Texte vorliegen, die bewertbar sind, werden wir diese Bewertung mit Hirn und Herz und Verstand vornehmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Frau Kollegin. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass zu diesen beiden Anträgen jeweils namentliche Abstimmung von den antragstellenden Fraktionen beantragt worden ist. Das Problem ist: Wir haben jetzt noch zwei Redner. Wir werden mit diesen zwei Rednern nicht die Frist von 15 Minuten erreichen. Ich bitte deswegen, dann noch geduldig zu sein und die paar Minuten, die uns fehlen, hier auszuhalten, damit wir die namentliche Abstimmung heute noch durchführen können. Sie sind danach in Gnaden entlassen.

Jetzt spricht als nächster Redner der Kollege Pfaffmann von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Wittmann, ich möchte schon gern eine kurze Antwort auf Ihren Vorwurf der Polemik geben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der polemischen politischen Debatte sind Sie Weltmeister.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da brauchen wir keine Nachhilfe. Ich könnte jetzt einige Beispiele nennen. Aber das ist nicht das Thema.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER: Ich bin schon der Meinung, zu so einem schwierigen, auch hoch emotionalisierten Thema wäre eine fachliche Debatte auch in diesem Haus sinnvoll und notwendig. Die Handelsabkommen haben viele Facetten, viele Schwierigkeiten und viele Themen. Aber eins ist völlig klar: Es gibt einen Konsens auch in Brüssel, auch dank Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, auch in der Bundesregierung und, ich meine, auch hier. Bei allen Handelsabkommen gibt es rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen. Das haben wir nun schon sehr oft gesagt.

Ich will noch einmal ein paar wiederholen: Die Datensorgvorsorge ist unantastbar. Transparenz muss geschaffen werden, und zwar besser als bisher. Die Lebensmittelsicherheit ist unantastbar. Die genmanipulierten Lebensmittel wollen wir nicht haben – aus die Maus. Der Arbeitnehmerschutz ist ein zentraler Bestandteil der Forderungen der Handelsabkommen. Die Rechte der demokratischen Strukturen sind unantastbar. Öffentliche Zuständigkeiten sind nicht

verhandelbar. Das haben wir schon mehrmals besprochen.

Zu diesen nicht verhandelbaren Themen gehört auch das Vorsorgeprinzip. Deshalb verstehe ich die FREIEN WÄHLER nicht ganz. Wir haben das schon geklärt. Es bedarf keines Antrags. Aber gut, es ist Ihr gutes Recht. Frau Wittmann hat hier gesagt, dass es gesetzlich geregelt ist. Liebe Frau Wittmann, es ist nicht nur gesetzlich geregelt. Wenn man die Debatte sinnvoll und intensiv verfolgt, wird man unschwer feststellen, dass es einen Beschluss des Europäischen Parlaments gibt, einen einstimmigen Beschluss aufgrund einer Initiative der SPD auch hier, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Beschluss schließt eine Veränderung der bisherigen Prinzipien aus. Es gibt also nicht nur eine formale Festlegung, es gibt auch eine parlamentarische Festlegung, dass das Vorsorgeprinzip nicht zur Debatte stehen kann und auch nicht zur Debatte stehen wird. Herr Kraus, zum Nachlesen: Dieser Beschluss ist am 8. Juli 2015 vom Europäischen Parlament gefasst worden. – Ende Gelände.

(Beifall bei der SPD)

Wenn jetzt die amerikanischen Unterhändler – egal, wie sie heißen, egal, woher sie kommen – meinen, sie könnten das unterlaufen, dann haben die deutschen oder die europäischen Verhandler oder wer auch immer und die Europäische Kommission in dieser Frage kein Verhandlungsmandat. Insofern geht das nicht; das ist völlig klar. Es wäre vielleicht auch gut, das zu wissen.

Noch einmal ein Bekenntnis zum Vorsorgeprinzip. Ein Bekenntnis zu den roten Linien ist ohne Zweifel die grundsatzpolitische Linie des Europäischen Parlaments sowie auch vieler anderer Parlamente und auch der Bundesregierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Freihandelsabkommen ist ein schwieriges Thema. Ich habe aber schon einmal gesagt und wiederhole dies: Wir müssen Handelsabkommen, ob mit Amerika oder sonst wem, nicht um jeden Preis abschließen. Wenn es nicht geht, geht es eben nicht. Die Gründe, warum es für uns nicht gehen kann, sind sozusagen beschlossen. Das sind die roten Linien mit vielen Facetten. Wenn das nicht geht, geht es nicht. Ich sage auch ganz klar: Die Welt geht nicht unter, wenn es kein Freihandelsabkommen gibt.

Auf der anderen Seite gebe ich schon zu bedenken, was ich für wichtig halte: Für unser Land ist es wich-

tig, dass wir darüber diskutieren. Sie wissen alle: Wir sind exportabhängig. Es ist wichtig, dass wir beste Bedingungen für den Handel schaffen – nicht aus Selbstzweckgründen, sondern ganz einfach deshalb, weil andere Kontinente, andere Länder diese Diskussion nicht führen. Die machen das dann. Wir müssen uns schon überlegen, ob wir dabei sein wollen. Hier geht es nämlich nicht nur darum, das eine oder andere Handelsabkommen zu besprechen und darüber abzustimmen, sondern auch darum – übrigens erstmals –, den Versuch zu unternehmen, Handelsabkommen zu gestalten. Die Politik muss sich überlegen: Will sie bei der Gestaltung dabei sein oder nicht? – Wir jedenfalls wollen dabei sein.

Wir wollen für gute Arbeitsbedingungen in Handelsabkommen kämpfen. Wir wollen für die öffentliche Daseinsvorsorge kämpfen. Wir wollen dabei sein, wenn das verhandelt wird, um vielleicht Schlimmeres zu verhindern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Andere nehmen aber von Anfang an eine Verweigerungshaltung ein. Ich gestehe zu, dass es derzeit eine breite Mehrheit in der Bevölkerung gegen diese Abkommen gibt. Wir haben in dieser Frage aber auch eine Verantwortung. Ich sage ganz offen: Nicht jede Stimmung der breiten Bevölkerung muss unbedingt immer richtig sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Zeit.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deswegen ist der Antrag zwar in der Sache völlig überflüssig, aber richtig, weil er das beschreibt, was ich jetzt gesagt habe. Deshalb werden wir diesem Antrag natürlich zustimmen; denn falsch ist er in der Sache nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Pfaffmann. Bitte bleiben Sie noch. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Herz. Bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Pfaffmann, zunächst herzlichen Dank für Ihre Bemerkung zur Kollegin Wittmann. Ich glaube, in diesem Hause gehören ihre unsachlichen Bemerkungen schon traditionell dazu.

Ich habe Ihnen schon persönlich gesagt und muss dies jetzt wiederholen: Sie sollten zunächst einmal in der SPD klären, wie Ihre Position zu TTIP ist. Ich habe unlängst vernommen, dass die gesamte SPD im Allgäu in einer Pressemitteilung mitgeteilt hat, dass die Verhandlungen so schnell wie möglich zu stoppen sind und dass diesem Abkommen niemals zuzustimmen wäre. Ich bitte Sie, dass Sie, bevor Sie Kritik an

anderen Gruppierungen und Parteien üben, erst einmal im eigenen Hause für Klärung sorgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Selbstverständlich sorgen wir für Klärung. Sie wissen ganz genau, dass zu dieser schwierigen Frage auch ein parteiinterner Abstimmungsprozess stattfindet. Das ist doch völlig klar. Wir sind auch nicht diejenigen, die eine Meinung äußern, die dann jeder zu übernehmen hat. Selbstverständlich werden wir uns untereinander abstimmen.

Ich sage Ihnen aber schon eines: Ich bin schon eher dafür, dann eine Entscheidung zu treffen, wenn wir wissen, über was wir abstimmen. Sie wissen ganz genau, dass die Verhandlungspapiere in der übersetzten Form jetzt wohl vorliegen, aber erst seit Kurzem. Über was stimmen wir also ab? – Wir wissen nicht, was darin steht. Dies gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen im Allgäu. – Sorry.

Wenn wir also eine Entscheidung treffen, sollte sie sachgerecht sein. Dies erreichen wir nicht, indem wir Anträge ins Blaue hinein stellen, die nur ein Ziel haben, Kolleginnen und Kollegen: Das Ziel, die Stimmung, die derzeit herrscht, zu befördern, statt die Stimmung vernünftig zu kanalisieren. Es mag ja falsch sein, wenn man dem zustimmt, oder falsch sein, wenn man das ablehnt – das mag ja sein. Diesen Abstimmungsprozess muss man aber doch zulassen, statt schon im Vorfeld ein politisches Vorhaben mit einem Federstrich abbügeln zu wollen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Pfaffmann. – Nächster Redner ist Herr Kollege Mütze. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Unterschied zwischen unserer Sichtweise und der Sichtweise der USA – man kann das schon fast zwei Philosophien nennen – betrifft den Verbraucherschutz. Die USA wollen das wissenschaftsbasierte Prinzip durchsetzen: Ein Produkt wird zugelassen, und die Verbraucher müssen beweisen, dass es schädlich ist, bevor es wieder vom Markt genommen wird. Das ist, glaube ich, der diametrale Unterschied. Wir denken einfach anders. Wir denken verbraucherfreundlicher: Ein Produkt kommt erst dann auf den Markt, wenn bewiesen ist, dass es für die Verbraucherinnen und Verbraucher unschädlich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Prinzip des vorbeugenden Verbraucherschutzes, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir nicht angleichen, aufweichen oder aufgeben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Keiner will das!)

– Das will keiner. Nun zeigen aber die geleakten Unterlagen – hinzu kommt ja, dass wir von anderen abhängig sind, die uns Unterlagen zur Verfügung stellen –, dass die USA auf ihrem Prinzip bestehen. Liebe Frau Wittmann, dazu haben Sie nichts gesagt. Sie haben gesagt, mit welchen Prämissen wir, die EU, in die Verhandlungen gegangen sind. Sie haben aber nichts dazu gesagt, dass die Amerikaner, alle Amerikaner, die sich bis jetzt dazu geäußert haben und von deren Äußerungen wir wissen, klar gesagt haben, dass das nicht ihr Prinzip ist. Sie wollen das wissenschaftsbasierte Prinzip durchsetzen, wenn es um den Verbraucherschutz geht, und sie bestehen darauf. Frau Wittmann, Sie haben nichts dazu gesagt, wie Sie sich dann verhalten wollen.

Als Nächstes fällt mir auf, Frau Wittmann, dass Sie sagen, der Antrag der FREIEN WÄHLER sei überflüssig. Warum haben Sie dann einen eigenen Antrag gestellt, der in dieselbe Richtung geht? – Das ist nicht ganz nachvollziehbar, wenn er doch so überflüssig sein sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn also unser Prinzip des vorbeugenden Verbraucherschutzes von den USA abgelehnt wird und sozusagen eine der Zinnen ist, die geschleift werden sollen, dann ist TTIP nicht zustimmungsfähig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieses Signal muss oder sollte heute vom Landtag ausgehen. Deswegen ist mir das Verhalten der CSU nicht verständlich. Das CSU-Prinzip ist ja: Stimme keinem Antrag der Opposition zu! – Das mag ja sein. Für die Menschen draußen ist das aber nicht nachvollziehbar. Entweder wir ziehen alle an einem Strang und sind alle einer Meinung, dass wir den Verbraucherschutz so beibehalten wollen, wie wir ihn kennen, oder nicht. Wenn Ersteres der Fall ist, dann müsste die CSU eigentlich Ihrem Antrag, dem Antrag der FREIEN WÄHLER, zustimmen. Wir werden das tun, weil wir das Prinzip der Glaubwürdigkeit auch im Bayerischen Landtag beibehalten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Mütze. – Nun hat sich noch Frau Staatsministerin Dr. Merk zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Dr. Merk.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen jede Sorge, die CETA betrifft, ernst und überprüfen sie auch. Wir haben in der Vergangenheit über eine ganze Menge Sorgen diskutiert. Ich halte es für wichtig, dass die Menschen auch sehen, dass wir darüber diskutieren. Ich halte es auch für wichtig, dass wir noch einmal deutlich machen, dass wir klare Eckpunkte festgelegt und Leitplanken, Grenzen und rote Linien eingezogen haben. Wir können ein gutes Freihandelsabkommen auf den Weg bringen. Wenn die Verhandler jedoch in eine andere Richtung gehen, dann werden wir ein solches Abkommen nicht um jeden Preis durchsetzen.

Das bedeutet: Wir wollen für unsere Mittelständler ein gutes TTIP auf den Weg bringen. Wenn die Verhandler ein solches Abkommen jedoch nicht erreichen, dann werden wir dazu Nein sagen. Ich glaube, das müssen wir nicht in jeder Plenarsitzung wiederholen. Das versteht sich von selbst. Wir haben das klipp und klar gesagt. Deswegen ist es nicht notwendig, permanent neue Themen heraufzubeschwören und jeden Satz, den ein amerikanischer Politiker irgendwo einmal gesagt hat, sofort mit einer Forderung zu verbinden und zu sagen: Deshalb müssen wir die Verhandlungen auf der Stelle abbrechen. Nein, wir müssen die Verhandlungen nicht abbrechen, sondern abwarten, bis das Endergebnis vorliegt. Wir müssen das Endergebnis, sobald es in unsere Sprache übersetzt ist, sorgfältig mit den Fachleuten prüfen. An dem Ergebnis dieser Prüfung werden sich dann möglicherweise die Geister scheiden oder auch nicht. Dann werden wir uns entscheiden, ob wir zustimmen oder auch nicht.

Im Moment liegt jedoch noch nichts vor. Im Moment wird noch verhandelt. Im Moment sind sich die Verhandler dessen bewusst, was sie beachten müssen, um einen Erfolg herbeizuführen. Ilse Aigner ist nach Amerika gegangen, um deutlich zu machen: Wenn wir es schaffen, innerhalb dieser Leitplanken ein TTIP zu bekommen, dann wollen wir dieses Abkommen auch mit aller Kraft vorwärtstreiben; wenn wir es nicht schaffen, dann werden wir es bleiben lassen.

Das Vorsorgeprinzip steht nicht zur Disposition. Das ist auch im Mandat festgelegt, wie das Frau Wittmann vorhin sehr deutlich dargestellt hat. Sollte gegen das Vorsorgeprinzip verstoßen werden, werden wir unser Plazet zu diesem Abkommen nicht geben. Hier sind wir uns alle einig. Herr Pfaffmann hat das gesagt, und Frau Wittmann hat das gesagt. Auch die Bundesregierung, die Kommission und alle Mitglieder der EU sind sich darin einig. Darüber müssen wir nicht streiten. Hier geht es immer nur um Fakten und darum, dass wir hinterher diese Fakten prüfen. Um nichts an-

deres geht es. Wir wollen aber unsere Chance aufrechterhalten und nicht einfach einen Schlusstrich ziehen; denn dafür besteht überhaupt kein Grund, da noch überhaupt nichts auf dem Tisch liegt.

Wir haben die Pflicht, unserem Mittelstand Möglichkeiten zu geben. Wir haben die Pflicht, auf die Verhandler einzuwirken, damit sie im Rahmen unserer Leitlinien bleiben. Dies tun wir permanent. Deshalb können wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER nicht folgen und unterstützen unseren eigenen Antrag, den wir für richtig halten.

Ich bitte Sie, TTIP eine Chance zu geben und nicht in jeder Plenarsitzung Diskussionen zu führen, in denen die Punkte falsch dargestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Zu beiden Anträgen wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Kraus und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP!" auf der Drucksache 17/11041 abstimmen. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, wenn ich für die Abstimmung drei Minuten vorsehe. –

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein!)

– War das ein Widerspruch? – Einen Moment bitte.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wir sind in der Abstimmung! – Namentliche Abstimmung von 18.44 bis 18.48 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben. – Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen und noch einmal an diesem Abend zur Ruhe zu kommen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich lasse nun über den Antrag der Abgeordneten Dr. Rieger, Schreyer-Stäblein, Brückner und anderer (CSU) betreffend "Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen" auf der Drucksache 17/11171 abstimmen. Auch diese Abstimmung erfolgt in namentlicher Form. Die Urnen stehen bereit.

Sie haben drei Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 18.48 bis 18.52 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Auch dieses Ergebnis gebe ich in wenigen Minuten bekannt. Ich bitte, die Plätze nochmals einzunehmen. Ich habe noch wenige Bekanntgaben zu machen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen und anderer (SPD) betreffend "Crystal-Präventionsprogramm für junge Frauen" auf Drucksache 17/11080 bekannt: Mit Ja haben 68 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 70. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Der Tagesordnungspunkt 10 – Eingabe betreffend Aufenthaltsgeld und Arbeitserlaubnis – wird im Einvernehmen der Fraktionen auf die nächste Plenarsitzung am 29. Juni verschoben.

Jetzt warten wir auf das Ergebnis der beiden letzten namentlichen Abstimmungen. Dann sind wir fertig. –

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP!" auf Drucksache 17/11041: Mit Ja haben gestimmt 63, mit Nein 73. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Michael Brückner und anderer (CSU) betreffend "Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen" auf Drucksache 17/11171: Mit Ja haben gestimmt 136, mit Nein hat niemand gestimmt. Stimmenthaltungen gab es auch keine. Damit ist der Antrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Damit haben wir alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Ich danke Ihnen für die Geduld und für das

Ausharren bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse. Ich
wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.55 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über zwei Europaangelegenheiten sowie über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Öffentliche Konsultation: "Bekämpfung der Schleuserkriminalität: Erfüllt das EU-Recht seinen Zweck?"
 12.01.2016 - 06.04.2016
 Drs. 17/9736, 17/11851 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
 Eine Luftfahrtstrategie für Europa
 COM (2015) 598 final
 BR-Drs. 26/16
 Drs. 17/10911, 17/11867 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Handbuch ehrenamtliche Flüchtlingshilfe entwickeln!
Drs. 17/9389, 17/11746 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aktualisierter TTIP-Bericht
Drs. 17/10021, 17/11865 (E)[X]

Die CSU-Fraktion hat gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie der Abstimmung zugrunde zu legen.

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schulpsychologie stärken – Bestehende und aktuelle Herausforderungen erfordern Unterstützung und Flexibilität
Drs. 17/10194, 17/11857 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Verlässliche Grundlage für kommunale Infrastruktur – 2019 auslaufende Entflechtungsmittel durch ähnliche Neuregelung seitens des Bundes ersetzen
Drs. 17/10338, 17/11868 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Entscheidungsverfahren über die Skischaukel am Riedberger Horn: Endlich Klarheit über das Handeln der Staatsregierung!
Drs. 17/10571, 17/11869 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Mahnungen der Bauwirtschaft ernst nehmen – Wohnungsnot bekämpfen!
Drs. 17/10750, 17/11870 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. und Fraktion (SPD)
Zweite Stammstrecke: Endlich Klarheit und Transparenz statt heißer Luft!
Drs. 17/10754, 17/11871 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Humanitäre Nothilfe für Idomeni
Drs. 17/10760, 17/11864 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Einstellung des Deutschlandstipendiums
Drs. 17/10762, 17/11860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Flächendeckende Innovationsförderung für ganz Bayern sicherstellen
Drs. 17/10858, 17/11859 (E)[X]

Die CSU-Fraktion hat gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie der Abstimmung zugrunde zu legen.

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Private Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften: Personal und Qualifikation
Drs. 17/10859, 17/11640 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Private Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften: Auftragsvergabe
Drs. 17/10861, 17/11639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein verpflichtender Sachkundenachweis für Tierhalter – Bestehenden hohen Ausbildungsstandard wertschätzen
Drs. 17/10863, 17/11841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Dr. Linus Förster u.a. und Fraktion (SPD)
Sogenanntes Umbrella Agreement zwischen der EU und den USA
hier: Zustimmung des Freistaates Bayern zur Bundesratsinitiative der Freien und Hansestadt Hamburg vom 18. Februar 2016
(BR-Drs. 90/16)
Drs. 17/10930, 17/11863 (A) [X]

Die CSU-Fraktion hat gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen der Abstimmung zugrunde zu legen.

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

17. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Zugang zum einsemestrigen Studiengang Hauswirtschaft der
Landwirtschaftsschulen für Migranten schaffen
Drs. 17/10934, 17/11842 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erste Hilfe stärken: Leben retten!
Drs. 17/10993, 17/11642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Endoprothesenregister
Drs. 17/11004, 17/11853 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer, Erwin Huber u.a. CSU
Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) am neuen Wissenschaftspaket beteiligen!
Drs. 17/11009, 17/11858 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerische Tierhalter schützen – Keine überzogenen Minderungsziele bei Ammoniak
Drs. 17/11044, 17/11843 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fortgang der Einrichtung eines "Pflegerings"
Drs. 17/11066, 17/11854 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Flexibilisierung und Anpassung der Maschenweiten für die Bodenseefischer
Drs. 17/11084, 17/11844 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Angelika Schorer u.a. CSU
Keine zusätzlichen bürokratischen Belastungen für bayerische Landwirte
Drs. 17/11085, 17/11845 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Michael Brückner u.a. CSU
Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen
Drs. 17/11171, 17/11861 (E)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel, Alexander Flierl u.a. CSU
BAYERN hilft!
Drs. 17/11351, 17/11641 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.06.2016 zu Tagesordnungspunkt 4: Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Herbert Woerlein u. a. SPD; Zusammenführung der EU-Förderprogramme Schulfrucht und Schulmilch sinnvoll ausgestalten (Drucksache 17/10431)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	67	82	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.06.2016 zu Tagesordnungspunkt 6: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Verwaltungskräfte entlasten - Schulen mit Ganztagsangebot stärken (Drucksache 17/10445)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith			
Aigner Ilse				Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten	X		
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X					
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete	X			Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard			
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		
Gehring Thomas	X			Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	69	80	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.06.2016 zu Tagesordnungspunkt 8: Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u. a. SPD; Crystal-Präventionsprogramm für junge Frauen (Drucksache 17/11080)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith			
Aigner Ilse				Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten	X		
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X					
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete	X			Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric				Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard			
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander				Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela			
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		
Gehring Thomas	X			Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto			
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	68	70	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.06.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP! (Drucksache 17/11041)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith			
Aigner Ilse				Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten			
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas			
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X					
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete	X			Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard			
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		
Gehring Thomas	X			Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	63	73	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.06.2016 zu Tagesordnungspunkt 2 Nr. 25: Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Michael Brückner u. a. CSU; Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen (Drucksache 17/11171)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith			
Aigner Ilse				Gibis Max	X		
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten			
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas			
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin	X			Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Güller Harald	X		
Bauer Volker	X			Guttenberger Petra	X		
Baumgärtner Jürgen	X						
Prof. Dr. Bausback Winfried				Haderthauer Christine	X		
Bause Margarete	X			Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus	X			Heckner Ingrid	X		
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.	X		
Brannekämper Robert	X			Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard			
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard				Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie			
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander	X			Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		
Gehring Thomas	X			Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold			
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	136	0	0